

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement, Preis, Zahlungen:
Bierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.

Vorwärts

Die Interfions-Gebühr
Betragt für die festgesetzten Kolonial-
zettel oder deren Raum 50 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 23. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Das Ende
des großen Reformwerks.

Die Reichsteuervorlagen sind am Sonnabend mitsamt
ihrem Ergänzungsfuttermal, dem sogenannten „Mantelgesetz“
vom Reichstage apportiert worden. Das vielgepriesene Werk
der Reichsfiskalisierung hat seinen Abschluß gefunden, und
eifrig sind bereits die Mehrheitsparteien des Reichstages be-

Die Reichsteuervorlagen sind am Sonnabend mitsamt
ihrem Ergänzungsfuttermal, dem sogenannten „Mantelgesetz“
vom Reichstage apportiert worden. Das vielgepriesene Werk
der Reichsfiskalisierung hat seinen Abschluß gefunden, und
eifrig sind bereits die Mehrheitsparteien des Reichstages be-

tagsmehrheit auf dem Gebiete der Steuerpolitik. Die Tabak-
steuer, aus der die Regierung 28 Millionen Mark heraus-
zuschlagen gedachte, ist ganz gefallen und dadurch die Arbeiter-
schaft der Tabak- und Zigarrenindustrie, die zu den am
schlechtesten entlohnten deutschen Arbeiterkategorien gehört,

Den Prinzipien einer vernünftigen Steuerpolitik hätte
es allerdings mehr entsprochen, wenn an Stelle dieser ver-
kehrsfeindlichen Steuern eine Reichseinkommensteuer einge-
führt und die Erbschaftsteuer erhöht worden wäre. Alle dahin

Besonders sträubten sich die Edelsten der Nation gegen
die Erbschaftsteuer und hat diese trotz der verschiedensten
Versuche, sie ergiebiger für den Reichsfiskus zu gestalten, nur
eine relativ mäßige Erhöhung erfahren. Die Regierung

Das ist das Resultat der vielgepriesenen Reichsfinanz-
reform: eine enorme Vermehrung der Steuerlast ohne jegliche
in Betracht kommende Verminderung der Reichsschuldenlast.

Berichtigung. Im Beitrage vom 17. d. M. (erster Absatz)
darf es nicht heißen: „ebenso wie der Genosse Alford“, sondern:
„im Gegensatz zum Genossen Alford“ haben Samuël und Boutzy-

Die Revolution in Rußland.

Die Duma und Nikolai.

Das verbrecherische Treiben der Ohrenbläser des Zaren trägt
dazu bei, den Verhandlungen der Duma ein Relief zu geben, wie
es würdiger für den Beginn des Endstadiums der russischen Revolution

Aus der Montags-Verhandlung der Duma verdient folgender
„Zwischenfall“ — als den ihn der offizielle Bericht bezeichnet —
herausgehoben zu werden:

Der Deputierte Kornilow erwiderte daran, daß die Duma in
ihrer ersten Sitzung einstimmig den Wunsch ausgesprochen habe, daß
bald die Amnestie erlassen werde. Die Erfüllung dieses Wunsches
sei aber bisher noch nicht eingetreten. Infolgedessen dürfe man es
für überflüssig ansehen, den Erlaß einer Amnestie von oben her zu

Einstweilen hat die Duma nun zwar den von Kornilow
zitierten und vom Präsidenten aus formellen Gründen ignorierten
Entwurf noch nicht beraten, aber es gehört keine allzu große
Prophetengabe dazu, um voranzusagen, daß die Frage der Amnestie

Diese Auffassung kann durch Mitteilungen, die offenbar in der
Absicht gemacht werden, die Dinge mit Bewußtsein falsch darzustellen,
nicht umgestoßen werden; denn wenn sich gar die Duma bei der Nicht-

Eine jener Mitteilungen, die den Gang der Dinge ganz anders
darstellen, als er sonst bisher bekannt ist, hat folgenden Wortlaut:
Peterburg, 22. Mai. (V. S.) Wie in Dumareisen erzählt
wird, ist der Dumapräsident Rumomzew am Sonntag vom Zaren

Mehr Glauben verdient folgende Mitteilung des „Russ. Kurier“:
Nachdem das Schreiben Goremykin bezüglich der Reichsduma-
Adresse an den Zaren bekannt geworden ist und nunmehr außer
Zweifel steht, welche Antwort man bei der jetzigen Stimmung am

London, 22. Mai. (V. S.) Aus bester Quelle erfährt der Peters-
burger Korrespondent der „Tribüne“, daß auch nicht das geringste
Anzeichen für die Möglichkeit eines baldigen Abkommens zwischen

Es wäre in der Tat kein Wunder, wenn England auf die
letzten Nachrichten hin wenig Neigung verspürte, mit der russischen
Regierung zu paktieren. Man braucht nur an die Auslassungen zu

Die Arbeitsgruppe.

Das russische „Parlament“ tagt schon über eine Woche. In
diesen Beziehungen bietet es ein ganz anderes Bild, und es herrscht
in ihm ein ganz anderes Treiben, als wir es in europäischen
Parlamenten gewohnt sind; speziell fehlt ihm ein ausgebildetes

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Mai.

20 Millionen für Kolonialverpflüchtung.

Bei der heutigen Fortsetzung der Beratung des Pensions-
gesetzes für die Unterklassen des Reichsheeres verlief alles
nach der zwischen den Parteien getroffenen Verabredung. Die
einzelnen Redner, von unserer Seite Genosse Südekum, gaben

Nur bei den zum Gesetz beschlossenen Resolutionen nahm
Genosse Singer Stellung gegen die zweite Resolution, die
verlangt, daß den Militärämtern bei der Festsetzung ihres
Besoldungsdienstalters von der Militärdienstzeit ein ent-

Wann wurde der Nachtragsetat für unsere afrikanischen Kolonien in erster Lesung genommen. Der Kolonialprinz Hoheneck sprach sehr lange für die Forderung — circa 20 Millionen —, erzielte damit aber nicht die sofortige Bewilligung, vielmehr fand der Zentrumsabgeordnete Gröber oppositionelle Worte über die Nachtragswirtschaft im Etatswesen, die die Sicherheit des Etats erschüttern. Deshalb verlangte Gröber Spezialberatung des Nachtragssets in der Budgetkommission. Diese schein-oppositionelle Haltung des Zentrums ist jedoch belanglos — bewilligen wird es doch. Nur, daß die Kommissionsberatung dem Zentrum die Möglichkeit gibt, der Regierung seine Unentbehrlichkeit eindringlicher zu demonstrieren und seinen Wählern Scheingründe vorzuführen. Graf Arnim, ein Kaiser des Flottenvereins, konnte die Notwendigkeit der Nachtragsforderung nicht stark genug betonen und wünschte die Bewilligung mit Hurra.

Genosse Ledebour sprach die Erwartung aus, daß Zentrum werde entsprechend der Darlegung Gröbers ernstlich derartige Nachforderungen in Frage ziehen, denn er, Redner, hält es für sehr zweifelhaft, daß sehr bald „Ordnung“ in den Kolonien geschaffen werde, trotz der kolossalen Aufwendungen. Am entsprechendsten sei die sofortige Ablehnung der Forderungen.

Die Vorlage wurde an die Budgetkommission verwiesen.

Das Gesetz gegen die Volksschule gesichert!

Verständigung! war gestern das Lösungswort in den Verhandlungen des Dreiklassen-Landtags. Das „große Wort“, das Volksschulunterhaltungs-Gesetz, wurde gesichert. Die Bourgeois verständigten sich mit den Junkern über den Schlag gegen die Volksschule. Nur die Formalien des Vertrages fehlen noch. Aber vereinter Eifer wird sie finden. Die vereinigten Besitzenden vom Kr und Schlot überantworten die Schule für die Jugend der Arbeiterklasse der Kirche und der Bureautratie zur weiteren Zerstörung.

Die Besitzenden über die Schule der Nichtbesitzenden! Die Proletarier haben zu schweigen, wo es ihre allerheiligsten Angelegenheiten betrifft. Das Dreiklassenwahlssystem arbeitet trefflich für die Besitzenden.

Das „Hohe Haus“, wie es in der offiziellen Parlamentsprache heißt — draußen nennt man es anders! — war gefüllt, als die Verhandlung begann. Zu löblichem Werk versammelt man sich gern. Und vor der Beratung des Schulverfassungsgesetzes galt's noch eine Lat zu tun. Die am Montag zurückgeleitete Abstimmung über die Zentrumsanträge zur Vergesetzknobelle (Knappschaffsgesetz) und über das Gesetz selbst war vorzunehmen. Sie fiel so aus, wie es vorauszusehen war. Alle Verbesserungsanträge fielen. Die Vergesetzknobelle zum so und so vielen Male konstatierten, daß sie vom Dreiklassenparlament nichts zu erwarten haben.

Die zweite Lesung des Volksschulunterhaltungs-Gesetzes begann mit den minder wichtigen Bestimmungen über die Schullasten. Eine Generaldebatte gab's nicht, doch wurden kurze, programmatische Erklärungen vor Eintritt in die Einzelberatung gestattet. Ein gewisses Surrogat für die fehlende Generaldebatte, die man wohl der Beschleunigung der Beratung wegen abgeschnitten hat, soll die Erörterung über den Abschnitt IV des Entwurfes werden, der heute zur Beratung kommen wird.

Die programmatischen Erklärungen zeigen das lebhafteste Bemühen, zwischen der Regierung und den Konservativen einerseits und den Nationalliberalen andererseits zu einer Einigung zu gelangen. Das Zentrum sucht in schlauer Zurückhaltung alles zu vermeiden, was diese Bemühungen stören könnte.

Die Nationalliberalen haben es sehr eilig, den Draht nach rechts und zum Regierungstische, den sie mit der Ablehnung der Bestimmung über die Anstellung der Direktoren zerrissen haben, wieder zu knüpfen. Sie präsentierten einen Kompromißantrag, in dem sie nötig einen Schritt zurückweichen. Nur einem Teil der Gemeinden wollen sie das Recht auf eigene Anstellung der Direktoren wahrnehmen, nur denen, die es jetzt haben. Bescheidener kann man kaum sein. Aber Regierung und Konservative kennen ihre nationalliberalen Pappenheimer. Sie sagten noch nicht zu, sie hoffen, noch etwas abhandeln zu können. Der nationalliberale Antrag erhielt die Jenzur: „genügend“. Er zeige den Weg, auf dem man vielleicht zu einer Verständigung gelangen könne, erklärte die Rechte und die Regierung. Die Nationalliberalen sollen noch etwas nachlassen und um sie willfährig zu machen, winkt man ihnen mit dem Herrenhause. Der Freisinnige Cassel fürchtet dem auch schon, daß der schwachbrüstige Kompromißantrag im Laufe der Beratung noch schwächer werden könnte. Womit er wohl Recht haben wird.

Rhetorische Genüsse gab's am Dienstag nicht. Der zufällige Kultusminister Stubb suchte freilich in die wohlwollenden Worte, womit er die Arbeit der Kommission bedachte und worin er den Nationalliberalen möglichstes Entgegenkommen versicherte, etwas höheren Schwung zu legen, aber es mißlang. Wenn man bei solcher Gelegenheit das „Kleinod des Volksschulwesens“ preisen hört, dann kann einem schlecht werden. Gerade so eckig war das getragene Pathos des Nationalliberalen Friedberg, der seine Partei als eine Schaar edler Patrioten vorstellte; die schweren Herzen schwere Opfer fürs Vaterland bringen. Schwere Opfer auf Kosten des Proletariats. Solcher Art sind die vaterländischen Opfer der Nationalliberalen immer gewesen. Aber die Opferwilligkeit der Nationalliberalen hat ihre Grenze, versicherte Herr Friedberg, wenn ihr Kompromißantrag zur Direktorenfrage nicht angenommen wird, dann werden sie mannesmütig gegen die Vorlage stimmen. (Wenn sie sich nicht noch etwas abhandeln lassen.)

Herr Schiffer wurde nachher gegen den Freisinnigen Cassel sehr aufgebracht, weil er die Trauerstimmung der betäubten nationalliberalen Opferlammern nicht genügend respektierte. Diese nationalliberalen Helden verlangen nächstens noch eine Bürgerkrone für ihren tapferen Verrat des liberalen Schulprogramms.

Die Konservativen und Freikonservativen sagten den Nationalliberalen einige Tröstungen und versicherten sie im voraus ihres tätigen Bestandes zum Unfall. Sie erklärten ferner, daß sie die Kommissionsfassung aufrechterhalten und alle Änderungsanträge ablehnen würden.

Gegen diese kompakte Mehrheit der Reaktion konnten die armen Freisinnigen natürlich nicht ankommen. Der Redner der Verständigung, der Abg. Ernst, wurde überhaupt nicht angehört, selbst die Tribünenbesucher konnten ihn wegen des Lärmens im Saale nicht hören. Und die übrigen Redner des Freisinn — deren Opposition übrigens so „grundfähig“ war, daß einer von ihnen die Simultan-Schule nicht etwa als alleinige Schulform forderte, sondern sie bloß als der Konfessionsschule gleichberechtigte Form bezeichnete — sprachen vor leeren

Bänken. Das Interesse der Landboten war nach Anhörung der programmatischen Erklärung der Regierung und der Kompromißpartei erschöpft. Zum Beraten, zum Debattieren waren die sonst Zehelnden nicht nach Berlin gekommen — zum Abstimmen waren sie da. Und deshalb zeigte das Haus bei der nun folgenden Beratung der Einzelbestimmungen wieder die gewohnte gährende Seere.

Heute beginnt die Weiterberatung bei den konfessionellen Bestimmungen, die den Kern des Entwurfs bilden.

Sozialpolitik und Dreiklassenparlament.

Am Sonntag haben im Ruhrrevier und in Schlesien Massenversammlungen der Bergarbeiter stattgefunden. Es galt Stellung zu nehmen zu der am Montag im Abgeordnetenhaus in dritter Lesung zur Tagesordnung stehenden Novelle zum Vergesetz. Die Unternehmer bedurften einer öffentlichen Stellungnahme nicht, denn die Konservativen und Nationalliberalen im Reichsparlament hatten die Novelle vollständig nach den Wünschen der Bergwerksmagnaten gestaltet. Die Arbeiter, die keinen Vertreter im Abgeordnetenhaus haben, hofften, durch ihre Kundgebung einigen Eindruck zu machen. Aber sie ist als Luft behandelt worden. Der nationalliberale Dr. Solik erklärte ungeniert: Die Versammlungen machen auf uns keinen Eindruck!

Den Invaliden hat man das aktive und passive Wahlrecht genommen; unabhängige, gegen Wahregelung geschützte Leute hat man aus der Knappschaff hinausbugliert. Und abgelehnt worden ist auch die Forderung der Einführung des geheimen Wahlrechts für alle Knappschaffsklassen. Ferner sind die Polen, die nicht deutsch sprechen und schreiben können, von dem passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Daß das wesentliche Verschlechterungen sind, mußten auch die Zentrumsvertreter anerkennen. Aber sie operierten wieder mit dem alten Demagogentrick. Sie erklärten wegen der Verbesserungen doch für die ganze Novelle stimmen zu wollen, um wenigstens das Erreichbare zu retten. Die Verbesserungen bestanden in der Wahrung der Rechte bei Wechsel der Mitgliedschaft von einer zur anderen Knappschaffsklasse. Für die beiden Hauptklassen, dem allgemeinen Knappschaffsverein in Bochum und dem Schlesienschen Verein, hat übrigens früher schon ein Gegenseitigkeitsverhältnis bestanden. Der schlesische Verein hatte es gelöst, um härtere Abwanderung zu verhindern. Sodann ist die Einrichtung der unständigen Mitglieder gefallen. Für die Beitragszahlung ist die Bestimmung getroffen, daß sie nicht mehr als 4 Prozent des Arbeitslohnes betragen darf. Die Beiträge der Unternehmer und der Arbeiter müssen gleich sein. Aber über die Höhe der Pension sind keine Vorschriften gegeben und der Einfluß der Unternehmer ist gesichert, sie haben es in der Hand, unbedeutende Arbeiter unschädlich zu machen. Das nennt man Reform!

Und das Zentrum gab zu dem Werke seinen Segen! Ja, es übernahm auch die Verpflichtung, die Arbeiter in Aktion zu halten. Die schlesischen Arbeiter dürfen wegen der Fußtritte, die man ihnen versetzte, dem Unternehmertum nicht die Untertänigkeit aussagen, sie sollen sich duden, dankbar sollen sie sein, für die Gnadenbrot, die man ihnen unter Weisheitsgehoben zukommen ließ. Dafür übernahm der Abg. Brust die Garantie! Wahrlich, die Zentrumsleute sind schlimmere Feinde der Arbeiterklasse als die Konservativen und Nationalliberalen, die wenigstens aus ihrer Meinung kein Hehl machen. Wie bei der letzten Vergesetzknobelle sollen die Arbeiter auch diesmal wieder betrogen werden. Abg. Brust erklärte, man werde an den Reichstag gehen, wenn die Verschlechterungen angenommen würden. Damit sollte den Arbeitern natürlich Sand in die Augen gestreut werden, ernsthaft denkt das Zentrum gar nicht daran, solche Anklündigungen wahr zu machen. Aber durch die Anerkennung, daß die Verschlechterungen ein Eingreifen im Reichstage notwendig machen, hat das Zentrum sich selbst gerichtet. Es ist in die nachher nämlich selbst für die Verschlechterungen, indem es das Gesetz im ganzen annahm. Tollerer Komödie und tollerter Arbeiterbetrug ist kaum denkbar. Uebrigens scheint den Zentrumsdemagogen selbst das Gefühl gekommen zu sein, daß diesmal der Schwindel mit der Anklündigung eines Reichsgesetzes doch etwas allzu plump ist. Man will verhindern, daß die Bergarbeiter auf Erfüllung der Forderung drängen, darum hat die ultramontane Presse die Brustsche Erklärung unterschlagen!

Die Bergarbeiter sind zweifach betrogen. Einmal durch das Dreiklassenparlament und noch einmal durch das Zentrum. —

Deutsches Reich.

Zur Reichstagswahlwahl in Altensachsen.

Run ist auch in Wahlkreis Altensachsen zu der am 27. Juni stattfindenden Reichstagswahlwahl die Kandidatenliste komplett, nachdem die Nationalliberalen kürzlich den Landtagsabgeordneten Haarmann-Doctmund als ihren Mann erkoren haben. In freisinnigen Kreisen wurde in letzter Zeit die Ansicht genährt, die Nationalliberalen wollten auf die Aufstellung eines Kandidaten verzichten und gleich für die Freisinnigen stimmen. Man folgerte das daraus, weil ohne dieses Zusammengehen der beiden liberalen Parteien die „Gefahr“ bestehe, daß der Wahlkreis entweder den Sozialdemokraten oder dem Zentrum zufallen werde. Diese Kalkulation ist allerdings nicht grundlos; die Konstellation der Parteien im Kreise ist derart, daß Uebertragungen keineswegs ausgeschlossen sind. Das, was bis jetzt als am wahrscheinlichsten gilt, ist, daß der Freisinn gleich im ersten Wahlgang unter den Schritten gerät. Seit 1893 ist die freisinnige Volkspartei ziemlich auf demselben Niveau stehen geblieben. 1903 hatte sie mit 7787 nur 207 Stimmen mehr als die Nationalliberalen, und zum ersten Male kam unsere Partei, deren Stimmzahl von 7315 im Jahre 1898 auf 10 146 gestiegen war, in die Stichwahl. Diesmal fehlt den Freisinnigen die lokale Zugkraft, Lenzenmann, der bei den Wahlen nicht nur den „westfälischen Landmann“ patriotisch hervorzuheben wußte, sondern sich auch als „Erfahrungswort-Sozialdemokrat“ gerierte, um Arbeiterstimmen zu fangen. Für diese Wahl haben die Freisinnigen den Oberlandesgerichtsrat Müller-Köln aufgestellt. Unter den obwaltenden Umständen fanden es nun die Nationalliberalen begrifflicherweise als eine starke Zumutung, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten. — Das Zentrum wurde früher im Kreise als eine nebensächliche Erscheinung betrachtet; seit 1898 hat es aber den Wahlkampf mit Fortschreiten und den bekanntesten demagogischen Mitteln aufgenommen und es 1903 auf 6804 Stimmen gebracht. Es rechnet diesmal ernsthaft damit, in die Stichwahl zu kommen. Geschehe dies, so würde uns angeht die historische Entwicklung der Parteien in dem Wahlkreis ein höchst interessanter Stichwahlkampf bevorstehen. Das Zentrum hat seinen früheren Kandidaten, den Gewerkschaftsbeamten Schiffer-Arefeld, fallen gelassen und einen Regierungsrat Klotze aufgestellt. Es geht die Version, daß der Kandidatenwechsel gleichfalls im Hinblick auf eine etwaige Stichwahl erfolgt sei, weil die Schwarzgen hier nicht ohne Grund glauben, die liberalen Fabrikanten und Bauern viel leichter mit dem Regierungsrat als mit dem Arbeiter in der Stichwahl gewinnen zu können. — Für unsere Partei kandidiert bekanntlich der Genosse Haberland-Warmen. Der Wahlkampf ist jetzt überall heftig entbrannt und natürlich sind unsere Genossen auf dem Posten. —

Vom piffigen Zentrum.

Man schreibt uns: Schon in Nr. 114 des „Vorwärts“ haben wir auf die Harmlosigkeit des Zentrums hingewiesen, das sich einbildet, die Offiziersduelle mit der Bestimmung, daß Verletzungen infolge eines Duells nicht als Dienstbeschädigungen angesehen werden dürfen, einschränken zu können. Inzwischen hat das Zentrum eine neue Maßregel erdacht, die ebenfalls Duelle verhindern soll, in Wirklichkeit aber nur zur Befestigung des Duellunfugs beitragen würde, wenn sie Gesetz werden sollte. Kein Wunder, daß der Kriegsminister mit dieser famosen Neuerung einverstanden ist. Ein Offizier

unter 65 Jahren kann nämlich nur dann eine Pension erhalten, wenn eine Dienstbeschädigung oder Dienstunfähigkeit vorliegt. Das piffige Zentrum verlangt nun, daß ein Offizier, der ein Duell verweigert, nicht als dienstunfähig erklärt werden darf. Die Folge würde sein, daß Offiziere, die sich nicht duellieren, ohne Pension hinausfliegen müßten. Wir möchten dem Reichstag einen Paragrafen empfehlen, der das, was das Zentrum will, wirklich erreichen würde. Dieser Paragraf hätte ungefähr zu lauten:

„Offiziere unter 65 Jahren haben auch ohne Dienstbeschädigung oder Dienstunfähigkeit Anspruch auf die ihnen nach ihrem Dienstalter und ihrer Dienststelle zustehenden Pensionsgebühren, wenn sie wegen der Ablehnung einer Herausforderung zu einem Zweikampf in Inaktivität versetzt oder ehrengerichtlich gemahngelt wurden.“

Diesen Paragrafen schlage man im Reichstag vor. Dann wird man erleben, daß der Herr Kriegsminister damit nicht einverstanden ist. —

Der antisemitische Reichstags-Abgeordnete Graf Reventlow ist in der Nacht zum Dienstag im südlichen Krankenhaus zu Wiesbaden gestorben. Er vertrat den Wahlkreis Rinteln-Hofgeismar in der Provinz Hessen-Nassau. Die Hauptwahl 1903 ergab für Reventlow 6426, für den Sozialdemokraten 8488, für den Nationalliberalen 2154, für den freisinnigen Volksparteiler 748 und für den Zentrumskandidaten 542 Stimmen. In der Stichwahl siegte Reventlow mit 9548 Stimmen über den Sozialdemokraten, der 4080 erhielt.

Graf Reventlow hatte, bevor er sich zur Zuhälterei, Bucherzöllerei und Flottenspekulation betehrte, bessere Zeiten gesehen. Er war einmal Sozialdemokrat. Später hat er sich bemüht, durch um so größere Puffigkeit im Kampfe gegen die roten „rote Jugendselei“ vergessen zu werden.

Elendes Pharisäertum.

Die — durchaus berechnete — Beschwerde, die das Organ des Deutschen Holzarbeiterverbandes darüber führt, daß ein großer Teil der Verbandsmitglieder durch Ablehnung geforderter Gehaltserhöhungen für Verbandsangehörige einen bedauernden Mangel an sozialpolitischem Verständnis bewiesen habe, veranlaßt die bürgerliche Presse, allerhand Betrachtungen über „Verelendungstheorie und Arbeiter als Arbeitgeber“ anzustellen. Zur Beleuchtung der niedrigen Besoldung der Verbandsbeamten hatte die „Holzarbeiter-Zeitung“ statistische Vergleiche zwischen den Löhnen Berliner Holzarbeiter und den Gehältern der Verbandsbeamten angeführt, aus denen sich ergibt, daß diese Beamten noch nicht so hoch entlohnt werden, wie die besser gestellten Arbeiterkategorien der Branche in Berlin. Da diese statistischen Zahlen nun ergaben, daß 53,2 Proz. der qualifizierten Berliner Holzarbeiter einen Wochenlohn von 31 M., und darüber erhalten, bricht die Bourgeoispresse in ein Galle aus über diese enormen Löhne, die wieder einmal „eine drastische Illustration für die „Verelendung“ der Arbeiter“ seien, von der in der sozialdemokratischen Presse immer gesunkert werde.

Ganz abgesehen davon, daß die Löhne besonders qualifizierter Arbeiter eines besser bezahlten Gewerbes ganz und gar nichts gegen die elenden Löhne der Masse der nicht qualifizierten Arbeiter betreffen — welche Auffassung von einer menschenwürdigen Lebenshaltung der Arbeiterklasse verdrückt schon der Rärm über die Tatsache, daß etwa die Hälfte der Möbel-, Bau- und Modellschleier in der teuren Reichshauptstadt einen Wochenlohn von 31 M., ein Monatseinkommen also von 135 M. — erreicht! Welchen Verzicht auf moderne Kulturbedürfnisse, ja schon welche schmerzliche Einschränkungen in der nackten Existenz fristung bedingt selbst ein Familien-einkommen von 135 M. im Monat! Und selbst dies Einkommen wird in Berlin von nur etwa 50 Proz. der vergleichsweise „gut-bezahlten“ qualifizierten Arbeiter der Holzbearbeitungsbranche erreicht! Und das magt man als ein Argument gegen proletarisches Elend auszuspielen!

Ebenso unehrlich ist der Hinweis auf die Ablehnung der Gehaltserhöhung durch die Arbeiter als Arbeitgeber. Als ob der hierbei hervortretende Mangel an sozialpolitischer Einsicht den Arbeitern nicht gerade anezogen worden wäre durch die schäbigen kapitalistischen Geschäftspraktiken, nicht in letzter Linie auch durch das wüste Zetern der Schmarfadenpresse über die sich „von Arbeitergroßen mächtenden Agitatoren“! Das kapitalistische Preßgeschindel mag gefälligst vor der eigenen Tür lehren! —

Der Handabhafer von Breslau. Die „Breslauer Volkswacht“ gibt in ihrer letzten Nummer den Namen des Schymmanns bekannt, der dem Arbeiter Diebold die Hand abgeschlagen hat. Der „Unschichtige“ und „Besonnene“ (frei nach dem Polizeipräsidenten Dr. Wienlo) heißt Thurk. —

Kolonialbestialitäten.

Wenn schon unsere bürgerliche Presse in Deutschland bemüht ist, enthaltene Kolonialbestialitäten nach Kräften zu vertuschen, so ist es kein Wunder, wenn unsere Kolonialpresse, deren Existenz doch von unseren Afrikanern direkt abhängig ist, alle Barbareien zu beschönigen sucht. So ließ sich die „Mambara-Post“ in ihrer Nummer vom 21. April gegenüber dem Genossen Ledebour folgendermaßen vernehmen:

Run hören Sie eine ernste Sache, Genosse! Als ein alter Afrikaner, der Oberleutnant Graf Fugger im Jahre 1904 in Kamerun friedlich vor seinem Neste saß, von dem Giftpfeile eines schleichenden Nordbuben — in Ihrem Sinne gewiß keiner Bestie — getroffen worden war und die Wunde an die Gewehr eilte, winkte der Graf ab und sagte zu seinem Unteroffizier: „Lassen Sie nicht schießen, der Mann wußte nicht, was er tat. — In einer halben Stunde bin ich tot. Unter jenem Baum will ich begraben sein!“ Dann nahm er mit der letzten Kraft seiner erhaltenden Hand schriftlich Abschied von seinen Eltern und seiner Braut. Und ehe er verschied, befahl er noch: „Unteroffizier, melden Sie an die Kompanie, daß nur das Verbrechen eines Einzelnen vorliegt, man soll den Stamm nicht strafen, an Unschuldigen will ich nicht gerächt sein.“ Und unter jenem Baume begrub man ihn. —

Warten Sie es sich, Herr Ledebour, ein Graf Fugger wiegt hundert Kannenberge auf, und nicht nur Bestien, bis zu denen Ihr Erkenntnisvermögen reicht, sondern Helden von antiker Seelengröße erwachsen den großen Verhältnissen, in denen wir leben und weben. Was seid Ihr armen Schwächer gegen solche Männer? Drei Tage zerrt Ihr am Kamerunberg herum und des Fugger gedenkt niemand??

Die Geschichte von dem Grafen Fugger ist ja sehr rührend. Aber was beweist sie, als daß dieser Kolonialoffizier ein weicher Kabe war. Oder will die „Mambara-Post“ vielleicht behaupten, daß die Handlungsweise des Grafen Fugger eine symptomatische, unserem Kolonialsystem eigentümliche war? Jedes Kind weiß doch, daß für unsere Kolonialpolitik nicht etwa das alttestamentarische: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ gilt, sondern daß jedes Verbrechen Eingeborener zehn- und hundertfach gerächt wird! Die Zahl der bei dem afrikanischen Aufstand ermordeten Weißen läßt sich an einer Hand abzählen — dafür sind bis jetzt schon mehrere Tausend Eingeborene niedergemetzelt worden! Und hat

man nicht in Südwestafrika für jedes einzelne der 150 Opfer des Herero-Kaufmanns mindestens hundert Eingeborenenleben geopfert?!

Wie kann es das koloniale Blatt ferner wagen, von dem „einen“ Kannenberg zu sprechen. Gewiß ist es ungeheuerlich, daß der Hauptmann Kannenberg, der, weil ihn das Geschick eines Kindes störte, das Kind nebst Mutter erschloß, nur mit Dienstentlassung und drei Jahren Gefängnis bestraft wurde! Aber was sagt das Blatt zu den Taten des früheren Gouverneurs von Togo, Horn, der einen Eingeborenen so lange folterte, bis er den Geist aufgab? Was zu dem Verhalten des Hauptmanns Vesper, der nach der amtlichen Aussage des Oberleutnants Grafen v. Rittberg 60—70 eingedrohte Träger verkümmern ließ, trotz der Vorhaltungen mehrerer Offiziere und eines Assistenzarztes, die er damit beantwortete, daß er gerade wollte, „daß die Schweine verreckten“! Was sagt das Blatt dazu, daß Hauptmann Thiery schwarze Hölle einer katholischen Mission wie Wild von den Bäumen herunterziehen ließ?

Man sieht, mit welchem Rechte Genosse Ledebour erklärte, daß durch die Kolonialpolitik die „Spezialisierung in das Böse hineingetrieben“ werde! —

Christliche Waffen. In der westpreussischen Bischofsstadt Belpin sagte eine christliche Verammlung, in der der Zentrumsagitor Koch aus Dirschau referierte. In der Debatte trat ihm Genosse Boh aus Danzig entgegen. Ein Arbeitswilliger bemerkte, die Mitglieder der freien Gewerkschaften seien durchweg Zuchtsträfler. Boh erinnerte an die Statistik, nach der in den frömmsten Gegenden die meisten Verbrechen vorkommen. Das gab den christlichen Versammlungsbefuchern Veranlassung, sich wie die wilden Tiere auf Boh zu stürzen. Unser Genosse wurde gestochen und herumgerissen, als sollte er als Heher verbrannt werden. Und das geschah unter den Augen des Amtsvorstehers und seines Amtsdieners. Koch, der Zentrumsagitor, sah dem Treiben bergnüglich zu. Man hieb Boh aus dem Lokal hinaus, und als er seinen Hut und ein Bündchen aus dem Lokal holen wollte, ließ man ihn nicht hinein. Die christliche Wirtin drohte, eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs zu machen. Ebenso weigerten sich die Christen, die Sachen herauszugeben. Nach einiger Zeit kamen der Amtsvorsteher und der Amtsdienstler; der letztere trug das Eigentum des Genossen Boh. Dieser forderte nun seine Sachen zurück, doch das Auge des Gesetzes meinte, die wären — beschlagnahmt!! Boh wies die beiden auf ihre ungeschickliche Handlungsweise hin und darauf wurden ihm die „beschlagnahmten“ Sachen ausgehändigt. Genosse Boh erfuhr noch, daß ein Holzhändler und ein Schuhmachergemeister am meisten auf ihn eingekauert haben. — So kämpft man in Zentrumsgegenden gegen die Sozialdemokratie und gegen die freien Gewerkschaften. Und dabei erregt man nicht einmal Erfolg. Denn die oben bezeichnete Versammlung sollte eine Maurerverammlung sein — doch war nur ein Maurer aus Belpin unter den 30 Personen anwesend. Und zu dieser Versammlung war der Agitor Koch nebst sieben Gesinnungsgenossen aus Dirschau erschienen. Also selbst in den Zentrumsgegenden wollen die Arbeiter von der christlichen Organisation nichts wissen. —

Der arme Landstand.

Man schreibt uns aus Baden: Am Montag vor Palmsonntag wurde das Mitglied der zweiten badischen Kammer, Abgeordneter Belzer, wegen eines Forstvergehens notiert. B. ist mit seiner Frau im Walde gewesen, um Birgengaholz abzuholen, nahm aber auch Feschoholz mit, dessen Sammeln von der Forstverwaltung verboten war. Wie der „Volksfreund“ erzählt, kostete dieser „Waldfrevel“ dem Landstand eine Buße von zwei Mark. Herr Belzer ist der Paradedarbeiter in der badischen Zentrumsfraktion und macht sich stets auffällig durch sein ungeschicktes parlamentarisches Auftreten.

Der ultramontane „Bad. Beob.“ deutet das Vergehen seines Zentrumslandstandes mit einer Belobungsphrase: „Die sozialdemokratischen Arbeitervertreter würden es in ihrer (parlamentarischen) freien Zeit nicht nötig haben, in dieser Weise für ihre Familie zu sorgen.“

Das Blatt spielt dabei auf jemanden an, der „in gigerlmäßigen Sommerkostümen, gelben Schuhen daherschlurft als Vertreter der notleidenden Arbeiter“. Gemeint ist damit offenbar das wandernde Modejournal der Zentrumsfraktion, das sich, obgleich Fabrikant, stets als der geborene Arbeitervertreter aufspielt. Bei dem Hinweis des badischen Zentrumsblattes auf das erhebende Beispiel eines für seine Familie besorgten Goldseers bleibt der wichtige Umstand verschwiegen, daß der Abgeordnete Belzer an jenem Tage 12 M. Diäten als Kammermitglied bezog, und somit einen Tagelohn erhielt, der ihn nicht nötigte, „auf diese Weise“ — wie das St. Crispinus-Blatt meint — „für seine Familie zu sorgen.“ —

Badische Justiz. Bei dem Zustand in den Rheinmühlentwerken beförderte man von Würzburg nach Mannheim im Februar dieses Jahres einen Hausen Arbeiter; dieselben erklärten bei ihrer Ankunft, daß sie von dem Streik nichts wußten und deshalb sich weigerten, Streikbrecher zu werden. Der Transporteur Heßberg bearbeitete darauf den Sprecher Bogen mit einem Gummihammer. Das Schöffengericht Mannheim verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 10 M., für welche die Mühlenfirma gerne aufkommen wird. Wie wäre es gegangen, wenn der Kommissar der Sklavenkarawane mit dem Gummi Bekanntheit gemacht hätte? —

Die erste und die zweite Infans.

Stuttgart, 20. Mai. (Fig. Ver.) Das Kriegsgericht Ludwigsburg hatte gegen den Führer Karl Faude und den Kanonier Aisch vom Artillerieregiment Nr. 29 wegen militärischen Aufruhrs, Ungehorsams und Ungehorsamsverletzung, teilweise unter fälschlichem Siebergreifen an einem Vorgesetzten, zu verhandeln. Die Vergehens sollen gegen den Kommandoführer Kanonier Schäber anlässlich einer Fahrt auf dem Krümpertwagen verübt worden sein, wobei in verschiedenen Wirtschaften eingedrungen und gezekt wurde. Das Kriegsgericht sah die Anklagen als erwiesen an und verurteilte Faude zu 5 Jahren, 2 Monaten Zuchthaus und Ausweisung aus dem Heere und Aisch zu 5 Jahren, 2 Monaten und 3 Tagen Gefängnis nebst Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Diese horrenden Strafen veranlassen die Angeklagten, Berufung einzulegen, und das Oberkriegsgericht Stuttgart — sprach beide Angeklagte frei!

Da muß sich der gewöhnliche Menschenverstand doch fragen, wie eine solche Verchiedenartigkeit in der Beurteilung der Frage, ob der „Kommandoführer“ als Vorgesetzter oder als Kamerad der beiden anderen zu gelten hätte, möglich ist. Rechtfertigte es der Umstand, daß er, der soeben noch ihr Kamerad war, dann aber formell als Vorgesetzter galt, einige in der Wirtschaftsloune begangene Unvorsichtigkeiten mit einem so horrenden Urteil zu sühnen, das 5 Jahre aus dem Leben zweier junger Leute einfach frucht? Ein wahres Glück, daß die Angeklagten sich bei dem ersten Urteil nicht beruhigt hatten!

Soldatenhinder engros.

Stuttgart, 19. Mai. (Fig. Ver.) Ein Militärhinderungsprozess großer Stills wurde drei Tage lang vor dem Kriegsgericht der 27. Division in Ulm verhandelt. Angeklagt war in erster Reihe der frühere Vizefeldwebel, jetzige Eisenbahnkassierer Ad. Schilling, die Sergeanten Groß und Vogt, der Unteroffizier Hofmann und der Feldwebel Hofmann. In erster Reihe legte die Anklage dem Schilling zur Last, daß er seine Leute oftmals mit Ersteinen bedroht, gegen sie mit blankem Degen oder Seitengewehr Losgesprungen sei, sie bis zur Erschöpfung Gewehrschreien und Antriebe (150—200mal hintereinander), Daueranschlag bis zu zehn Minuten habe machen lassen, sie durch Schläge mit

Stöcken, Degen oder Seitengewehr oft empfindlich gequält und durch Schimpfwörter beleidigt habe. Einzelne Leute habe er eine Stunde lang ohne Pause Lauffahrt machen lassen, zwei Rekruten, mit dem durch Sandfäden beschwerten Tornister bepackt, am glühenden Ofen Antriebe und Gewehrschreien bis zur völligen Erschöpfung üben lassen und einen Mann so mit Antriebe geplagt, daß er nur mehr auf Händen und Füßen noch kriechen konnte! Des weitern habe er, wenn der Zustand seiner Opfer dienstliche Aufklärung befürchtete, die Leute zu unwahren Aussagen den Vorgesetzten gegenüber veranlaßt oder die anderen Unteroffiziere veranlaßt, diese Leute unter falschen Vorwänden der Visitation durch die Kerze oder Offiziere zu entsuchen.

Ähnlich lautete die Anklage gegen die übrigen. Vogt soll die Leute so geschlagen haben, daß Blut aus Mund und Nase floß. Unteroffizier Hofmann soll die älteren Mannschaften veranlaßt haben, einen Rekruten zu mißhandeln, weil auf sein Verschulden das häufige Radergeräuschen zurückzuführen sei. Groß habe mit dem Gewehrholzen Schläge und Stöße ausgeteilt und auf einer mit Schneewasser bedeckten Fläche die Leute sich hinlegen und aufsitzen lassen, und als ein Mann erschöpft gewesen sei, habe er sich auf „Groß“ Veranlassung als betrunken melden müssen!

Die Mißhandlungen, die in den Jahren 1901—1903 verübt worden sind, wurden dadurch aufgedeckt, daß Musikleiter Viehert aus Schillingen nach seiner Dienstentlassung in Geisteskrankheit verfiel und sein Vater die Erkrankung auf die während der Dienstzeit erlittenen Mißhandlungen zurückführte. Daraufhin wurde die Untersuchung eingeleitet, die zur Erhebung der Anklage führte.

Die umfangreiche Vernehmnehmung — etwa 50 Zeugen wurden vernommen — belastete die Angeklagten, besonders Schilling, sehr. Neben dem, was die oben wiedergegebene Anklage enthält, wurde dem Unteroffizier Vogt nachgewiesen, daß er mehrere Leute bei den Gefechtsteilen gepackt habe, so daß sie schrien, und dann gesagt: „Guckt, wie der umanndert kumpf!“

Ueber den Fall des geisteskrank gewordenen Musikleiters Viehert äußerte sich der gerichtliche Sachverständige Medizinalrat Dr. Späth, daß die eingetretene geistige Störung eine sehr schwere sei. Der Unterschied seiner Lebensführung gegenüber der vor der Militärdienstzeit sei so auffallend, sein Charakter so verändert, die Urteilsfähigkeit auf so niedrigerem Niveau, daß der Zustand den Einbruch der Geisteskräfte auf Uebergang zur Verblöbung mache. Viehert sei von vornherein geistig schwach gewesen. Aber der Wechsel zwischen häuslicher Beschäftigung und Militärdienst, sowie die erlittenen Mißhandlungen haben zweifellos dazu beigetragen, daß die Geisteskrankheit so rasche Fortschritte mache.

Das Urteil, welches vom Gericht am Freitagabend verkündet wurde, lautete gegen Schilling auf 18 Monate Gefängnis und Degradation, gegen Vogt auf 8 Monate Gefängnis und Degradation, Groß erhielt 8 Wochen, Unteroffizier Hofmann 10 Tage Mittelarrest und Feldwebel Hofmann einen Tag gelinden Arrest.

Wenn man bedenkt, daß dem letzten Angeklagten, Feldwebel Hofmann, nachgewiesen war, zahlreiche Mißhandlungen verübt, die Meldungen davon unterlassen und speziell in bezug auf Viehert gesagt zu haben: „Der muß mit ins Wanderr, und wenn er verreckt!“, so wird der gegen ihn erkannte 1 Tag gelinden Arrest kaum als Strafe gelten können. Bei den Soldatenhinderern muß dasselbe gelten wie beim Diebstahl, daß nämlich der Fehler fast noch schlimmer ist als der Dieb. Die Mißhandlungen in der Armee werden erst dann gründlich bekämpft werden können, wenn man außer den Weingern selbst auch alle die Chargierten bestraft, die von den Schindereien wußten, aber nicht gegen sie einschritten oder sie gar begünstigten und vertuschen halfen. —

Ausland.

Ungarn.

Thronrede.

Am Dienstag wurde der ungarische Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, deren Wortlaut bisher nur im Auszuge vorliegt. Die Rede betonte die Notwendigkeit, dem Lande das Wahlrecht zu geben, und zählte die Aufgaben des künftigen Reichstags auf, der sofort nach Erledigung der Wahlreform einberufen werden soll. —

Frankreich.

Arbeiterfrage.

Paris, 22. Mai. (B. Z. W.) Der Ministerrat beschäftigte sich mit den Zwischensachen in Billerucq (Departement Meurthe-et-Moselle), wo Stahlhüttenbesitzer etwa 1200 Arbeiter, die sie entlassen hatten, den anderen Arbeitgebern der Gegend namhaft gemacht und sie so außerstande gesetzt hatten, anderweitig Arbeit zu finden. Es wurde beschlossen, über diese Tatsachen, die einen Angriff auf die Freiheit der Arbeit darstellen, eine gerichtliche Untersuchung in die Wege zu leiten. Minister Clemenceau hatte den Arbeitern, die dadurch arbeitslos geworden waren, Hilfe geschickt.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten Barthou führte aus, daß die Festeinbrüche die Notwendigkeit bedingten, Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit der Arbeiter zu gewährleisten.

Belgien.

Van den Brinl ausgewiesen.

Unser holländischer Parteigenosse, der katholische Priester Van den Brinl, war von der belgischen Arbeiterpartei erjucht worden, in einigen Städten Vorträge über „Christentum und Sozialismus“ zu halten. Am 16. Mai besand er sich in Gent, nachdem er am Tage vorher in Neenen seinen ersten Vortrag gehalten hatte. Da wurde er plötzlich von der Polizei aufgefordert, Belgien so schnell wie möglich zu verlassen, widrigenfalls er gewaltam über die Grenze gebracht werden sollte! Die Ausweisung erfolgte auf Befehl des belgischen Justizministers. Van den Brinl hatte, wie er in einem Brief an den „Booruit“ bemerkt und auch in seinem Vortrag in Neenen ausgeführt hatte, die Absicht, sich in keiner Weise mit dem Kampfe der Parteien in Belgien zu befassen. Also lediglich die Furcht vor dem Sozialismus hat die katholische Regierung zu dieser schmachvollen Maßregel veranlaßt. —

Soziales.

Wie die Regierung den Alkoholismus bekämpft.

Bei Gelegenheit der Berichte über die „wissenschaftlichen Kurse zum Studium des Alkoholismus“ hatten wir Veranlassung nehmen müssen, die der Wahrheit widersprechende Äußerung des Weheimen Regierungsrats Dr. Reymann zurückzuweisen, die Sozialdemokratie siehe dem Kampf gegen den Alkoholismus gleichgültig gegenüber, die Regierung aber habe ihn mit Entschiedenheit aufgenommen.

Schon damals konnten wir eine Reihe von Fällen anführen, die beweisen, daß die Regierung trotz aller gegenteiligen Versicherungen den Kampf gegen den Alkohol geradezu bekämpft.

Einen neuen Beitrag zu der merkwürdigen Alkoholgegnerschaft einer mit dem Alkoholkapital so eng verknüpften und im wesentlichen aus dem Alkoholsumpf des Korpsstudententums sich rekrutierenden Regierung liefern die jüngsten Vorgänge dieser Art, die sich in der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg abgespielt haben. Mit dieser Ausstellung, die amtlich eingerichtet und geleitet ist, verbunden ist eine Sonderausstellung, die der Darstellung der schädigenden Wirkungen des Alkoholgenusses und der Mittel zu seiner Bekämpfung gewidmet ist, die aber eingerichtet ist von einem privaten Komitee, dem nur ein Mann im reichsamtlichen Gebäude zur Verfügung gestellt ist. Dieses Komitee, unter der Leitung des Herrn Dr. Eggers-Dremen, hat sich der

Beteiligung der verschiedenen alkoholgegnerschaftlichen Organisationen versichert, darunter auch des Arbeiter-Abstinenzbundes. Der Bund konnte sich an dieser Ausstellung im reichseligen Gebäude beteiligen, so lange ihm volle Freiheit in der Auslegung der von ihm veröffentlichten Schriften gewährt war; er hatte sogar ein lebhaftes Interesse, die vielen tausend Arbeiter, die alljährlich die Ausstellung besuchen, mit seinen Veröffentlichungen bekannt zu machen und ihnen zu zeigen, daß es neben den religiösen und sonstigen bürgerlichen Abstinenzorganisationen auch eine auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehende alkoholgegnerschaftliche Vereinigung gibt.

Das Komitee hatte als Vertreter seiner Ausstellung einen Arbeiter, das Mitglied des A. A. V. Nitzsche, angestellt, der unter anderem auch die Auslegung der verschiedenen Schriften, die Führung der Besucher, Erläuterung der ausgestellten Demonstrationenmittel usw. zu besorgen hatte. Bereits im vorigen Jahre hatten die „möglegenden“ Kreise der Gesamtausstellung, speziell der Geheimrat Werner aus dem Reichsamt des Innern, Anstoß genommen an der Würdigung der Tatsache, daß in Deutschland jährlich für Bildungszwecke rund 300, für Militärdienste 1200 und für Alkohol 3000 Mill. M. verausgabt werden, und ein Verfahren gegen den „hinreichend Verdächtigen“ eingeleitet, das indes mit einer „Warnung“ seinen Abschluß fand. Aber das Auge des Gesetzes schläft nicht. Unter den Ausstellungsgegenständen des Arbeiterabstinenzbundes befand sich auch ein „Flugblatt Nr. 3“, „Neue Waffen im Bekämpfungskampfe“ betitelt, das unter Hinweis auf den immer engeren Zusammenhalt der Gegner der Arbeiter die Notwendigkeit voller Klarheit und Entschlossenheit, mit Rücksicht auf die Massenjustiz die besondere Notwendigkeit der Selbstbeherrschung darlegte und aus diesen Gründen, unter Hinweis auf die Parteitagbeschlüsse der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie, die völlige Enthaltung vom Alkoholgenuss empfahl. Man hätte glauben sollen, daß die trunksuchtfeindliche Regierung dieses Bestrebens, die Arbeiterklasse auf die Schäden des Alkoholgenusses hinzuweisen, mit Freuden begrüßt hätte. Weit gefehlt! Am 22. März dieses Jahres — nachdem das gefährliche Flugblatt bereits seit 1 1/2 Jahren ausgelegt und harmlose Gemüter vergiftet hatte — erging folgender Ukas an das Komitee der Sonderausstellung:

„In der im Gebäude der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt befindlichen Sonderausstellung zur Bekämpfung des Alkoholismus sind durch Herrn Nitzsche Flugblätter der anliegenden Art in einem offenen Behälter, der mit der Aufschrift „Zum Mitnehmen“ versehen war, ausgelegt worden.“

Eine solche Agitation im reichseligen Gebäude kann ich nicht dulden und habe daher Anordnung getroffen, daß dem p. Nitzsche das Betreten des Ausstellungsgebäudes nicht gestattet wird.

Indem ich Euer Hochwohlgebornen hierbon Kenntnis gebe, stelle ich eine tunlichst umgehende weitere Veranlassung ergebenst anheim. Inzwischen erfolgt die Aufsicht über die Ausstellungsgegenstände von hier aus.

gez. Werner.“

Als sich Genosse Nitzsche am 20. März in das Ausstellungsgebäude begab, wurde ihm am Eingang vom Hausverwalter bedeutet, daß ihm der Zutritt, selbst als Besucher, verboten sei.

Ob dieses Verfahren gar vom Reichsamt selbst gebilligt wird, wird aus der Verantwortung der von Nitzsche am 23. April an dieses gerichteten Beschwerde hervorgehen. Jedenfalls ist es ein starkes Stück, neben der dem Komitee der Sonderausstellung ausgedrängten Mahnung Nitzsche, der seine Stelle natürlich verloren hat, diesem das jedem anderen Menschen zustehende, Recht zum einfachen Betreten der Ausstellung unter Hinweis auf den Hausfriedensbruchspargraphen zu entziehen.

Das Komitee hat sich im übrigen diese Verdrückung ruhig bieten lassen — wie es dem guten Bürger einer hohen Regierungsstelle gegenüber zukommt.

Im Namen des Arbeiter-Abstinenzbundes richtete Genosse Kagenstein folgendes Schreiben an den amtlichen Vorsitzenden der Verwaltung:

„Als Vertreter des Arbeiter-Abstinenzbundes habe ich heute die Ausstellung besucht und dort gefunden, daß die vom Bund zur Auslegung eingelieferten Flugblätter nicht ausliegen. Auf meine Frage erklärte mir der Hauswart, daß diese Flugblätter nicht ausgelegt werden sollten. Da mir ein derartiger Eingriff in die freie Entscheidung einer an die Ausstellung beteiligten Vereinigung nicht recht verständlich ist, gestatte ich mir die Bitte um gest. Mitteilung, ob tatsächlich seitens der Verwaltung eine derartige Verfügung ergangen ist, zutreffendfalls um Angabe der Gründe.“

Die Antwort war eine Verweisung an Herrn Dr. Eggers. Dieser erteilte unter dem 28. April folgende Antwort:

„Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 31. März d. J. gestatte ich mir, Ihnen ergebenst mitzuteilen, daß die seitens des deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes ausgelegten Flugblätter Nr. 3 auf Anordnung der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt nicht mehr ausgelegt werden dürfen. Die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt hat mir schriftlich mitgeteilt, daß eine solche Agitation im reichseligen Gebäude nicht geduldet werden könne.“

Also eine glatte Verweisung jener ersten Verfügung, die das Komitee sich einfach zu eigen macht. Bereits vorher hatte Herr Dr. Eggers dem Genossen Kagenstein gegenüber sich mündlich in gleichem Sinne geäußert. Aus diesem Verhalten der „Gastgeber“ hat der Vorstand des Arbeiter-Abstinenzbundes in Hamburg, der sich eine Zensur der von ihm herauszugehenden Drucksachen oder eine Verhängung des Rechtes, seine Veröffentlichungen in vollem Umfange auszustellen, selbstverständlich nicht gefallen lassen kann, die gebotene Konsequenz gezogen: er hat Herrn Dr. Eggers den Rücktritt des Arbeiter-Abstinenzbundes von der gemeinschaftlichen Ausstellung erklärt.

So hat die Regierung durch ihren Vorsitzenden wieder einmal befunden, wie es bei ihr in der Stellung zur Alkoholbekämpfung in Wirklichkeit aussieht. Die schönsten und begiegnensten Artikel des „Reichsarbeitsblattes“, die verständlichsten Ausführungen des Grafen Rasadowitz selbst zu dieser Frage vermögen nicht hinwegzutun über die Taten: nicht allein, daß die Regierung indirekt den Alkoholismus fördert, auch ihr bekehrendes Interesse für die spezielle Bekämpfung dieser Volkskrankheit wird weit überwuchert durch ihre Furcht vor dem „Umsturz“, ihren bürokratischen Widerwillen gegen jedes freie Wort einer Arbeiterorganisation.

Dabei ist die Ausstellung, wie das ja ihrem Zweck gemäß ist, in der Hauptsache von Arbeitern besucht. Und daß unter diesen nach Verlegung verlangenden Arbeitern unsere Genossen, wie selbstverständlich, weitans überwiegen, geht aus nachfolgender Zusammenstellung aufs deutlichste hervor. Die Sonderausstellung war besucht

am 14. Januar d. J. von	351 Personen
21. „ „ „	67 „
28. „ „ „	401 „
11. März „ „	363 „
18. „ „ „	178 „
25. „ „ „	rund 300 „

d. h., die Sonntage, an denen die Massenbewachten Arbeiter durch ihre Demonstrationen in Anspruch genommen waren, wies nur die Hälfte bis herab zu einem Sechstel der sonstigen Besucherzahl auf. (Am 18. März war ein katholischer Arbeiterverein da, ferner kamen noch eine Anzahl Arbeiter in späterer Stunde, nach den Versammlungen). Aber vielleicht legt die Reichsverwaltung auf diesen Besuch, der ja die erworbenen Kenntnisse doch nicht in staatsbehaltendem Sinne verwendet, nicht viel Wert. Hat doch nach dem Berichte der Teilnehmer die Aufnahme, die den Vertretern der Arbeiterorganisationen, zum Beispiel den vom Metallarbeiterverband entsendeten, im Vergleich mit den Angehörigen anderer Kreise zu teil wird, gezeigt, daß selbst auf dem neutralen Gebiete des Gesundheitswesens unsere Bürokratie sich über Kasernenurteile und politische Engbergigkeit nicht zu erheben vermag.

Danach ist also der Arbeiter-Abstinenzbund zurzeit ohne Obdach für seine Ausstellung.

Die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt wird aus Reichsmitteln gespeist, die Wohltätigkeit des Arbeiter-Abstinenz-

Hundes widerspricht dem Zweck, dem die Ausstellung dienen soll. Hiergegen muß Front gemacht werden, gleichviel, ob vielleicht die organisierte Arbeiterschaft Berlins Veranlassung nimmt, den Streik, der von Seiten der Regierung gegen den Bund wegen seines offenen Bekenntnisses zur Sozialdemokratie geführt worden ist, zu parieren und ihn von sich aus die Stätte zu verschaffen, an der er weiterhin den Klassenbewußten Arbeitern das wissenschaftliche Material über die Alkoholfrage, unbekannt mit die Sonderinteressen herrschender Claqueen zugänglich machen kann.

Gewerbegericht in Lindau und Göttingen. Der jahrelange Kampf um ein Gewerbegericht durch die organisierten Arbeiter in Lindau und Göttingen ist nun von Erfolg. In beiden Orten wird jetzt ein Gewerbegericht errichtet.

Gewerkschaftliches.

Die Bewegung in der Metallindustrie.

Gestern fand in Dresden eine Versammlung der Vertrauensmänner des Metallarbeiterverbandes in der Kreis-hauptmannschaft Dresden statt. Sie war von zirka 400 Personen besucht. Nach Vorlegung des Ergebnisses der Verhandlungen mit den Unternehmern durch die Bezirksleiter akzeptierten die Versammelten einstimmig den Friedensschluß. Heute finden 11 Betriebsversammlungen statt, in denen die Streikenden und Ausgesperrten bis zur Wiederaufnahme der Arbeit instruiert werden.

In München haben am Sonnabend nur einige Metallwarenfabriken den Selbstgeiern zum 2. Juni gekündigt. Mit dieser Kündigung wurden diese Unternehmer jedoch vertragsbrüchig, da zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und den Metallwarenfabrikanten ein Tarifvertrag existiert. — Zu der angekündigten Metallarbeiterausperrung hat nun auch eine christliche Metallarbeiterversammlung in München Stellung genommen. Diese Ausgewerkschaftler sahen den Beschluß, sich ihre Stellungnahme vorzubehalten, falls die „Christlichen“ nicht ausgesperrt werden sollten. Mit diesem Beschluß haben die christlichen Brüder wieder einmal eine treffliche Selbstcharakteristik gegeben. Mögen sie tun, was sie nicht lassen können, die paar christlichen Streikbrecher machen das Kraut der Maschinenproben auch nicht fett!

Berlin und Umgegend.

Achtung! Buchbinder!

Im Deutschen Verlag, Königgräberstraße, sind wegen Streikarbeit Differenzen ausgebrochen, welche zur Mahregulierung von sieben Arbeiterinnen führten. Die stattgefundenen Verhandlungen ergaben die Wiedereinstellung von sechs Arbeiterinnen, während die siebente Arbeiterin ein Opfer der Auflassung wurde, daß für sie Streikarbeit vorliegt. Dadurch fühlte sich der dortige Geschäftsführer in seiner Autorität beleidigt und sollte diese Arbeiterin erst nach vier Wochen wieder den Betrieb betreten. Die Arbeiterinnen waren damit nicht einverstanden und beschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis diese Verfügung zurückgenommen. Der Deutsche Verlag ist für Buchbinder und Buchbinder-Arbeiterinnen gesperrt! Die Ortsverwaltung.

Zur Bewegung der Buchbinder.

Die ausgesperrten Berliner Buchbinder und Buchbinder-Arbeiterinnen hielten am Dienstagmittag eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshause ab. Der Vorsitzende Schröder gab einen kurzen Situationsbericht und erklärte, daß die Lage in Berlin unverändert sei. Die Firma Ktze hat die Schar der kämpfenden um zehn weibliche und zwei männliche vermehrt. Lebhafteste Besprechung wird geführt über die zahlreichen Übergriffe der die Aufsicht führenden Polizeibeamten, welche überall zum Schutze der Unternehmerinteressen sich berufen fühlen. In Leipzig ist die Situation eine günstige, obgleich der Kampf dort viel schwerer ist und auch mit der Heimarbeit gerechnet werden muß. In Stuttgart sind 620 Personen in den Streik gegangen; man hatte versucht, Streikarbeit aus Berlin in Stuttgart anzufertigen zu lassen, aber man stieß auf den einmütigen Widerstand der Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Redner betonte, daß das Vorgehen der Prinzipale darauf gerichtet sei, die Verhandlungen so zu schwächen, daß für die Tarifbewegung im Herbst der Widerstand der Arbeiter nur gering sein würde. Es handelt sich um den Tarif allein, alle anderen Gründe sind nur vorgeschoben und gesucht! Der Verband füllt sich aber stark genug, um die Tarifforderungen schon im gegenwärtigen Kampfe aufzunehmen und durchzusetzen. Es sind Anzeichen vorhanden, daß sich die Arbeit anhäuft bei den Firmen und viele sich in großer Verlegenheit befinden. — In der Diskussion gaben viele Redner ihre Erfahrungen mit der Polizei beim Streikpostenstellen zum Besten und besagten lebhaft die Parteinahme der Polizei, die sich fast regelmäßig feststellen ließ. Fräulein Hieber wandte sich besonders an die Arbeiterinnen, die sie ermahnte, fest zusammenzuhalten und nicht ängstlich zu sein, wenn sie mal beim Streikpostenstellen verhaftet werden. Auch diese Rednerin beschwerte sich über die schroffe Weise, mit welcher die Polizisten gegen Arbeiterinnen vorgehen. — Die Notwendigkeit einer schärferen Kontrolle vor den Werkstätten wurde noch nachdrücklich betont und von allen Seiten dem festen Vertrauen auf einen günstigen Ausgang der Bewegung Ausdruck gegeben. Für die kommende Versammlung am Freitag, die sehr wichtig sei, sollte jeder nach besten Kräften agitieren.

Die Kutsher und Lagerarbeiter der Brauereigehandlung von R. Gündel, Kolonnen Ufer, welche Mitglieder des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter sind, mußten 1/2 Tage streiken um ihre ganz bescheidenen Forderungen auch nur teilweise erfüllt zu bekommen. In diesem Betriebe herrscht noch die Stille, jeden Abend den Lohn auszuzahlen. Die Kollegen forderten nun, daß dieser Zahlungsmodus abgeschafft werden sollte, ferner einen wöchentlichen Lohn von 24 M. Der bisherige Lohn betrug 3,50 M. pro Tag mit Abzug. Außerdem wird eine Arbeitszeit von sechs und sechs Stunden (bisher sechs und sieben) verlangt. Die Kutsher, welche bisher einen Lohn von 27,50 Mark hatten, forderten 30 M. bei geregelter Arbeitszeit. Als die Leute am Montagmorgen einen Bescheid auf ihr Schriftstück erboten, wurde geantwortet, daß man, um sich zu diesen Forderungen zu äußern, 14 Tage gebrauche, da die Arbeiter aber nicht gewillt waren, sich nach und nach hinauszusetzen zu lassen, so legten sie am Montag früh einmütig die Arbeit nieder. Mehrmalige Verhandlungen mit dem Arbeitgeber waren ergebnislos, und erst einem Vertreter des Verbandes war es möglich, eine Verständigung zwischen beiden Parteien zu erzielen. Es erhalten nunmehr die Kutsher einen Lohn von 30 M., die Arbeiter einen solchen von 4 M. pro Tag; die bisher gewährten Spezen bleiben bestehen.

Der Streik der Böttcher in den Packfabriken Berlins und Umgegend beendet? Zur Arbeitseinstellung, die am Montag früh allgemein stattfinden sollte, ist es nur zum Teil gekommen, da bereits vorher am Sonnabend mehrere größere Betriebe die Forderungen bewilligt hatten. Mit anderen Firmen, darunter den maßgebendsten, bei denen seit Montag früh die Arbeit ruhte, sind noch im Laufe desselben Tages Vereinbarungen auf Grundlage der in der Bierfabrik festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen — neunstündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 60 Pf. — getroffen worden; alle Arbeiter haben wieder ihre früheren Plätze eingenommen. Ausständig waren nur noch 17 Arbeiter in kleinen Werkstätten, jedoch waren bereits Verhandlungen eingeleitet, um auch hier die Bewegung zum Abschluß zu bringen.

Achtung, Härter! Der Streik der Härter und Hilfsarbeiter bei Alsterhoff, Stralauerstraße 80, dauert unverändert fort. Inzwischen dazu waren, erstens: Verweigerung von Streikarbeit, zweitens: Forderungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wir bitten hiervon Notiz zu nehmen und Zugang fernzuhalten.

Zentralverband deutscher Textilarbeiter. (Zentrale Berlin.)

Achtung, Gummiarbeiter aller Branchen!

Aus Anlaß der Reise sind noch ein großer Teil Gummiarbeiter vom Gummiwerk Oberspree (A. G.) ausgesperrt. Trotz des Versprechens der Direktion bis zum 31. Mai alle Ausgesperrten wieder einzustellen, wird in verschiedenen Großstädten versucht, Gummiarbeiter für dieses Werk anzuwerben. Wir ersuchen jeden Gummiarbeiter, solche Angebote zurückzuweisen. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck ersucht.

Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zentrale Berlin.

Die **Maiausgesperrten vom Kesselwerk Oberspree** waren gestern im Gewerkschaftshause versammelt, woselbst sie lebhaft Beschwerte darüber führten, daß die Direktion ihr derzeitiges Versprechen, auf Grund dessen die Arbeitsaufnahme am 9. Mai erfolgte, nicht in dem Maße innehalte, wie das allgemein erwartet wurde. Demnach hatte die Direktion zugesichert, daß die große Mehrheit der maieingewandten Arbeiter sofort wieder eingestellt werden solle, soweit die Plätze noch frei seien. Nun sind aber heute noch freie Plätze vorhanden, auf deren Besetzung die Drauhengebliebenen bisher vergeblich warten. Ferner wurde versprochen, daß betriebsfremde Arbeiter solange nicht eingestellt werden sollten, als noch Ausgesperrte vorhanden seien. Auch diese Zusicherung ist nicht innegehalten worden, im Gegenteil ist die Annahme betriebsfremder Arbeiter erfolgt. Es sind heute noch zirka 500 Ausgesperrte draußen, darunter die größte Zahl der Obleute und Arbeiterausgangsmittelglieder. Freilich hat die Direktion damals zwar gesagt, die Wiedereinstellung der letzten Ausgesperrten werde nach und nach bis zum 31. Mai erfolgen. Es ist aber auch gleichzeitig versichert worden, daß Mahregelungen nicht vorgenommen würden. Deshalb ist es den noch Ausgesperrten nicht ersichtlich, weshalb die Wiedereinstellung so auffallend langsam vor sich geht. Da die Versammelten der Meinung waren, daß diese Verzögerung wohl hauptsächlich auf das Konto der Reister und Obermeister zu schreiben ist, so soll eine Kommission diesbezüglich noch einmal bei der Direktion vorstellig werden.

Deutsches Reich.

Bäckerbewegung. Seit vorigem Donnerstag stehen die Bäcker von Stettin im Streik. Die vom Einigungsamt des Stettiner Gewerbegerichts gemachten Einigungsvorschläge hat die Bäcker-Innung von Stettin in der präzisesten Weise abgelehnt. Dabei waren Minimalwöchenslöhne von 11, 9 und 7,50 Mark vorgeschlagen. Kost und Logis sollten nur die ersten und verantwortlichsten Gesellen außer dem Hause des Meisters haben bei einem Minimallohn von 23 Mark. Durch die Ablehnung dieser nur zu bescheidenen Einigungsvorschläge seitens der Innung ist der Kampf ein äußerst erbitterter geworden; doch scheint sich der Sieg auf die Seite der Gesellen zu neigen. Bis Sonnabend morgen haben schon ein Fünftel der Gesellen zu den neuen Bedingungen gearbeitet. Am Dienstag sollen schon an 40 Meister die Gesellenforderungen bewilligt haben. Hoffentlich wird der Erfolg ein durchschlagender.

Die Bäcker in Braunschweig befinden sich ebenfalls in einer Lohnbewegung. Die dortigen Innungen haben jede Verhandlung mit den Gesellen abgelehnt, so daß diesen nichts weiter übrig bleibt, als der Kampf. In Danzig haben die Innungen von den Vorschlägen des Einigungsamtes die besten Punkte gestrichen, so daß auch dort der Kampf unvermeidlich erscheint. Zugang fernhalten.

Achtung, Lederarbeiter!

In **Reustadt a. Orla** haben zirka 70 Lederarbeiter in sieben Betrieben ihre Kündigung eingereicht, nachdem ihre Forderung auf Verfürgung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und 10 Proz. Lohn-erhöhung abgelehnt worden ist. Die übrigen Fabrikanten haben darauf beschlossen, sämtliche organisierten Arbeiter auszusperrten. Gestündigt wurden über 200 Mann, die auf Anfrage erklärt hatten, organisiert zu sein. Es sind das fast sämtliche Beschäftigte bis auf einige ältere Arbeiter und die Arbeiterinnen.

In **Wadnang in Wbg.** haben zirka 120 Mann ihre Kündigung eingereicht, nachdem von ihren Forderungen um Lohn- und Arbeitszeitverfürgung nur letztere bewilligt wurde. Zugang von Loggerbern ist nach beiden Orten fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Der Vorstand des Verbandes der Lederarbeiter.

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Zeich. 21. Mai. (Eig. Ver.)

Die Lohnkommission der streikenden Bergleute hatte unter dem 17. d. M. den Werkverwaltungen folgendes Schreiben zugestellt:

„Am Montag, den 21. d. M., sollen Massenversammlungen im ganzen Revier stattfinden, wo Beschlüsse von großer Tragweite in betreff des Streiks gefaßt werden sollen.“

Da Ihre auf dem Werke zum Ausdang gebrachte Bekanntmachung keinen klaren Bescheid enthält, sondern nur mit „wenn“ und „aber“ operiert, möchten wir Sie ersuchen, bis zum Sonnabend eine positive Erklärung darüber abzugeben, ob Sie die Bekanntmachung dahin abändern wollen, welche Bewilligungen einreten sollen; diese Bewilligungen sollen so abgefaßt sein, daß dieselben für die Bergarbeiter keinen Zweifel über den Umfang und Inhalt zulassen.

Wir teilen Ihnen noch mit, daß es selbst der Streikleitung nicht möglich sein wird, unter den jetzt bestehenden Verhältnissen den Streik zu beenden, da der überaus große Teil der Streikenden eher abzuwandern, als so die Arbeit aufnehmen will.

Noch liegt es in der Hand der Werkbesitzer, durch Verringerung ihrer bisherigen Haltung weitere große Schäden für die hiesige Industrie abzuwenden.

Es läge im Interesse aller, daß dieser unliebsame Kampf endlich beendet werden kann und hoffen wir, daß auch Sie Ihre- seits hierzu beitragen werden. Wenn nicht, lehnen wir jede Verantwortung für die kommenden Dinge ab.“

Auf dieses Schreiben antwortet der Weissenfels-Beizler Bergwerksverein in dem üblichen Maßstabe an die Werkspresse, „daß die sozialdemokratische Streikleitung der Braunkohlenbergleute die Erledigung des Ausstandes hinauszuziehen wolle!“ Ferner haben die Werkverwaltungen aus obigem Schreiben „Drohungen“ herausgelesen. Schließlich schreiben sie am Schluß der Beantwortung des Briefes der Lohnkommission: „Trotzdem schrieb sie den unnötigen Brief vom 17. Mai, auf den sie eine Antwort erstlich nicht erwarten kann.“

Die Antwort erteilten die Streikenden den Bergproben in den heute stattgefundenen Massenversammlungen, in denen eine geheime Abstimmung über Beendigung oder Fortsetzung des Streiks vorgenommen wurde. Sie beschloßen mit erdrückender Majorität die Fortsetzung des Streiks.

Scharfmacherbeistand.

Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände teilt mit, daß sie in einer vorgestern abgehaltenen Sitzung einstimmig beschlossen hat, den vom Ausstand im mitteldeutschen Braunkohlengbiet betroffenen Arbeitgebern die Hilfe der Hauptstelle in ganzem Umfange zuteil werden zu lassen.

Im **Bernburger Baugewerbe** tobt seit voriger Woche ein heftiger Kampf. Zunächst waren es die Zimmerer, welche seit mehreren Wochen schon wiederholt an die Arbeitgeber herantreten behufs Erhöhung des Stundenlohnes von 43 auf 45 Pf. Auf mündliche Unterhandlungen ließen sich jedoch die Herren Unternehmer nicht ein, sondern gaben nur die schriftliche Erklärung ab, daß sie mit „Rücksicht auf die auswärtige Konkurrenz“ (1) jedwede Forderung auf Erhöhung des Lohnes ablehnen müßten. In demselben Schriftstück wurde gleichzeitig angedroht, daß, wenn die Zimmerer zum Streik greifen würden, die Arbeitgeber (im Bauarbeiterverband vereinigt) dies mit der Aussperrung sämtlicher organisierten Maurer und Bauarbeiter beantworten müßten. Die Zimmerer ließen sich durch diese Drohung nicht absprecken, sondern proklamierten für den 17. Mai den Streik. Bereits am 18. Mai beschritten die Herren vom Bauarbeiterverband, die für sich das Recht der Organisation im vollen Maße in Anspruch nehmen, den nicht mehr ungewöhnlichen Weg der Aussperrung und warfen die an der Lohnbewegung der Zimmerer gänzlich unbeteiligten Maurer und Bauhülfsarbeiter, soweit diese organisiert sind, auf Straßenpflaster. Somit ruht seit Freitag voriger Woche auf sämtlichen Bauten die Arbeit nahezu vollständig, da die hiesigen Bauhandwerker fast sämtlich organisiert sind. Ein großer Teil von ihnen hat bereits am Montag das Aussperrungsgebiet verlassen, um — trotz der am Tage der Aussperrung schon verhandelten schwarzen Listen — außerhalb Beschäftigung anzunehmen. Mit positiver Sicherheit ist anzunehmen, daß sich die Herren Unternehmer gründlich ins eigene Fleisch geschnitten und daß sie schlecht beraten waren, als sie sich durch vereinzelt Scharfmacher zu dieser brutalen Aussperrungstaktik verleiten ließen.

Die **Zimmerer in Augsburg** stehen schon seit vielen Wochen im Streik. Die prohinen Kleinmeister wollen unter allen Umständen Herren im Hause bleiben und — bankrott werden, weil es die großen Unternehmer so haben wollen!

Sum Streik der Oberschiffer.

Die **Woolleute** der im Stettiner Hafen liegenden Fahrzeuge verschiedener Oberseeereien haben vorgestern, wie die „Oberzeitung“ meldet, den von Breslau aus ergangenen Beschlüssen, sich dem Streik der Schiffer anzuschließen, Folge geleistet. Es sind etwa 20 Reedereien von dem Streik betroffen, sodas mehrere tausend Arbeiter, darunter auch Maschinisten und Heizer, in Betracht kommen.

Ausland.

Aus einem wilden Lande.

Paris, 22. Mai. Im Elyseepalast fand heute ein Ministerrat statt. Der Ministerrat beschäftigte sich u. a. mit den Zwischenfällen in Billerupt, Departement Meurthe et Moselle, wo Stahlhüttenbesitzer etwa 12 000 Arbeiter den anderen Arbeitgebern der Gegend namhaft gemacht und sie so außerstande gesetzt hatten, anderweitig Arbeit zu finden. Es wurde beschlossen, über diese Tatsache, die einen Angriff auf die Freiheit der Arbeit darstelle, eine gerichtliche Untersuchung in die Wege zu leiten. Minister Comencou hatte den Arbeitern, die dadurch arbeitslos geworden waren, Hilfe geschickt.

Sonderbare Praktiken

der Reichsverbändler ergab die gestern abend stattgehabte Wahl der Delegierten zur Ortskrankenkasse der Schneider und Schneiderinnen. Die Wahl fand bei einer sehr starken Beteiligung statt, wurden doch 2123 Listen abgegeben, während bei der vorigen, vom Vorstand angeführten Wahl am 27. November d. J. 980 Stimmlisten gezählt wurden. Jedoch sollte dieses Mal, wie der Vorstand in der Wahlversammlung nach Auszählung der Anzahl der Listen verkündet ließ, die Auszählung der auf die verschiedenen Kandidaten entfallenen Stimmen in der Wahlversammlung nicht stattfinden, sondern die Wahlurne sollte nach Beschluß des Vorstandes der Aufsichtsbekörde zur Auszählung überhandt werden.

Natürlich wurde seitens der anwesenden Mitglieder der Kasse aufs lebhafteste dagegen protestiert; eine vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme der Forderung, die Auszählung sofort vornehmen zu lassen. Bei der Weigerung des Vorstandes, dies zu tun, wurde durch die dabei entstandene Erregung die Urne vom Podium geworfen und ein Anwesender, wie uns mitgeteilt wird, ein Meister, sprang in die Urne, um dieselbe zu zertrümmern, was jedoch nicht gelang. Es kam im Laufe der Wahlhandlung nun zu so erregten Szenen, daß herbeigerufene Polizei den Saal räumte.

Der angewandte Trick, die Stimmlisten nicht sofort auszählen zu lassen, ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Auszählung die übergroße Majorität der Verbandslisten ergeben hätte. Die Urne ist von Mitgliedern des Schneiderverbandes versiegelt und dem Lokalinhaber in Verwahrung gegeben worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gruben-Explosion.

Königsgrube, 22. Mai. (B. L. Z.) Auf einen Querschlag des Ostfeldes der Königsgrube wurden heute durch vorzeitige Explosion einer Sprengladung ein Bergmann getötet und drei andere schwer verletzt.

Generalfreik.

Remedvar, 22. Mai. (B. L. Z.) Der Generalausstand nimmt allmählich größere Dimensionen an. Der Stadthauptmann verbot den Ausständigen, in die Stadt zu ziehen, trotzdem durch eine aus etwa 10 000 Arbeitern und Arbeitslosen bestehende Menge den Militärkordon und drang in die Stadt ein. Auf dem vor dem Stadthaus befindlichen Platz hatten acht Kompanien Infanterie Aufstellung genommen, zwei weitere Kompanien sperrten die zu dem Platz führenden Straßen ab. Die Menge, die den Militärkordon durchbrochen hatte, zog auf den Lokonzplatz, wo die Ausstandsleiter Reden hielten und die Arbeiter zum Ausmarsch anspornen. In den Abendstunden ist die Unruhe der Einwohnerschaft gewachsen.

Ministerkrisis in Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 22. Mai. (Weldung des ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Wie verlautet, haben der ungarische Ministerpräsident Wederle und der österreichische Ministerpräsident Prinz zu Hohenlohe dem Kaiser Franz Joseph ihre Demission angeboten, der Kaiser aber hat beide Minister angewiesen, in der strittigen Frage, ob Zollbündnis oder Zollvertrag, neue Verhandlungen zu versuchen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

New York, 22. Mai. (B. L. Z.) In einer Zuderfabrik in Schaytside (New Jersey) explodierete heute ein Kessel, wodurch fünf Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Heilung von Ausständigen.

New Orleans, 22. Mai. (B. L. Z.) Die Verwundung des Lepraheims des States Louisiana gibt bekannt, daß drei Lepra-trante vollkommen geheilt und entlassen worden sind.

Reichstag.

109. Sitzung vom Dienstag, den 22. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Erbprinz zu Hohenlohe, v. Einem, Kräfte. Präsident v. Ballestrin teilt mit, daß der Abg. Graf v. Reventlow (Wirtsch. Bg.) in Wiesbaden gestorben ist. Die Mitglieder des Hauses erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen.

Zunächst wird über einige Rechnungssachen Bericht erstattet; eine Diskussion schließt sich an die Berichte nicht an.

Auf Antrag Erzberger (Z.) tritt das Haus zunächst in die zweite Beratung des Pensionsgesetzes für die Unterlassen des Reichsheeres ein. Die Hauptparagrafen werden in der Debatte vereinigt.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Wir sind an die Prüfung des Versorgungsgesetzes für die Personen der Unterlassen des Reichsheeres und der Marine mit all dem Ernst herantretend, der durch die Rücksicht auf Tausende und Abertausende unserer Volksgenossen geboten ist. Wenn wir auch nicht verkennen wollen, daß das vorliegende Gesetz mannigfache Verbesserungen mit sich bringt, daß es in den Wirkungen, der jetzt besteht, Ordnung hineinträgt, so können wir uns auch nicht der Erkenntnis verschließen, daß manche Wünsche unerfüllt geblieben sind. Wir sind weit davon entfernt, zu glauben, daß mit diesem Gesetz die Materie endgültig erledigt ist. Vor allem läßt sich nicht bestreiten, daß die Fürsorge für die Mannschaften nicht in dem richtigen Verhältnis zu derjenigen für die Offiziere steht. Schon gestern hat mein Genosse Schöpslin dargelegt, in wie außerordentlich weitgehendem Maße für die höheren Offiziere gesorgt ist, wie alle Vorbedingungen geschaffen sind, damit in Zukunft die Pensionierungsjahre noch viel kräftiger arbeiten als bisher. Es erhebt sich immer wieder die Frage, warum ein pensionierter Oberst mehr Pension beziehen soll, als ein noch tätiger Landgerichtsdirektor Gehalt erhält, ein pensionierter kommandierender General mehr Pension als ein noch seines Amtes waltender Oberpräsident. Schon bei der ersten Beratung haben wir die Bemerkung nicht unterdrücken können, daß es fast den Anschein habe, als ob die Regierung das Versorgungsgegesetz für die Unterlassen nur unter dem Zwang vorgelegt habe, daß sie ohne dieses das Offizierspensionsgesetz, auf das es ihr vornehmlich ankomme, nicht erhalten würde. Wenn bisher schon der Offiziersberuf der verhältnismäßig billigste und rentabelste für einen Angehörigen der bürgerlichen Klasse war, so wird dies jetzt im vermehrten Maße der Fall sein. Ganz anders bei den Unterlassen. Die im § 9 ausgeworfenen Renten für die völlige Erwerbsunfähigkeit sind so niedrig, daß sie nicht als ausgiebig angesehen werden können, zumal in einer Zeit ständig steigender Lebensmittelpreise und täglich sich erhöhender Wohnungsmieten. Die volle Rente beträgt nur 540 M. für Mannschaften, 600 M. für Unteroffiziere, 720 M. für Sergeanten und 900 M. für Feldwebel. Die höhere Rente sollte zweckmäßiger, wie wir beantragt haben, nur danach bemessen werden, ob die Empfänger verheiratet oder unterheiratet sind; denn die Lebensverhältnisse bei den Mannschaften und Feldwebeln sind die gleichen. Wir haben vergeblich versucht, die volle Rente wenigstens auf eine einigermäßen den heutigen Lebensbedingungen angemessene Höhe hinauszutreiben, wir sind aber mit diesem Vorhaben gescheitert. Erfreulicherweise ist es uns an einem anderen Punkte gelungen, diesen Mangel in etwas auszugleichen, dadurch, daß wir dem Begriff der Erwerbsunfähigkeit eine weitere Ausdehnung gaben. Wir haben zum zwingenden Rechte gemacht, daß bei der Zusammenfassung der Rente, bei der Feststellung des Grades der Erwerbsunfähigkeit auch der vorher ausgeübte Beruf zu berücksichtigen ist. Nach der Regierungsvorlage sollte dies fakultativ geschehen. Dadurch wird verhindert, daß z. B. ein Feinmechaniker, der in der Großstadt arbeitete und in Ostpreußen als Soldat dienen mußte, mit einer Rente abgefunden wird, die man dort für einen Knecht auf einem Rittergute für ausreichend erachtet. Die außerordentlichen Unterschiede, die zwischen den beiden Gesetzen, dem Offiziers- und dem Mannschaftenversorgungsgegesetz, bestehen, treten besonders kraft in die Erscheinung bei der Vermögenszulage: Bei den Offizieren 900 oder 1800 Mark pro Jahr, bei den Mannschaften bis herunter auf 27 oder 54 Mark monatlich. Auch hier haben wir vergeblich versucht, für die schwer betroffenen Leute eine höhere Zulage durchzusetzen, es ist uns nicht gelungen. Nur mit Mühe ist es durchgesetzt worden, daß die Kriegszulage, die nach der Regierungsvorlage verschieden sein sollte, für die Rentempfänger mit mehr als 20 Proz. und für die unter 20 Proz. gleichmäßig ist. Auch hier wieder enorme Unterschiede: Bei den Offizieren 1200 M., bei den Mannschaften höchstens 180 M. Offiziere sollen also das Vier- bis Siebenfache dessen erhalten, was die Mannschaften bekommen, die sich genau in der gleichen Lage befinden. Die Zivilversorgung für die Kapitalisten, die ja den Hauptteil dazu bietet, wird beibehalten werden. Prinzipiell hat die heutige Versorgung im Zivilstand außerordentlich viel Bedenklisches. Wenn nach diesem Gesetz der größte Teil aller Stellen für Unterbeamte der Kommunen, der Kreise und des Staats- und Reichsdienstes mit Zivilanwärtern besetzt wird, so werden wir noch mehr als bisher darüber zu klagen haben, daß weniger Rücksicht auf die Bedürfnisse des Publikums genommen wird als auf die Form des disziplinarischen Drills. Es kann nicht ausbleiben, daß wir in Deutschland mehr und mehr zu einem sogenannten Funktionalismus kommen. Jeder wird versuchen, sich ein Pöstchen in der Zivilverwaltung unter allen Umständen zu ergattern. Diese prinzipiellen Bedenken gegen die heutige Zivilversorgung hindern uns natürlich nicht, im einzelnen für die Militär-Anwärter jede nur mögliche Rücksicht obwalten zu lassen. Wir haben das dadurch zum Ausdruck gebracht, daß wir gewünscht haben, die Anstellungsgrundzüge, die vom Bundesrat aufgestellt sind für das ganze Reich maßgebend sind, sollten dem Reichstage nicht nur zur Kenntnisnahme, sondern auch zur Genehmigung vorgelegt werden. Das ist leider durch einen Zufall in der zweiten Lesung aus dem Gesetz ausgegert worden. Bei der jetzigen Geschäftslogik ist natürlich keine Aussicht mehr vorhanden, noch einen Wandelungsantrag nach dieser Richtung zu stellen. Nach dem jetzt vorliegenden Entwurf müssen uns diese Grundzüge lediglich zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Ich habe aber die Hoffnung, und ich glaube, auch die anderen Parteien teilen sie mit mir, daß wir diese Vorlagen zu ausgiebigen Kritiken erforderlichenfalls benutzen können.

Die Vorschriften über das Verfahren bei der Rentensfeststellung sind erheblich verbessert worden. Wir haben es durchgesetzt, daß es den Verletzten freisteht, in jedem Stadium des Verfahrens noch Beweismittel einzubringen, daß die Entscheidung der Militärverwaltungsbehörde dem Verletzten schriftlich mitzuteilen ist, daß bei jeder Entscheidung dem Verletzten schriftlich angegeben ist, innerhalb welcher Frist und bei welcher Behörde er Einspruch erheben kann. Und es ist endlich auch der Rechtsweg offen gelassen worden, die sich mit der Entscheidung der höchsten Verwaltungsbehörde nicht zufrieden geben wollen. An anderer Stelle haben wir die bisherige Pflanzensfreiheit der Tausendmarkprämien in diesem Gesetz aufgehoben, lediglich weil wir nicht wollten, daß die Unteroffiziere sich der Alimentspflicht für ihre unehelichen Kinder entziehen. Unser Antrag, daß den bestraften Soldatenkindern keine Rente und kein Zivilversorgungsgeld ausbezahlt wird, ist leider in der Kommission abgelehnt worden. Wir hoffen aber, daß das Gesetz genügt, daß Wichte, die ihre disziplinarischen Nachmittel mißbrauchen und wehrlose Untergebene auf das gemeinste quälen, nicht auf Reichskosten unterhalten werden. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß

gerade diese Leute, die beim Militär schon ihre Nachstellung in einer unwürdigen Weise ausgenützt haben, in ihren zabiatischen Reigungen besonders gefährlich sind, wenn sie in Stellungen der unteren Exekutive gelangen. Man weiß noch nicht, welche Verluste in solchen Menschen wüten kann. Noch ist nicht bekannt, wer es gewesen ist, der in Breslau einem harmlosen Arbeiter innerhalb der Pforte seines eigenen Hauses die Hand abgeschlagen hat. Aber ich kann mir denken, daß das einer derjenigen war, die schon beim Militär ihre Untergebenen gepeinigt haben. Derartige Subjekte sollten nicht noch vom Reiche unterhalten werden. Meines Erachtens bietet der § 10 die Handhabe dazu. Es heißt da: „Wird dem Kapitalisten der Anspruch auf den Zivilversorgungsgeld wegen mangelnder Würdigkeit zum Beamten nicht zuerkannt, so kann die Zivilversorgungsgeldentschädigung erteilt werden.“ Sie kann also nur erteilt werden, muß nicht. Ich möchte aber sagen: wer nicht würdig ist, eine Beamtenstelle zu bekleiden, dem darf nach unserer Meinung die Militärverwaltung keine „Entschädigung“ für die mit Recht vorenthaltene Zivilversorgung gewähren. — Wir haben gern der Resolution zugestimmt, die eine bessere Ausbildung in geistiger Beziehung befürwortet. Die Militärverwaltung muß hier eine Aufgabe übernehmen, die die allgemeine Volksschule in Preußen-Deutschland nicht erfüllt. Ich wiederhole, daß wir gegen das Gesetz schwere Bedenken haben: Die Rentenversicherung geht uns nicht weit genug, in den Lebensgangsvorläufen sind Härten. Trotzdem werden wir der Vorlage, wenn sie so bleibt, wie sie jetzt ist, bei der dritten Lesung zustimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Preussischer Kriegsminister v. Einem: Diejenigen Leute, von denen der Abg. Südekum gesprochen hat, die Soldaten, die sich schwerer Mißhandlungen schuldig machen, werden in den Zivildienst nicht übernommen; derartige Leute werden so hart bestraft, daß kein Vorgelegter mit ihnen kapituliert. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Graf v. Oriola (natl.): Die Hoffnung der alten Invaliden ist durch das Gesetz nicht erfüllt; hier möge der Kriegsminister mit dem ihm zur Verfügung stehenden Unterstützungsfonds eingreifen.

Abg. Erzberger (Z.): Bisher ist an den Kommissionsberichten nur Kritik geübt worden; ich halte es daher für nötig, dieser Kritik etwas entgegen zu treten. Die prozentigen Aufbesserungen sind bei diesem Unterlassengesetz höher als beim Offizierspensionsgesetz. (Sehr richtig! im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Volkrenten sind höher als die für gleichaltrige Arbeiter. Das einem Soldatenschilder keine Rente gewährt werden sollte, wie der Abg. Südekum wünschte, kann ich nicht billigen; sie ist eine Entschädigung für verminderte Arbeitsfähigkeit, und ihr Entziehen darf auch bei so schwerem Vergehen nicht als zweite Strafe hinzutreten. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Frhr. v. Rittshofen (L.): Meine politischen Freunde werden dem Gesetze zustimmen, da es erhebliche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustande mit sich bringt. (Beifall rechts.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Bg.): Das wichtigste ist, daß das Gesetz so bald als möglich verabschiedet wird. Leider werden die zukünftigen Invaliden viel besser gestellt als die alten Soldaten. Das Volkswohl würde aber auch für die letzteren die gleichen Verbesserungen wünschen.

Abg. Mommsen (fr. Bg.): Redner erhebt Bedenken gegen die zu weitgehende Verwendung der Militär-Anwärter im großstädtischen Kommunaldienst: Der Reichstag solle vorsichtig sein, wenn nicht Gelder des Reiches, sondern Gelder der Kommunen, auf die der Reichstag gar keinen Einfluß hat, in Frage kommen. Die Anstellung der Militär-Anwärter bedeutet ein Opfer, das die Kommunen dem Reiche bringen. Deshalb gilt es hier, Maß zu halten. Die Kommissionsberichte stellen das richtige Maß dar, der weitergehenden Resolution aber können wir nicht zustimmen. (Beifall links.)

Abg. Werner (Reform.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten, die zwar für dieses Gesetz stimmen wollen, ohne jedoch die hierzu notwendigen Einnahmen zu bewilligen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Erbtschaftsteuer!)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Bg.): Das vorliegende Gesetz wird vorbildlich für die Reichsunfallversicherung wirken. In bezug auf die Höhe der Renten stimme ich dem Abgeordneten Erzberger zu. Ganz besonders zu tadeln ist, daß nach § 18 die Grundzüge für die Anstellung der Militär-Anwärter dem Reichstage nur zur Kenntnisnahme vorgelegt sind, seiner Genehmigung aber nicht unterliegen. Dem Gesetze werden wir wegen der darin enthaltenen Fortschritte zustimmen. (Beifall bei der freisinnigen Volkspartei.)

Abg. Jischer (Z.): Der Paragraph über die Dienstbeschädigungen stimmt im Mannschafts- und Offizierspensionsgesetz wörtlich überein, nur daß im letzteren noch ein Abzug über Beschädigungen im Duell enthalten ist. Es kann doch auch vorkommen, daß Einjährig-Freiwillige ihren gesunden Sinn verleugnen und sich duellieren. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Singer (Soz.):

Wir werden diesem Gesetze unsere Zustimmung erteilen trotz der vielen Bedenken, die wir im einzelnen haben und die mein Freund Südekum vorgetragen hat. Dem Abg. Werner erwidere ich, daß er sich seine alten Gedanken über unsere Freundschaft, Ausgaben, aber nicht Einnahmen zu bewilligen, hätte sparen können. Wir haben oft genug erklärt, daß wir jederzeit bereit sind, die Mittel, die durch unsere Abstimmung notwendig werden, zu bewilligen. Nur gehen unsere Wege weit von denen ab, die die Mehrheit für richtig hält. Geben Sie doch mit uns den Weg der direkten Reichssteuern, und Sie haben Mittel genug. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber von uns verlangen, daß wir trotz unseres Anerkenntnisses von der Notwendigkeit größerer Mittel für diese Zwecke unsere grundsätzliche Stellung über deren Beschaffung verlegen sollen, kann nur ein politisch so naiver Mann wie der Abg. Werner. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das nur nebenbei. Ich hatte mich zum Worte gemeldet, um über die Stellung der Militär-Anwärter in den Verwaltungen zu sprechen. § 18, welcher bestimmt, daß die Grundzüge über die Anstellung und Beschäftigung der Militär-Anwärter im Zivildienst dem Reichstage vorzulegen sind, kann seinem Wortlaut nach nur den Charakter eines Wunsches haben. Die Reichsregierung kann auf die Anstellungsbedingungen der Militär-Anwärter bei den Kommunen keinen Einfluß ausüben. Der Bundesrat könnte höchstens die Einzelstaaten veranlassen, im Wege der Landesgesetzgebungen vorzugehen. Im übrigen möchte ich auch mit meiner Meinung nicht zurückhalten, daß die Militär-Anwärter schon an und für sich erheblich bevorzugt sind. Ich will mich heute darüber nicht äußern, ob diese Bevorzugung gerechtfertigt ist, das würde zu weit führen. Wir, die wir die militärischen Einrichtungen anders betrachten als die Mehrheit, halten die Bevorzugung nicht für gerechtfertigt. Mindestens aber verlangen wir, daß diese Bevorzugung nicht erweitert werde. Und damit komme ich auf die Resolutionen, die neben der Bevorzugung der Anstellung noch eine Bevorzugung in den Anstellungsbedingungen der Militär-Anwärter verlangen. Die Gemeinden, die so erheblich belastet werden dadurch, daß sie die Anstellung der Militär-Anwärter vom Reiche aufgebürdet erhalten, können wohl verlangen, daß auf sie gewisse Rücksicht genommen wird. Es ist schon ein außerordentlicher Vorzug, daß den Militär-Anwärtern in Preußen ein Jahr angerechnet wird. Nach der Resolution der Kommission soll noch mehr angerechnet werden; das würde zu außerordentlichen Unzulänglichkeiten führen. Wir haben ja bei der Postverwaltung häufig darüber klagen gehört, daß Beamte, welche später angestellt werden, trotzdem älteren Kollegen im Gehalt vorgezogen werden. Und diesen Gehältern werden wie diese Resolution der Kommission abgelehnt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Einem: Sollten Einjährig-Freiwillige nach Herrn Jischer Ausdruck ihren gesunden Sinn verleugnen und sich

duellieren, so ist eine dabei etwa erlittene Beschädigung niemals eine Dienstbeschädigung.

Die diskutierten Paragraphen werden angenommen. Debattelos wird dann auch der übrige Teil des Gesetzes angenommen, ebenso die verschiedenen, von den einzelnen Rednern besprochenen Resolutionen.

Es folgt die erste Beratung des zweiten Ergänzungsetats für 1906 in Verbindung mit dem Ergänzungsetat für die Schutzgebiete.

Erbprinz zu Hohenlohe:

Wir konnten den Etat erst so spät einbringen, weil er zum Teil auf Nachrichten beruht, die erst ganz kürzlich aus den Schutzgebieten eingegangen sind. Bei Ostafrika finden Sie zunächst eine Forderung für die Schutztruppe, die nötig wurde, weil Sie die geforderten vier weißen Kompanien abgelehnt haben, die nach dem Urteil aller Sachverständigen nicht entbehrlich werden können. Weit mehr noch als Ostafrika verlangt Südwestafrika. Eine Verpflichtung des Reiches, für die Verluste der An siedler aufzukommen, kann nicht anerkannt werden. Aber ohne An siedler kann kein Heer existieren, und deswegen erheben wir die hohen Forderungen für sie. Die gemachten Aufwendungen an Geld und Mannschaften würden ungerechtfertigt sein, wenn nicht in absehbarer Zeit das Schutzgebiet für das Reich von Wert wäre. Südwestafrika stellt das einzige Gebiet dar, wo wir hoffen können, daß An siedler sich dauernd halten können. Sehr wichtig ist die Forderung der ersten Rate für den Ausbau der Eisenbahn Lüderichsgrub—Kubub bis Keetmanshoop. Freilich hat sich die militärische Lage durch die Gefangenahme Morengas durch die Engländer sehr verändert; aber wir werden noch immer Truppen in jenen Gebieten halten müssen, so daß die Eisenbahn notwendig ist. Bei dieser Gelegenheit will ich dem Hause mitteilen, daß Oberst v. Deimling den Auftrag hat, das Kommando in Südwestafrika zu übernehmen. Wieviel Truppen wir zurückziehen können, kann ich noch nicht sagen; jedenfalls sind die Gerüchte falsch, daß wir Ovamboland okkupieren wollen; eine solche Absicht besteht nicht. Ich bitte Sie um eine wohlwollende Erwägung der vorgelegten Forderungen.

Abg. Gröber (Z.): Nach der Gefangenahme Morengas ist die Eisenbahn nach Keetmanshoop nicht mehr notwendig; in jenem Gebiet ist kein Mensch und keine Farm vorhanden, die zu schützen wären. Weil ab und zu mal eine Bande dort aufsteht, können wir doch nicht dauernd 15000 Mann dort halten, zumal die Bande dort doch nichts überfallen kann als höchstens einmal einen Transport eben für diese Truppe! Wir werden bei der gegenwärtigen Lage vielleicht Abstriche von den in zweiter Lesung bewilligten 77 Millionen machen können; wir werden auch zu prüfen haben, wieviel von diesen 77 Millionen schon verausgabt sind. (Hört! hört!) Jetzt will man den An siedlern nicht nur den Schaden ersetzen, sondern auch Entschädigung für entgangenen Gewinn geben. Damit würden wir die Kolonialpolitik mit einer Ausgabe belasten, unter der sie zusammenbrechen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit den bewilligten Steuern ist das vorhandene Defizit noch nicht gedeckt, und schon kommt die Regierung mit neuen Forderungen. Die Forderungen aus Anleihen zu decken ist ein geringer Post. Das können wir so nicht weiter machen, wir müssen uns nach der Decke strecken, und die Kolonialverwaltung muß sich nach der Kolonialdecke strecken. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Bei gründlicher Durchberatung dieses Ergänzungsetats mühten wir die dritte Lesung des Hauptetats aussetzen und ein neues Folgegesetz machen; das kann nicht erwünscht sein. Wir wollen die Forderungen der Budgetkommission überweisen, die in beschleunigter Beratung die für uns genehigbaren Stellen herausnehmen möge. Die Forderungen müssen dann als Antrag zur dritten Lesung des Etats eingebracht werden. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Graf Arnim (Rp.) führt dem Abg. Gröber gegenüber aus, daß auch im Süden wertvolle Farmen bestanden, die allerdings jetzt durch Räuberbanden verwüstet sind.

Abg. Ledebour (Soz.):

Mit der Kritik des Abg. Gröber kann ich ja sehr einverstanden sein. Ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß das Zentrum dieser Kritik bei der Behandlung der Frage die erforderliche Folge geben wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben es ja leider bei anderen Gelegenheiten erlebt, daß die Herren des Zentrums bei der Kritik mit uns, bei der Abstimmung mit der Regierung gegangen sind. Es wäre sehr zu wünschen, daß wenigstens diesmal das Zentrum der sehr entschiedenen Ablehnung der beiden Hauptforderungen, die aus der Rede des Abgeordneten Gröber hervorgehoben war, nun auch wirklich Folge gebe. Ich kann auch nicht umhin, mein Bestreben darüber auszusprechen, daß jetzt das Kolonialamt, unmittelbar nach dem seitens des Reichsfinanzreferats Frhr. v. Stengel die beweglichsten Klagen über die Finanznot des Reiches angekommen sind, nachdem in beweglichsten Worten die Majorität des Reichstages zur Bewilligung der die Massen belastenden indirekten Steuern aufgefordert wurde, damit die chronische Finanznot beseitigt und eine Gleichheit zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Reiches wieder hergestellt werde, — ohne weiteres unmittelbar hinterher den Reichstag anfordert, eine Anleihe zu bewilligen und noch dazu zu diesem Zwecke. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auf die kleinen Forderungen, über die man allensfalls reden könnte, gehe ich nicht mehr ein, sondern nur auf die beiden Hauptforderungen: auf die Bahn nach Keetmanshoop und auf die 10 Millionen zur Unterstützung der An siedler. Die Regierung kann sich allerdings leider auf eine Resolution der Mehrheit dieses Hauses stützen. Es ist dabei aber zu bedenken, daß der Reichstag sich de s s h a l b zu einer Bewilligung der Bahn bereit erklärte, weil die beharrliche Behauptung aufgestellt wurde, daß im Interesse der Fortführung des Krieges ein Ausbau der Bahn notwendig sei. Aber gerade jetzt, wo sich erlatant herausgestellt hat, daß von einem Kriege nicht mehr die Rede sein kann, sondern nur von der Bekämpfung einiger Räuberbanden, da kommt man mit dieser Forderung heraus! Zwischen Forderung und Begründung der beiden Hauptforderungen liegt ein einschneidender Widerspruch. Solange der Krieg dauert, kann man an einen Ausbau des Landes nicht denken. Gleichzeitig aber, wo Sie doch wohl zum Aufbau des Landes die 10 Millionen für die An siedler fordern, fordern Sie auch den Bahnbau mit der Begründung, daß die Bahn zur Beendigung des Krieges notwendig sei. Darin liegt ein entschiedener Widerspruch. Wenn noch der Kriegszustand besteht, ist an einen Wiederaufbau der Farmen, an eine Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit nicht zu denken. Indem die Regierung daran denkt, daß jetzt die Farmen wieder aufgebaut werden könnten, anerkennt sie, daß von einem ersten Kriege gar nicht mehr gesprochen werden kann. Wenn das aber der Fall ist und wenn zweifellos auch der Vandenkrieg, der jetzt noch in Südwestafrika geführt wird, innerhalb absehbarer Zeit vollkommen aufgehört haben wird, so ist die Begründung, daß der Bahnbau im Interesse der Kriegsführung notwendig sei, vollkommen hinfällig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nach den früheren Angaben der Regierung soll die Bahn von der Küste bis Kubub etwa im Oktober fertiggestellt sein. Wir haben absolut keinen Grund, anzunehmen, daß dann noch von Kriegsführung in einem Umfang gesprochen werden könnte, der größere Transporte nach Keetmanshoop notwendig machte. Der Bahnbau von Kubub an soll im Oktober in Angriff genommen werden und etwa zwei Jahre dauern. Da ist es natürlich ganz unmöglich, mit dieser Bahn Truppen oder Proviant zu einem Kriege heranzutransportieren, der bis zu ihrer Fertigstellung zweifellos längst beendet sein wird. Was es sich um die Bahn nach Kubub handelt, wurde Herr Morengas vom Obersten Deimling und den anderen Regierungsvertretern als außerordentlich gefährlicher Gegner hingeniekt: So lange er im Felde sei,

Wonne von einer Beendigung des Krieges nicht die Rede sein. Heute hat sich Worenga den Engländern übergeben, und gleichwohl wird nicht im geringsten ermüdet an die Zurückziehung irgend eines Teiles der 14 000 Mann gedacht. Man hat den Oberst Deimling hinausgeschickt, sie zu kommandieren, und der Vertreter des Kolonialamts hat versichert, der Herr Oberst habe hier im Reichstage so viel gelernt, daß er es sich sehr überlegen würde, ehe er ungerechtfertigte Ansprüche stelle. Wir ist es sehr zweifelhaft, ob Oberst Deimling sich genügendes Verständnis für das Budgetrecht des Reichstages und die Bedürfnisse des deutschen Volkes angeeignet hat. (Heiterkeit und Seufzert bei den Sozialdemokraten.) Ist er doch hier als Vertreter der Kolonialverwaltung mit dem Budgetrecht in höchst merkwürdiger Weise umgesprungen. Seine Berichte aus Südwestafrika werden wohl denselben Eindruck machen, wie die Reden, die er hier gehalten hat, die mehr einer Häubervorstellung des Buffalo Will als einer wahrheitsgemäßen Darstellung der Kriegsvorgänge in Südwestafrika gleichen. (Große Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Aus der Denkschrift der Regierung selbst geht hervor, mit welcher Ueberreife die Vorschläge für den neuen Bahnbau gemacht worden sind. Es heißt darin, daß man außerordentlich behutsam mit der Schätzung der Kosten vorgegangen sei, und daß der Vorschlag eine Maximalsumme darstelle, an der wahrlich Ersparnisse gemacht werden könnten; man habe sich jedenfalls die Ersparnisse zunutze gemacht, die man beim Bau der Strecke Lübeck-Büchtemünde gemacht habe. Aber bei der Begründung dieser Bahn ist immer darauf hingewiesen worden, daß diese Strecke, die durch den Wüstenland führe, außerordentlich schwer zu bauen sei, und daß, wenn man später in das Innere des Landes hinter Kubub käme, sich wesentlich billiger würde bauen lassen. Trotzdem hat man die Einheitsätze, die für den Bau der Strecke nach Kubub festgelegt waren, für die Fortführung der Bahn nach dem Innere zugrunde gelegt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie dem im einzelnen auch sein mag, jedenfalls bestreiten wir ganz entschieden, daß irgend eine innere Notwendigkeit für den Bau dieser Bahn noch besteht. Für den Krieg ist sie nicht notwendig, da der Krieg tatsächlich aufgehört hat, und die restlichen Banden längst beseitigt sein werden, ehe die Bahn gebaut wird. Zur Bewirtschaftung des Landes aber eine solche Bahn zu bauen, wäre vollkommen sinnlos, weil sie ja nicht die mindeste Aussicht auf Rentabilität hätte. Deshalb halten wir es vor allen Dingen für notwendig, diese Forderung vollständig abzulehnen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Rechtlich, ja vollkommen gleich steht es mit der Forderung der 10 Millionen für die Ansiedler. Früher ist nur gefordert worden, zwei Drittel der angenommenen Schädigungen zu ersetzen, und bei der Bewilligung wurde zur Bedingung gemacht, daß mit den Summen die wirtschaftlichen Schäden verbessert werden sollten. Aus der Denkschrift geht aber hervor, daß diese Bedingung nicht innegehalten ist, vielmehr haben die Farmer aus diesen Summen ihre Schulden an irgend welche Interessenten bezahlt. Die Bedingungen, welche man bei der Bewilligung jener Forderungen aufstellte, sind also nicht eingehalten, und jetzt kommt man wieder mit diesen neuen Forderungen. Weiter geht auch aus der Denkschrift hervor, daß irgend welche erheblichen Abstriche an den Aufstellungen der Farmer nicht gemacht worden sind. Dabei sind in diesen Aufstellungen Forderungen wegen angeblich nicht eintreibbarer Schulden von den Hereros und Hottentotten enthalten! Einstimmig war man in der Kommission der Meinung, daß hierfür kein Pfennig bewilligt werden solle. Es macht aber den Eindruck, als ob auch hier kein Abstrich gemacht ist. Leider läßt die Begründung der Regierung die deutliche Klarheit darüber vermissen. Nun, welche Konsequenzen werden solche Bewilligungen haben? Die Bewilligung von solchen Forderungen geht weit über das hinaus, was in Unglücksfällen ähnlicher Art bei uns gewährt wird. Es ist schon hingewiesen worden auf die Wasserschäden im Redargebiet, von denen viele Leute betroffen sind. Bei solchen Schäden hat man bei uns nur Vorläufige beschleunigte Art gewährt.

Bei den anderen kolonialen Etats hat der Reichstag gerade ausdrücklich Rücksicht auf die Gefahr, die solche Ansiedler laufen, eine Unterstützung abgelehnt. Es handelte sich damals um die Gagehalbinsel auf Neu-Guinea, und die Unterstützung des Reichs wurde abgelehnt, weil das Gebiet für solche Ansiedlungen überhaupt nicht geeignet wäre, dann aber auch, weil man durch die Unterstützung den Ansiedlern nicht einen Anspruch auf Entschädigung bei eventuellem Verlust gewähren wollte. Hier liegt ein solcher Anspruch noch nicht einmal vor, und doch soll eine solche Entschädigung gewährt werden. Aus allen diesen Gründen würden wir es vorziehen, diese beiden Forderungen abzulehnen. Selbstverständlich erheben wir auch keinen Widerspruch gegen die Kommissionsberatung, aber wir hoffen, daß die Kommission so verfahren wird, wie Kollege Gröber andeutete, daß sie sich also auf solche Forderungen beschränkt, die sich in den Etat hineinbringen lassen, und daß, wenn diese beiden Forderungen nicht abgelehnt werden sollten, sie doch mindestens für den nächsten Etat zurückgestellt werden. Denn alle diese Gründe, die sich etwa jetzt für sie geltend machen lassen, bedingen nicht, daß ihre Beratung nicht bis zum Winter verschoben werden könnte. Daß Südwestafrika noch einmal wieder hinaufgewirtschaftet werden kann, ist eine vollkommen ungerechtfertigte Hoffnung. Ich beziehe mich für diese Behauptung auf die Ausführungen des Kommissionsrats Rohrbach. Es geht aus ihnen hervor, daß es sich dort niemals um kleine bäuerliche Wirtschaften handelt, sondern lediglich um große Viehzüchtereien. Es ist auch ein Widerspruch, wenn Graf Arnim glaubt, daß es sich dort um die Unterstützung von Arbeitern handelt. Die Leute, die dort hingehen, sind nicht Arbeiter und arbeiten nicht, sondern kaufen Hottentotten und neger auf und lassen diese für sich arbeiten. Eine solche Ausbeutung im großen Stil aus Reichsmitteln zu unterstützen, haben wir von unserem Standpunkte aus gar kein Interesse. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Baasche (nail.), Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.), Frhr. v. Nitzsch (l.), Erzberger (B.) verzichten mit Rücksicht darauf, daß sie in der Budgetkommission ihre Bedenken vorgetragen werden, und angesichts der bedrängten Geschäftslage auf das Wort. (Heiterkeit.)

Die Ergänzungsetats gehen an die Budgetkommission. Darauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch, 23. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Tagesordnung: 8. Beratung der Pensionsgesetze; 3. Beratung des Etats. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

70. Sitzung vom Dienstag, den 22. Mai, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben, Dr. Studt. Es erfolgen zunächst die noch ausstehenden

Abstimmungen über das Knappschaftsgesetz.

Die vom Zentrum beantragte obligatorische Einführung der geheimen Abstimmung bei den Wahlen für die Ausschüsse wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Abgegeben werden bei dieser Abstimmung 253 Stimmen, dagegen für den Antrag des Zentrums 122 Stimmen, gegen denselben 230 Stimmen, der Abstimmung enthielt sich ein Abgeordneter.

Der zweite Antrag des Zentrums auf Gewährung des Wahlrechts für die Invaliden wird in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Ein Antrag des Abg. Dr. Pöger (B.), nach dem aus dem Gesetz die Bestimmungen gestrichen werden soll, daß die Knappschaftsältesten der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein sollen, wird ebenfalls abgelehnt.

Darauf wird das Gesetz in der Gesamtabstimmung angenommen gegen die Stimmen der Polen.

Es folgt die

Zweite Beratung des Volksschulunterrichtsgesetzes.

Für Beratung stehen zunächst die §§ 1-5, die bestimmen, wer Träger der Schulunterhaltungslast ist und die Organisation der Schulunterhaltungsverbände regeln.

Bei § 3, welcher lautet: „jede Stadt bildet in der Regel einen eigenen Schulverband“ beantragt die Abg. Cassel (fr. Sp.) und Ernst (fr. Sp.) 1. die Worte „in der Regel zu streichen, 2. hinzuzufügen: „und darf gegen ihren Willen nicht mit anderen Schulverbänden zu einem Gesamtschulverband vereinigt werden“. Im Fall der Ablehnung des zweiten Antrages soll folgender Satz hinzugefügt werden: „Gemeinden mit mehr als 25 Schulstellen dürfen gegen ihren Willen nicht mit anderen Schulverbänden zu einem Gesamtschulverband vereinigt werden.“

In § 4 beantragt Abg. Cassel (fr. Sp.) gegen den Beschluß der Schulaufsichtsbehörde das Verwaltungsverfahren an Stelle des Beschlußverfahrens einzuführen.

Als erster Redner fährt Kultusminister Dr. Studt aus: Ich kann der Kommission für ihre mühselige Arbeit nur den Dank der Regierung aussprechen.

Wir hoffen, daß es trotz aller Differenzen noch zu einer möglichst einmütigen Verständigung kommt zwischen allen Parteien, natürlich abgesehen von den Herren, welche von vornherein eine grundsätzlich ablehnende Haltung eingenommen haben. Was den inswischen wohl von der nationalliberalen Partei eingebrachten Antrag zu § 40 betrifft, so beschränke ich mich darauf, zu erklären, daß die Regierung ihren Grundlag, daß eine differenzierte Behandlung der Lehrer und Direktoren erforderlich ist, aufrecht erhält. Wir erkennen aber an, daß dieser Gesichtspunkt eine gewisse Würdigung in dem neuen Antrag findet. Ich bin deshalb bereit, so weit als möglich entgegenzukommen. Wir hoffen, daß aus dieser Verständigung eine Saat des Friedens und Segens für unser ganzes Volksschulwesen erwächst.

Abg. Dr. Friedberg (nail.): Wir werden in dieser Lesung mit Ausnahme des § 40 an den Beschlüssen der Kommission festhalten. Sollte unser neu eingebrachter Antrag zu § 40 aber abgelehnt werden, so werden wir einstimmig gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Frhr. v. Redlich (fr.): Der nationalliberale Antrag bietet auch eine geeignete Grundlage für eine Verständigung, da er einerseits die bestehenden Rechte der Gemeinden wahrt, andererseits der grundsätzlichen Stellung der Regierung gerecht wird. Wir werden deshalb für diesen jetzt noch in Vorbereitung befindlichen Antrag stimmen. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Pösch (B.): Meine politischen Freunde halten es nicht für notwendig, zu dem gegenwärtigen Gesetz als Ganzes schon jetzt Stellung zu nehmen. Wir werden, soweit möglich, für die Kommissionsbeschlüsse stimmen, uns im übrigen aber eine große Beschränkung bei der Einbringung von Anträgen auferlegen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Ernst (fr. Sp.) bekämpft in längerer Rede, die auf der Tribüne unverständlich bleibt, die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Dr. v. Heydebrand (l.): Wir haben immer versucht, für die Annahme dieses Gesetzes eine möglichst breite Basis zu schaffen. Wir sind deshalb in der Kommission bis an die äußerste Grenze entgegengekommen. Die Beschlüsse der Kommission sind nicht einwandfrei, im großen und ganzen sind wir aber damit einverstanden. Abänderungsanträge erheblicher Art werden wir ablehnen. Wir werden wahrscheinlich für die Regierungsvorlage gegen den nationalliberalen Antrag stimmen. Wir erkennen aber an, daß der nationalliberale Antrag einen praktischen Weg zur Lösung der Schwierigkeiten zu finden sucht. Wenn wir daher auch nicht in der Lage sein würden, für den nationalliberalen Antrag zu stimmen, so würden wir doch einen abgeänderten Antrag vielleicht annehmen können. (Beifall rechts.)

Während der Rede dieses Abgeordneten ist der nationalliberale Antrag zu § 40 eingegangen. Nach dem Antrag soll die Befugung der Direktorenstellung grundsätzlich durch die Schulaufsichtsbehörde erfolgen, jedoch soll es bei dem bestehenden Recht dort bleiben, wo die Gemeinden dieses das Verwaltungsverfahren hatten.

Abg. Cassel (fr. Sp.): Was auf dem Gebiete des Volksschulwesens bisher geleistet ist, verdanken wir dem freien Willen und der selbstgewollten Initiative der Gemeinden. (Sehr wahr! links.) Das Kommunalprinzip, das in diesem Gesetz statuiert ist, wird aber nicht dadurch gewahrt, daß man den Gemeinden bloß die Unterhaltung, nicht die Verwaltung gibt. (Sehr wahr! links.) In dieser Beziehung enthält der Gesetzesentwurf aber so viele Eingriffe, daß wir nicht imstande sind, ihm zuzustimmen. (Bravo! links.) Hätte man sich bemüht, die Dunkelheit zu beseitigen, die entstanden ist durch zahlreiche Restriktionen, deren Rechtsgültigkeit zweifelhaft ist, so wären wir zur Mitarbeit bereit gewesen. Mit Gründen läßt sich eine verschleierte Behandlung der Lehrer und Direktoren nicht rechtfertigen. (Sehr wahr! links.) Die Erklärung des Ministers hat mich in das allergrößte Erstaunen versetzt. Die Gelegenheit, einen solchen Antrag anzunehmen, hätte der Minister auch in der Kommission haben können. (Sehr wahr! links.) Dort erklärte er aber einen ähnlichen Antrag für unannehmbar. (Hört! hört! links.) Wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß einzelne Gemeinden das Verwaltungsverfahren für die Direktoren erhalten, andere aber nicht, wie es der Antrag des Abg. Dr. Friedberg will. Wir wollen gleiches Recht für alle. (Bravo! links.) Man merkt jetzt deutlich, daß diese auf die Brücke nach dem Herrenhause hoffen. Diese Brücke dürfte aber wohl auch nicht nach allen Richtungen den Ansprüchen entsprechen. (Sehr wahr! links.) Mag nun eine derartige Abschwächung kommen oder nicht, zunächst liegt dieser edle Antrag vor. Das Herrenhaus dürfte schließlich der Baumeister sein. Ich fürchte nur, daß der Plan zu dem Bau schließlich von den Ministern geliefert wird. (Sehr wahr! links.) Ob wir dann aber schließlich der Herren eigenen Geist oder den, der hier bei der Beratung sich zeigte, bestimmen, werden wir abwarten müssen. (Heiterkeit und Beifall links.) Wir bekämpfen das Gesetz ferner, weil die Simultanankläge zur Ausnahme gemacht wird, während sie eine gleichberechtigte Form ist. Redner begründet sodann seine Anträge. (Lebhafte Beifall links.)

Kultusminister Dr. Studt: Das Erstaunen des Abg. Cassel über meine heutige Erklärung beruht auf irrtümlichen Voraussetzungen. Hätte der Abg. Cassel den Wortlaut der von mir in der Kommission abgegebenen Erklärung im Stenogramm nachgelesen, so hätte er gesehen, daß ich die mir in den Mund gelegten Erklärungen nicht abgegeben habe.

Abg. Schiffer (nail.): Der Abg. Cassel hätte sich über unseren Antrag freuen sollen, denn er stellt doch auch nach seiner Ansicht eine Verbesserung dar. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Er hätte unsere von tiefem Ernst getragenen Bestrebungen nicht in der Art spöttisch behandeln sollen, wie er es getan hat. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Uns ist es sehr wichtig ernst bei diesen Fragen. (Nur links: Uns auch!) Da sollte er doch so wohlfeile Scherze unterlassen. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) — (Nur links.) Wir müssen uns bemühen, hier einen vollen Ausgleich zu schaffen zwischen den sich widersprechenden politischen, religiösen, finanziellen, juristischen und pädagogischen Gesichtspunkten. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Wir können uns der Ueberzeugung nicht verschließen, daß der Gedanke der Staatschule immer mehr durchdringt. Wir könnten aber diesem Gedanken besonders jetzt nicht näher treten, weil wir eine Stärkung der Staatsgewalt nicht für gut halten. Wir erkennen dabei aber an, daß der Staat, besonders auf dem Lande, ein Vorkämpfer der Kultur gewesen ist. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Cassel (fr. Sp.): Dem Minister erwidere ich, daß ich keine Äußerung in der Kommission sachlich jedenfalls zureichend hier wiedergegeben habe, so daß ich den Kern auf alle Fälle richtig getroffen habe. Dem Kollegen Schiffer steht das edle Pathos sehr gut an, ich werde mich aber dadurch nicht bestimmen lassen, mich nach seinen Wünschen in der Form meiner Äußerungen einzurichten. (Sehr gut! links. Gelächter rechts.)

Die §§ 1-5 werden nach den Beschlüssen der Kommission unter Ablehnung der Anträge Cassel, Ernst angenommen.

Die §§ 8-10 handeln von der Aufbringung der Schulkosten in den Schulverbänden.

Nach § 8 werden die Schulkosten in den Gemeinden als Gemeindefast aufgebracht. Die Kommission hat einen Zusatz beschlossen, wonach die Verpflichtung der nach § 40 des Kommunalabgabengesetzes von der Einkommensteuer befreiten Personen, zu dem Volksschulkosten beizutragen, durch ein besonderes Gesetz geregelt werden soll.

Abg. Gylling (fr. Sp.) beantragt, diese Bestimmung auch auszudehnen auf die nach § 41 des Kommunalabgabengesetzes von der Einkommensteuer befreiten Personen.

Der Antrag des Abg. Gylling wird angenommen. Die folgenden Abschnitte bis zum Abschnitt „Konfessionelle Verhältnisse“ werden nach den Beschlüssen der Kommission erledigt.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Maß- und Gewichtsordnung.

Die Kommission für die Maß- und Gewichtsordnung beendete am Dienstag sowohl die zweite wie auch die dritte Lesung. Alle zu § 14 gestellten Anträge wurden von der Mehrheit abgelehnt und der § 14 nach den Beschlüssen erster Lesung angenommen, ebenso alle noch ausstehenden Paragraphen.

Nun wurde plötzlich von Engelen (B.) ein Antrag eingebracht, noch eine dritte Lesung vorzunehmen. Diese sollte dazu dienen, den vorbereiteten Umsatz besser motivieren zu können. In der ersten sowie in der zweiten Lesung war nämlich unter hervorragender Beteiligung der Mitglieder des Zentrums sowie der Nationalliberalen die Beibehaltung der kommunalen Eichämter sowie bei Aufhebung derselben durch Gesetz die Entschädigungspflicht festgesetzt. Die Linke (Sozialdemokraten, Freisinnige, einige Zentrumsmitglieder) beharrten auf den Beschlüssen der ersten und zweiten Lesung. Alle Redner der Linken sprachen sich scharf gegen eine dritte Lesung aus. Sie sagten: man solle den Umsatz im Plenarium vornehmen; die Kommission habe gar keine Veranlassung, von den Mehrheitsbeschlüssen abzuweichen. Aber ein Teil des Zentrums, Nationalliberale, Konserervative, Antisemiten und der Herr Graf Bernstorff hatten seit Freitag voriger Woche bis heute ein festes Kartell geschlossen, und so wurde mit 10 gegen 9 Stimmen eine dritte Lesung beschlossen. Die Drohung der Regierung, das Gesetz würde scheitern, wenn die kommunalen Eichämter bestehen bleiben und die Entschädigungspflicht beibehalten werde, hatte ihre Wirkung nicht verfehlt.

In wahrer Hurrafstimmung wurden die Gemeinden ihrer Eichämter entkleidet und die Entschädigungspflicht geopfert, nur um der Regierung gefällig zu sein.

Kammere wurde vom Führer des Unfallsartells, dem Zentrumsabgeordneten Engelen, zu § 20 folgender Antrag gestellt: Im Umsatz I einzufügen: Jedoch soll das Inkrafttreten der Vorschriften über die Organisation der Eichbehörden nicht vor dem 1. Januar 1912 stattfinden.

Dieser Verfassungsänderungsantrag wurde von der Kartellmehrheit mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen.

Im Geschwindschritt wurden die übrigen Paragraphen der Vorlage in dritter Lesung erledigt.

Aus der Partei.

Partei und Gewerkschaften. Das Korrespondenzblatt des Verbandes der Tapezierer bringt einen Artikel „Partei und Gewerkschaftsbewegung“, der im erfreulichen Gegensatz zu dem steht, was wir vor kurzem über dies Thema im „Zimmerer“ im Korrespondenzblatt der Generalkommission und anderen Gewerkschaftsblättern nachlesen mußten. Es steht darin unter anderem:

Nachdem der Parteitag in Jena sich dahin ausgesprochen hatte, daß es notwendig sei, sich mit der Frage des politischen Massenstreiks zu befassen, war es begreiflich, daß man die energiegelbsten Befürworter des Massenstreiks darüber reden hören wollte. So hatten wir Gelegenheit, Rosa Luxemburg am 14. November 1905 in einer Versammlung des zweiten Hamburger Wahlkreises zu hören. Wir gestehen, daß wir aufs angenehmste durch die Rednerin enttäuscht wurden. Statt der „blutdürstigen“ Reden, die, nach den Behauptungen ihrer Gegner, von ihr anderwärts, so auch auf dem Parteitage angeblich gehalten wurden, hörten wir ein mit scharfer Logik und feinsten Gedankenarbeit aufgebautes sachliches Referat. Es war uns völlig überraschend, als bald darauf, nachdem der Bericht im „Hamburger Echo“ gestanden hatte, eine Erklärung der Genossen Reichstagsabgeordneten Frohne, v. Elm und Leiche erschien, die sich gegen die angeblich mit fanatischem Eifer propagierte Revolutionsromantik, die jedes realistische Denken vermissen lasse, wandten.

Auch in dieser Erklärung heißt es: die Rednerin, die zwar nicht mit Namen genannt wird, aber zweifellos gemeint ist, habe alle gewerkschaftliche Arbeit als „Sippsharbeit“ bezeichnet. Dieser Wortwitz ist so oft erhoben worden, daß wir, wie gesagt, pass waren, als diese Erklärung der Drei erschien. Da die diesbezüglichen Ausführungen der Genossin Luxemburg im Bericht des „Hamburger Echo“ gar nicht enthalten waren, so müssen die Drei: v. Elm, Frohne und Leiche, durch dritte Personen unrichtig unterrichtet sein. Die Genossin hatte in Wahrheit völlig einwandfrei nachgewiesen, daß in der Tat die „Bürgergewerkschaftsarbeit“ bis zu einem gewissen Grade Sippsharbeit ist. Sehen wir nicht, daß die herrschenden Klassen unsere angeblich so hohen Löhne, die erst nach einer Reihe harter Lohnkämpfe errungen wurden, mit einem Schlage illusorisch machen, als sie die Gesetzgebung dahin beeinflussen, daß die notwendigen Bedürfnisse der breiten Masse verteuert werden, wie durch die Zoll- und Handelspolitik unserer Zeit?!! Muß nicht der Gewerkschaftler von neuem den Kampf aufnehmen, um das weite zu machen, was man ihm solchergestalt aufzubietet? Deshalb ist die gewerkschaftliche Arbeit aber dennoch unbedingt notwendig, und das hat die Genossin Luxemburg ohne jede Einschränkung anerkannt. Trotzdem aber, wie gesagt, jene Erklärung!

Kürzlich stellte nun die „Zeitschrift für Grubeure und Hülfsleute“ in einem Artikel die Behauptung auf, Genossin Luxemburg habe die Gewerkschaften als ein Uebel in einer Berliner Versammlung hingestellt. Die Versammlung hat am 8. Dezember 1905 stattgefunden. Am 5. März 1906 wurde die Genossin in Rußland verhaftet und kurz darnach erschien die obige Anschuldigung in der Grubeurzeitung.

Daraufhin erschien am 18. April im „Vorwärts“ ein von Rautsky verfaßter Protest gegen den Versuch, die Genossin Luxemburg zu einer Zeit, wo sie sich nicht einmal verteidigen kann, zu einer Gegnerin der Gewerkschaften zu stempeln. Das schön ist, daß auch der Redakteur der Grubeurzeitung sich nur auf ihm von dritter Seite gemachte Mitteilungen stützen konnte, wie v. Elm usw., denn er war in der Versammlung vom 6. Dezember nicht anwesend!

In der Tat, wenn wir uns die Ausführungen der Genossin Luxemburg in der Hamburger Versammlung über die Gewerkschaften ins Gedächtnis zurückrufen, so müssen wir öffentlich bezeugen, daß diese keineswegs feindselig lauteten. Im Gegenteil, sie hat die Notwendigkeit und die Aufgaben der Gewerkschaften ohne Rücksicht anerkannt und scharf betont. Es hat aber den Anschein, als wenn es bereits Sitte geworden ist, auf unkontrollierbaren Klatsch hin schiefstehe Behauptungen aufzustellen, wie es ja leider auch vielfach vorkommt, daß Sätze, die irgend ein bekannter Theoretiker einmal geschrieben hat, aus dem Zusammenhang gerissen werden, um dann einen beliebigen Sinn hineinzulegen, wie es der betreffende Bittler gerade braucht.

Auf die Behauptung der Grubeurzeitung hin ist nun zwischen einigen Partei- und Gewerkschaftsorganen eine Polemik entstanden, wobei man sich leider beiderseitig in Wortklaubereien verliert. Die meisten Gewerkschaftsorgane schweigen sich wie gewöhnlich aus, die sich äußern, suchen die Grubeurzeitung zu bedeu. Die letztere gefällt sich darin, den bekannnten und hochverdienten Theoretiker Rautsky,

welcher die Genossin Luxemburg verteidigt, zu verspotten. Die Schamröte stieg uns ins Antlitz, als wir die diesbezüglichen Ausführungen lasen.

Das sind in der Tat symptomatische Beweise dafür, in welcher Weise die Dünkelhaftigkeit, Ungezogenheit und Heißheit sich breit macht. Das sind schlechte Zeichen. Der gewerkschaftliche Aufschwung blendet manchem die Augen und verleitet sie zu dem Fehler der Selbstüberschätzung. Es treten neuerdings vielfach solche Merkmale in die Erscheinung. Da vermessen sich einzelne Leute, im Handumdrehen eine neue Theorie aufstellen zu können. Der Wunsch ist wohl der Vater des Gedankens, als wenn es von Männern, wie Lassalle, Marx und Engels, die uns klare Wege zeigten, in der Gewerkschaftsbewegung, wie in der Arbeiterbewegung überhaupt, nur so wimmelte. Bei der Menge, meist politisch und gewerkschaftlich völlig Indifferenten, die neuerdings den Gewerkschaften zufließen, ist es umso mehr zu bedauern, daß die vielgelesenen Gewerkschaftsorgane eine derartige Haltung einnehmen. Da muß der Emanzipationskampf der gesamten Arbeiterschaft Schaden leiden, und es ist nur zu begreifen, wenn die Parteitheoretiker sich bemühen, allzu großen Schaden zu verhindern. Wir sind noch wie vor der Meinung: offenes Bistier. Unser Ziel ist die Befreiung der Arbeiter aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft. Die Gewerkschaftsbewegung kann diese Tendenz nicht abstreifen; das wird auch kein Mensch, der klar sieht, glauben, am letzten die Unternehmer. Wenn Parteitheoretiker die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung zeigen, so ist es übel angebracht, diese als Feinde der Gewerkschaften zu brandmarken.

Wir bedauern es aufs tiefste, daß so etwas vorkommen konnte; es ist hohe Zeit, Einkehr zu halten und Selbstkritik zu üben. Die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, soweit sie denkwürdig ist, hat wiederholt bewiesen, daß sie den Quertreibereien einzelner Gernegrothe völlig abhold ist. Zweifellos wird zur gegebenen Zeit auch die erforderliche richtige Antwort folgen.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ erscheint seit Montag als Abendblatt. Mit dem 1. Juli gehen ferner Verlag und Druckerel, die bisher eine Filiale des Hamburger Parteigeschäfts Auer u. Co. waren, in den Besitz und die Verwaltung der Bremer Parteigenossen über. Aus diesem Anlaß wirft die „Bürgerzeitung“ einen Rückblick auf die Entwicklung des Bremer Parteiorgans:

Am 25. Juni d. J. werden es 30 Jahre, daß in Bremen die erste sozialdemokratische Zeitung gegründet wurde. Es war die „Bremer Freie Zeitung“. Am 17. Oktober 1878 fiel sie dem Sozialistengesetz zum Opfer. Der Versuch, ein farbloses Blatt, die „Bremer Morgenzeitung“, herauszugeben, scheiterte. Es wurde ebenfalls polizeilich verboten. Im Jahre 1885 gründeten die Bremer Parteigenossen das „Norddeutsche Wochenblatt“, das nach den Reichstagswahlen von 1887 gleichfalls dem Schandgesetz zum Opfer fiel. Aber in Bremen waren die Sozialdemokraten so wenig wie anderwärts in die Vorkämpfer zu jagen. Am 1. April 1888 erschien bereits ein neues Blatt, die „Bremer Volkszeitung“. Diesmal mußte das Blatt an der Unmöglichkeit, länger leben zu können, sterben; da erschien im letzten Moment ein höherer Beamter mit einer Verfügung eines hohen Senats, laut welcher das fernere Erscheinen des Blattes auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurde. So starb das Blatt mit einigem Anstand. Am 1. Mai 1890 wurde dann die „Bürgerzeitung“ gegründet.

Vom Wachstum der Organisationen. Trotz Klassenurteilen und Polizeiattempeln hatte der Sozialdemokratische Verein zu Magdeburg nach dem 21. Januar etwa 1000 Mitglieder gewonnen. Nach dem jüngsten gegen die Genossen Golzspol, Haupt und Betze gefällten Urteil haben weitere 400 Arbeiter ihren Beitritt zur politischen Organisation erklärt, so daß die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins jetzt über 3200 beträgt. So schreitet die Parteientwicklung trotz aller Verfolgungen vorwärts.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Und noch eine verpuffte Staatsaktion. Die Strafkammer zu Dortmund hat die beschlagnahmten Wahlscheitstflugblätter endlich freigegeben!

Straflos der Presse. In unserer Meldung in der Nr. 115 über die Verurteilung des Genossen Schneider als ehemaligen Verantwortlichen der „Chemnitzer Volksstimme“ ist irrtümlich das Strahburger Parteiblatt, an dem Genosse Schneider jetzt tätig ist, als Strahburger „Bürgerzeitung“ bezeichnet worden. Es muß heißen „Freie Presse“.

Aus Industrie und Handel.

Rückgang des Fleischkonsums. Der Fleischverbrauch Deutschlands hat im laufenden Jahre noch eine weitere Einschränkung erfahren; er war im ersten Quartal 1906 nicht nur geringer als im letzten Viertel 1905, sondern wies auch gegenüber dem ersten Quartal 1905 eine Abnahme auf. Pro Kopf der Bevölkerung wurden nämlich verbraucht:

	Kilogramm
1. Quartal 1906	6,49
4. „ 1905	6,71
1. „ 1905	10,06

In den einzelnen Quartalen stellte sich der Fleischverbrauch Deutschlands pro Kopf in Kilogramm wie folgt:

	Rind- und Schweinefleisch	Lammfleisch	Gänsefleisch	Hühnerfleisch
3. Quartal 1904	4,59	4,76	0,33	0,02
4. „ 1905	4,56	5,90	0,22	0,03
1. „ 1905	4,60	5,26	0,17	0,03
2. „ 1905	4,75	4,28	0,18	0,04
3. „ 1905	4,80	4,14	0,31	0,10
4. „ 1905	4,76	4,67	0,24	0,06
1. „ 1906	4,71	4,57	0,18	0,02

Der Rückgang würde noch größer sein, wenn nicht, um das Defizit der einheimischen Fleischversorgung zu decken, die Fleischimporte vom Auslande ganz außerordentlich forciert worden wäre. Die Fleischversorgung Deutschlands allein, berechnet aus den Ergebnissen der Schlachtvieh- und Fleischbeschaue, war im ersten Quartal 1906 so gering wie noch in keinem einzigen Quartal seit Mitte 1904, dem Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung dieser Ergebnisse. Die Zahl der der Schlachtvieh- und Fleischbeschaue unterliegenden Tiere bezifferte sich für ganz Deutschland im ersten Quartal 1906 auf 5 770 127 Stück gegen 6 444 530 Stück in der Vergleichszeit 1905. Es ist wohl anzunehmen, daß die ganz ungewöhnliche Steigerung der Fleischimporte im Januar und Februar des laufenden Jahres auf die starke Jollerhöhung zurückzuführen ist, die seit dem 1. März auf der Einfuhr lastet; umso ungünstiger sind aber deshalb die Aussichten für den Fleischverbrauch im zweiten Quartal.

17 1/2 Millionen Dollar Monatsdividende. Die Raildividende der Industrie- und Handelsbanken in den Vereinigten Staaten ist gegen das Quartalsergebnis des Vorjahres etwas zurückgefallen. Für die ersten fünf Monate zusammen übertreffen jedoch die diesjährigen Dividendenerklärungen anscheinlich die der beiden vorhergehenden Jahre, wie das aus der nachfolgenden Aufstellung ersichtlich ist:

	1906	1905	1904
Januar	27 288 572	23 289 450	25 779 884
Februar	17 067 572	16 478 879	19 364 641
März	26 139 423	25 208 066	21 891 635
April	30 011 065	24 861 940	22 594 601
Mai	17 556 585	17 674 557	16 740 260
Summa	118 063 242	107 512 892	106 371 167

Die größten Dividendenmonate sind regelmäßig Januar, April, Juli und Oktober, da in denselben die meisten Quartalsdividenden zur Auszahlung gelangen. Die größten Dividendenjahre im laufenden Monat sind die U. S. Steel Corp., die Amalgamated Copper Co., welche diesmal außer der regulären Quartalsdividende

von 1 1/2 Proz. eine Extradividende von 1/4 Proz. zur Auszahlung bringt, und die Pullman Co. of Chicago.

Submissionsliste. Auf ein Ausschreiben der Eisenbahndirektion Altona auf Lieferung von 3 Millionen Kilogramm Portlandzement gab die Portlandzementfabrik Hemmoor mit 905 Pf. für 100 Kilogramm das höchste und die Viktoriagesellschaft in Toledo mit 200 Pf. das niedrigste Gebot ab. — Die Preisforderungen für 2 Millionen Stück Ziegelsteine schwanken zwischen 21 und 33,50 M. Das sind Differenzen von 50 Proz.

Korruption. Der Kongreßvertreter Goulben, der gleichzeitig New Yorker Repräsentant der Penn Mutual Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Philadelphia ist, machte vor dem Kongreßauschuß zur Regelung des Versicherungswesens folgende Aussagen: „Es ist eine allgemein zugegebene Tatsache, daß Senator in Albany zu sein, unter dem alten Regime 50 bis 100 000 Dollar jährlich wert war, die hauptsächlich von den Versicherungsgeellschaften kamen. Das ist kein Geheimnis, jedermann in New York weiß es.“ Diese Keuschungen Goulbens beziehen sich auf die Mitglieder des Senats des Staates New York.

Gerichts-Zeitung.

Zur Ueberbürdung der Eisenbahn-Unterbeamt.

Vom Landgerichte Duisburg wurde, wie erinnerlich, am 7. Dezember v. J. der Eisenbahnassistent Adolf Seumer wegen fahrlässiger Transportgefährdung, fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung unter Anrechnung der Untersuchungsfrist zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Am 15. Oktober vor. J., vormittags 9 Uhr, stießen im Bahnhof Duisburg die Schnellzüge Hamburg-Köln und Oberhausen-Köln bei der Einfahrt aufeinander, indem der eine von hinten auf den andern aufstieß. Dabei wurden zwei Personen getötet, zwei nur verletzt. Der Angeklagte hat nach den Feststellungen dieses Unfalls durch Fahrlässigkeit herbeigeführt, indem er im Waggonsystem (in der Waggonsystem) durch Niederdrücken einer falschen Taste ein falsches Gleis für den einen Zug freigab. Zwar bemerkte der hinter ihm stehende Telegraphist A. sofort das Versehen, aber es war doch nicht mehr möglich, den Zusammenstoß zu verhindern. Der Angeklagte ist seit etwa 30 Jahren im Dienst und will durch fünfjährigen anstrengenden Nachtdienst so abgespannt geworden sein, daß er nicht mehr die erforderliche Sineschärfe hatte. Auch seien fast alle Pässe an jenem Tage zu spät gekommen, so daß besondere Anordnungen notwendig wurden, die in großer Eile ausgeführt wurden. Das Gericht hat aber trotzdem Fahrlässigkeit festgestellt. — Die Revision des Angeklagten kam am Montag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Der Verteidiger behauptete Verleumdung des Begriffes der Fahrlässigkeit, die vom Landgerichte mit Irrtum verwechselt worden sei. Das Reichsgericht habe in einem früheren Urteil ausgesprochen, daß eine Abweichung von den Dienstvorschriften nicht ohne weiteres Fahrlässigkeit darstelle. Der Angeklagte selbst bemerkte noch persönlich, daß er sich keiner Pflichtverletzung bewußt sei. Dem Waggonsystem solle der Beamte mit der größten Aufmerksamkeit bedienen. Dazu gehöre aber Zeit und diese habe er an jenem Tage nicht gehabt. Damals habe man noch nicht gewußt, daß durch Bergreifen auf der Klaviatur ein schweres Unglück entstehen könne. Seitdem habe man eine mechanische Vorrichtung getroffen, welche es unmöglich mache, daß dasselbe Gleis für zwei Züge freigegeben werde. — Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Verwerfung der Revision, da das Verschulden des Angeklagten ohne erkennbaren Rechtsirrtum ausreichend festgestellt sei.

Diese formale Rechtsprechung des Reichsgerichts beruht auf der engen Bahn, in der eine Revision sich nach der Strafprozedur bewegen hat. Der Eisenbahnbeamte wollte richtig tun. War die falsche Taste durch Ueberbürdung herbeigeführt, so war diese die Ursache des Eisenbahnunglücks. Hinzu tritt noch, daß nach dem Unglück durch technische Vorrichtungen Folgen einer solchen Taste unmöglich gemacht worden sind. Das Unterlassen dieser Schutzvorrichtung ist auf das Konto der höheren Beamten zu setzen; wenn bei solchen Fällen weder die höheren Beamten, noch die höheren Verwaltungsbeamten, die an der Ueberbürdung der Unterbeamten schuld sind, zum mindesten mit angeklagt werden, so widerspricht die Verurteilung der Unterbeamten doppelt dem Rechtsgefühl und der Fahrsicherheit.

Ein Jugendbildner. Das Landgericht Remmingsen verurteilte den Lehrer Joh. Schäble wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen an kleinen Mädchen zu einem halben Jahr Gefängnis.

Die Nichtbeachtung bergpolizeilicher Bestimmungen. Der Schiefermeister Johann Güter in Gladbach wurde vom Landgericht Essen (R.) am 18. November v. J. auf Grund des folgenden Tatbestandes wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Am 22. März v. J. bestiegen drei Hauer mit einem großen Bohrer die Förderseile eines Bergwerkes und Güter, der diese bediente, ließ den Deckel nach der Seite aufklappen. Inlekt sprangen noch zwei Vierdecker in die Förderseile, so daß diese die höchste zulässige Belastung hatte. Nach nur einigen Metern fuhr schlag der nur angelegte Deckel zu. Der Bohrer wurde dem einen Bergmann aus der Hand geschleudert und erschütterte durch wiederholtes Hängenbleiben den Förderkorb, so daß die mitgeführten untereinandergehängten Lampen wurden und ihre Lampen erloschen. Man rief Halt und als die Lampen wieder angezündet waren, stellte es sich heraus, daß der eine Infasse den Schacht hinuntergestürzt war und unten tot lag. Es ist verboten, Gewächse mit in die Förderseile zu nehmen und in einer nichtgeschlossenen Schale ein- und auszuführen. Diese Vorschriften hatte der Angeklagte nicht beachtet. — Seine Revision wurde am Montag vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Aus der Frauenbewegung.

Charlottenburg. Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt seine regelmäßige, sehr gut besuchte Mitgliederversammlung am 16. Mai im Volkshaus ab. Herr Simon Kägenstein referierte über „Kulturfortschritt und Frauenarbeit“. Mit lebhaftem Interesse folgten die Anwesenden den äußerst interessanten Ausführungen des Referenten, dem reichlich Beifall gezollt wurde. Herr Winter wies auf die Bedeutung der Konsumvereine hin. Ferner wurde zum Abonnement der „Gleichheit“ aufgerufen. Nächste Versammlung tagt am 20. Juni. Näheres an dieser Stelle.

Friedenau. Die Mitglieder des Frauen-Bildungsvereins werden gebeten, sich am Donnerstag (Himmelfahrt) zu dem Ausfluge nach Eichlamy pünktlich um 9 Uhr bei Grube und am Friedrich Wilhelmplatz einzufinden. Wer mit der Bahn fahren will, möge um dieselbe Zeit am Wilmersdorfer Bahnhof sein. Nachzügler sowie Gäste werden in Eichlamy freundlich empfangen.

Mariendorf. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am Mittwoch, den 16. Mai, seine Monatsversammlung bei Martin Müller, Tempelhofer Ab. Frau Thiel sprach über Jued und Ziel dieser Vereine. In einer kurzen, verständlichen Weise wurde der Wert der Frauenbewegung skizziert. Die Vorsitzende erludte die Anwesenden, endlich die Bekanntmachungen im „Vorwärts“ zu beachten, damit die postalische Einladung zur Versammlung in Fortfall kommen kann. Am Himmelfahrtstag findet ein Ausflug nach Mariensfeld statt. Die Genossinnen und Freunde werden gebeten, sich zahlreich anzuschließen. Zusammentreffen 2 1/2 Uhr bei Reichardt. Mariendorf. Frau Kehler hat ihr Amt als erste Vorsitzende aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. An ihrer Stelle wurde Frau Ritter mit dem Amt betraut. Frau Schwager wurde als zweite Vorsitzende gewählt. Die nächste Versammlung tagt am Mittwoch, den 20. Juni, bei Reichardt, Mariendorf.

Treptow-Baumshulenberg. Der hiesige Frauen-Bildungsverein hielt seine letzte Mitgliederversammlung am Donnerstag,

den 17. Mai, in Baumshulenberg bei Christ ab. Vor den sehr zahlreich erschienenen Frauen sprach Herr Dr. Vesper über „Jued und andere Erwartungen“. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. In der Sitzung vom 17. Mai hatten wir die Aufnahme von 7 neuen Mitgliedern zu verzeichnen. Es ist anzunehmen, daß in wenigen Wochen die Zahl unserer Mitglieder 100 betragen wird. Zieht man ferner in Betracht, daß die Versammlungen, die der Verein in Treptow und in Baumshulenberg stattfinden, fast ausnahmslos glänzend besucht sind, so kann man die erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß sich der Verein in den 17 Monaten seines Bestehens gut entwickelt hat. Das sollte eine Triebfeder für alle Mitglieder sein, ihr Möglichstes zu tun, um den Verein zu immer schönerer Blüte sich entfalten zu lassen. Werbe jeder in seinem Bekanntenkreise für neue Mitglieder, dann kann es nicht schwerfallen, daß wir bald die Zahl unserer Mitglieder verdoppelt sehen und somit die Leistungsfähigkeit des Vereins bedeutend vergrößern können! Seine Mitglieder aufzuklären und weiterzubilden, das ist der Jued des Vereins! — In dieser Woche findet in Treptow ein Juedabend statt. Näheres wird zeitig an dieser Stelle bekannt gegeben werden. — Im Juni findet eine Versammlung in Treptow und in Baumshulenberg statt. Themata und Referenten veröffentlichen wir zur Zeit. Der Vorstand.

Wilhelmsruh. Die nächste Sitzung des hiesigen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins findet Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Barth, Prinz Heinrichstr. 8, statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag. 2. Diskussion. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen. Der Vorstand.

Pankow. Am Donnerstag, den 17. Mai, hatten die Frauen von Pankow einen Unterhaltungsabend veranstaltet. Herr und Frau Balkotte brachten den Anwesenden soziale Dichtungen zu Gehör. In einigen Wochen soll nochmals eine derartige Unterhaltung geboten werden.

Röpenitz. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Genosse Wämmer sprach über „Jued und Ziele des Vereins“. Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion.

Verfammlungen.

Der Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter hielt am Donnerstag bei Keller seine außerordentliche Generalversammlung ab. Zur Debatte stand: Endgültige Beschlußfassung betreffs Anschließung an den Deutschen Holzarbeiterverband. Veranlassung zu dieser Versammlung ist ein Antrag, der von Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiterverbandes eingebracht wurde, dort eine Branchenabteilung für Maschinenarbeiter einzuführen. — Nachdem die früheren Bedingungen, an denen der Beitritt des Maschinenarbeiterverbandes geknüpft ist, von seiten des Holzarbeiterverbandes zur Zufriedenheit geändert sind, liegen nach Ansicht des Referenten keine Bedenken mehr dagegen vor, sich demselben anzuschließen. Die nach langer Diskussion per Stimmgabel vorgenommene Abstimmung ergab: 400 für den Anschluß, 411 gegen den Anschluß, 5 Stimmen waren gesplittet, eine große Anzahl Anwesende konnten an der Abstimmung nicht teilnehmen, weil diese ihre Mitgliedsbücher vergessen hatten. — Der Anschluß an den Deutschen Holzarbeiterverband ist somit abgelehnt. Bei der Auszählung der Stimmen entstand eine Unruhe, derentwegen die Versammlung der polizeilichen Auflösung verfiel.

Zu den Ausführungen des Genossen Cohen in der Versammlung der Ausgesperrten der U. S. G. am vergangenen Sonnabend, bitte ich die Redaktion, mir eine kurze Bemerkung zu gestatten.

Nach dem Versammlungsbericht in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ hat Genosse Cohen behauptet, von meiner, vom Genossen Ebert zitierten Aeußerung, bezügl. die Unterjüngung der infolge der Reichsperren, sei ihm nicht so viel bewußt, wie das Schwarze unter dem Nagel.

Ich erkläre dem gegenüber folgendes: Am Morgen nach der Sitzung der Berliner Parteifunktionäre traf ich den Genossen Cohen im Bureau des Verbandes der Berliner Wahlvereine. Die Unterhaltung drehte sich um die Ausperrung und äußerte sich Genosse Cohen im Laufe des Gesprächs sehr abfällig über etwaige öffentliche Sammlungen. Ich erwiderte darauf: So lange es sich nur um hunderttausend Mark handelt, die geben wir in aller Stille. Geht es darüber hinaus, können wir freilich in die Lage kommen, sammeln zu müssen, aber auch das kann in Formen geschehen, die jede Schädigung der Gewerkschaften ausschließen.

Die diese Erklärung, die ich allerdings nur in meinem Namen abgab, die sich aber mit den Anschauungen der übrigen Vorstandsmitglieder vollständig deckte, dem Genossen Cohen so völlig entschunden sein kann, ist mir unbegreiflich.

Berlin, den 22. Mai 1906.

A. Gerisch.

Genosse Cohen ersucht und um Aufnahme der Erklärung, daß er dem Ausdruck: „Die Metallarbeiter sind in die Reichsfeier hineingezogen worden“ nicht die Auslegung geben will, die man ihm am Sonnabendabend untergeschoben wollte. Bereits Sonnabend in der Versammlung habe er gesagt, daß er darunter verstanden wissen will, daß ohne Beachtung der Gesamtsituation in rücksichtsloser Weise von außen her für die Arbeitsruhe in der Metallindustrie Propaganda gemacht ist. Daß er nichts Böses oder Unstößliches mit dem Ausdruck „Gezogen“ sagen wollte, bewies er ja damit, daß er sagte, er selbst sei als Heher und Wähler derartigen, fühle sich dadurch aber nicht im geringsten verletzt.

Genosse Cohen sendet uns noch folgende Zuschrift: Es ist sonst nicht meine Gewohnheit, Versammlungsberichte zu berichtigen. Bezüglich der Versammlung der Ausgesperrten der U. S. G., Brunnenstraße, muß ich aber doch einmal von meiner sonstigen Gepflogenheit abweichen, weil der Bericht einige wesentliche Punkte weis stellt, teils nicht genügend klar bringt. Die unwesentlichen, nicht direkt zur Sache gehörenden Unrichtigkeiten lasse ich unbeachtet. 1. Daß der Genosse Voelke den Kollegen aus Ober-Schönau die Idee gesagt hat: „Ob Ihr feiert oder nicht usw.“ trifft nicht zu und habe ich ja auch nicht gesagt. 2. In meinen Ausführungen am Schluß kommt nicht genügend klar ja fast gar nicht die Hauptsache zum Ausdruck, wonach ich konstatiert habe, und zwar unter Zustimmung des Genossen Ebert, daß niemand von den Mitgliedern des Zentralvorstandes in der Sitzung am 4. Mai, abends, der Erklärung des Genossen Voelke bezüglich der Vsttenversammlung entgegengetreten sei, so daß wir annehmen mußten, daß diese Ausführungen die Meinung des gesamten Vorstandes seien.

Weiter konstatierte ich unter Zustimmung der Versammlung, daß, als ich in meinen ersten Ausführungen diese, jetzt vom Genossen Ebert bestätigte Behauptung aufstellte, der Genosse Weis dasjenige rief: „Das ist nicht wahr!“ Dieser Zwischenruf des Genossen Weis werde nun durch die Bestätigung des Genossen Ebert ins rechte Licht gerückt.

Drittens habe ich nochmals ausdrücklich konstatiert, daß heute abend (d. h. also Sonnabend) festgestellt sei, daß am Freitag, den 4. Mai, abends, über die Art der Ausbringung der Mittel diskutiert ist und am 8. Mai, abends, den vier Kollegen aus Ober-Schönau gegenüber beauftragt wurde, und zwar von den Genossen Ebert, Freythal und Ernst: „Cohen kann sich gar nicht auf die Verhandlungen vom Freitag berufen, denn am Freitag ist über die Art der Ausbringung der Mittel überhaupt nicht gesprochen.“

Gegen diese meine Konstatierungen erfolgte kein Widerspruch, nur der Genosse Weis versuchte eine Erklärung seines Zwischenrufes zu geben.

Alles andere will ich übergehen.

Berlin, den 22. Mai 1906.

Adolf Cohen.

Wasserstand am 21. Mai. Elbe bei Uffing + 0,40 Meter, bei Dresden - 1,05 Meter, bei Magdeburg + 1,39 Meter. — Uffing bei Straußfurt + 2,40 Meter. — Oder bei Rathow + 1,44 Meter, bei Borslow Oberpegel + 5,18 Meter, bei Borslow Unterpegel - 0,65 Meter, bei Frankfurt + 1,21 Meter. — Weichsel bei Straschände + 2,78 Meter. — Warthe bei Wosen + 0,98 Meter.

Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend!
Achtung! Tischler u. Möbelpolierer! Achtung!
 Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 Uhr, bei Böls,
 Köpenickerstraße 137/138:
Außerordentliche
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes, des Obmannes der Agitations- und Arbeits-
 Vermittlungs-Kommission und des Bibliothekars. 2. Ergänzungswahl zur
 Geschäftsleitung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert!
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
 189/7
Der Vorstand.

Zentralverband der Steinarbeiter
 Berlin I.
 Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 in den Armiahallen, Kommandantenstraße 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Der 1. Mai: was haben wir in Zukunft zu tun? 2. Anträge
 der Verwaltung. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
 Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
 Die Ortsverwaltung.

Produktenhändler und -Händlerinnen
 Mittwoch, den 23. Mai, abends 9 Uhr, bei Merkowski,
 Andreestraße 26:
Öffentliche Versammlung
 aller Produktenhändler und -Händlerinnen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Max Kiesel. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 — Zur Deckung der Kosten findet Teller-Sammlung statt. —
 Die Kollegen des Produktenhändlervereins „Osten“ sind hierdurch
 besonders eingeladen.
Der Vorstand 19465
 der Produktenhändler und -Händlerinnen Berlins u. Umg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-3. Fernsprecher: Amt IV, 9670.
 Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Achtung! Klempner. Achtung!
 Diejenigen Kollegen unserer Branche, welche statistische
 Fragebogen erhalten haben, dieselben aber noch nicht eingefandt,
 werden dringend ersucht, die Fragebogen umgehend an das
 Bureau, Engel-Ufer 15, einzusenden.
 119/17
 Die Ortsverwaltung.

Restaurant „Wendenschloß“
 vis-à-vis Grünau, am Fuße der Mägdeberge.
 Himmelfahrt: Eröffnung des neuen Parkett-Saales.
 Jeden Sonntag: Gr. Tanz-Reunion.
 ♦♦ Kegeltbahn. ♦♦ Kaffeeklübe. ♦♦ Ausspannung. ♦♦
 Gesellschaften, Vereinen und Fabriken bestens empfohlen.

Ausflüglern
 empfehlen wir folgende
Spezial-Karten
 der
Umgebung Berlins.
 Bernau-Biesenthal, Zante-Diepenh. und
 Wandlig-See 1 M.
 Bütow u. Umgegend mit angehängtem
 Führer 75 Pf.
 Eberswalde und Umgegend
 75 Pf. und 1 M.
 Erftner und Umgegend 75 Pf.
 Freienwalde-Balkenberg 75 Pf.
 Freienwalde, Briesen, Oberbera,
 Brodowin 1 M.
 Friedrichshagen, Köpenick, Grünau,
 Schmöckwitz 75 Pf.
 Grunewald und westliche Vororte,
 2., 3., 5. u. 8-farbig, 25, 50, 75 Pf.
 und 1 M.
 Königs-Busterhausen und Umgegend
 5-farbig 1,50 M.
 Köpenicke Vororte, Spandau, Tegel
 usw. 1 M.
 Potsdam und Umgegend 75 Pf.
 Potsdam und Herder 1 M.
 Rüdersdorfer Kalkberge, Umgegend
 von Woltersdorf u. Erftner 75 Pf.
 Spreewald mit praktischem Touristen-
 führer 75 Pf.
 Strausberg u. der Blumental 1 M.
 Tegel und Umgegend 75 Pf.
 Ferner empfehlen wir:
Wanderbuch für die Mark
Brandenburg, 3 Bände. Zu-
 sammen 6,00 M.
 I. Teil: Nähere Umgebung Ber-
 lins, umfaßt die Gegend von
 Potsdam, Spandau, Tammensberg,
 Königs-Busterhausen 1,50 M.
 II. Teil: Westliche Hälfte der Um-
 gebung Berlins bis Branden-
 burg a. O., Stendal, Tangermünde,
 Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 2,00 M.
 III. Teil: Östliche Hälfte der Um-
 gebung Berlins bis Eberswalde,
 Frankfurt a. O., Schwedt, Rastzin,
 Lübben, Spreewald, Muskau 2,50 M.
 Diese Wanderbücher bieten prach-
 volle Schilderungen der Mark, viele
 detaillierte Karten und Pläne und sind
 so dem Wanderer ein zuverlässiger
 Führer und Berater. 234/5*

Expedition des Vorwärts
 BERLIN SW. 68
 Lindenstraße 69 (Laden).

Blutarmut
 Bleichsucht, Nervenschwäche, Blut-
 stockungen usw. beseitigt vollkommen
 Reichel's **Malzeisenpulver**
 Reichlich blutbildend, schwache Ner-
 ven stärkend und enorm Appetit an-
 regend. Wirkt bei Kindern Wunder!
 Wahrhaft überraschende Erfolge.
 Dose Mk. 1,25. Uebl. 3 Dosen Mk. 3,75
 hier frei Haus. Versand nach auswärt.
 Berlin SO 43,
 Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.

Stegpöden
 billig direkt in der
 Fabrik
 72. Wallstr. 72,
 wo auch alte Stegpöden aufgearbeitet
 werden. Bernhard Strohmandel,
 Berlin Ks. Illustr. Katalog gratis.

**Schüler-
Wasch-
Anzüge**

Viele Tausende
Exemplare.

Glatte, gezwirnte
und Körper-Gewebe.
Kleidsame, glatte
und faltige Fassons.
Strapazierfähig
und gut in Wäsche.

8.- 7.- 6.- 2 M.
5.- 4.- 3.-



**Schüler-
Stoff-
Anzüge**

Viele Tausende
Exemplare.

Bewährte Loden,
Cheviots, Zwirn-
buckskins, Diagonale
und andere
Stoff-Erzeugnisse.
Joppen- u. Jackett-
fassons.

24.- 21.- 18.- 9 M.
15.- 12.- 10.-

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos u. portofrei zugesandt.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20.

Nächsten Sonntag bis nachmittags 6 Uhr geöffnet.

Brauerei Germania Akt.-Ges.

Amt 7 Nr. 2645 Frankfurter Allee 53. Amt 7 Nr. 2645

in sämtlichen 100 Filialen 9823*

Malzbier vom Fab 4/10 Liter 10 Pf.

alkoholarm, nahrhaft, wohlschmeckend. 21/63

18 Flaschen 1,50 Mark, durch eigene Gespanne frei Haus.

Streng reell!

Kawolat, Schmidt & Co.

Schneidermeister 1325L*

Eherswalderstraße No. 25-26 Berlin N. Ecke der Schönhauser Allee.

Herren-Moden

fertig und nach Maß von prachtvoller Qualität, guter
Haltbarkeit, bester Verarbeitung und tadellosem Sitz.

Auf Wunsch stehen auch Muster in der Wohnung zur Ansicht
::: und fertigen von zugegebenen Stoffen Garderoben an. :::

Billige, aber feste Preise. ××××××× Reparaturwerkstatt im Hause.

Feste Preise!

**TUMA-
ZARI**

Beste 2 Pfg.-Zigarette.

Witte* Waldschlößchen, Eichwalde, Kaiser Friedrich,
 große 1.
 Empfehle allen Vereinen und Gemischten zu Ausflügen und Partien
 mein herrlich am Wald gelegenes Lokal, 3 Minuten vom Bahnhof.
 Großer Saal. × Schattiger Garten. × 2 Kegeltbahnen. × Ausspannung.
 Sommerwohnungen und Zimmer. 253/35

Nathan Wand
 129 Stalitzerstr. 129.
 Die schönsten 12942*
Herren-Sommer-Paletots
 und Anzüge in neu
 sowie spezial
Monats-Garderobe
 von Modellen gelungene Sachen,
 fast neu, für jede Figur passend,
 spezial Bau anzüge sind in
 großer Auswahl stets zu staunend
 billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
 129 Stalitzerstr. 129.
 Hochbahnstation Rottbuser Tor.
 Bitte auf Hausnummer zu achten

1905er Hühner,
 Heiligste Legeh. Enten, Landens-
 puten; Brutier u. Küden hochedel
 Kassen empfiehlt unter Garantie
 N. Wegner, Berlin, Mariannenstr. 34

Gegen Brechdurchfall und Darmkatarrh schützt man die Säuglinge am besten, wenn man sie mit Aufete's Kindermehl und
 Milch ernährt. Weides wird im Magen gut verdaut und geht im Darm weniger leicht, wie Kuhmilch allein, zur Gärung über. Aufete's
 Kindermehl verleiht der Milch einen höheren Nährwert, wird von allen Kindern gern genommen und bildet einen rationellen Uebergang
 zur festen Nahrung.

Lachmann & Scholz

Turmstraße 76. Warenhaus. Ottostraße 1.

Mittwoch, Donnerstag geben wir **Doppelte Rabattmarken.**

23. 24.

VI. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Köln, 21. Mai.

Alle Mandate werden für gültig erklärt. Die Zahl der Delegierten beträgt 122. Als Vertreter des ungarischen Holzarbeiterverbandes ist Kollege Beller erschienen. Das Erscheinen eines Vertreters hat ferner die französische Organisation zugesagt. Die anderen ausländischen Bruderverbände haben Begrüßungsschreiben geschickt.

Beller (Budapest) überbringt die Grüße des ungarischen Verbandes und teilt mit, daß es auch in Ungarn vorwärts geht. In den beiden letzten Jahren stieg die Mitgliederzahl von 2500 auf 9000, und sie beträgt heute weit über 10 000, das sind 40 Proz. denn die Zahl der organisationsfähigen Holzarbeiter beträgt in Ungarn nur 25 000. Schon heute können keine Streikbrecher mehr von Ungarn nach Deutschland gebracht werden. Durch ihren großen Streik, der 120 000 Kronen gekostet hat, haben die Budapest Kollegen den neunmündigen Arbeitstag und 50 Proz. Lohnerhöhung erkämpft. Ich bin hergekommen, weil wir von der größten Holzarbeiterorganisation der Welt lernen wollen. (Weißl.)

Auf Antrag der Zahlstellen Breslau, Frankfurt a. M. und des Gauverbandes Frankfurt a. M. beschließt der Verbandstag nahezu einstimmig, die Raiffeiser als siebenten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen. Die Zahl der gedruckt vorliegenden Anträge beläuft sich auf 310.

Zur Verhandlung kommt der zweite Punkt der Tagesordnung: Vorstands- und Kassenbericht.

Dem gedruckt vorliegenden, von dem Hauptvorsitzenden Kloß ergänzten Bericht entnehmen wir die folgenden Mitteilungen:

Der Vorstand befaßt sich in den beiden Berichtsjahren mit insgesamt 5508 Verhandlungsgegenständen, wovon 3904 Streiks und Lohnbewegungen, 702 Maßregelungen, die übrigen Unterführungs- und Verbandsangelegenheiten betrafen. Durch den Aufstieg der Geschäftsjunktur begünstigt, haben die Lohnbewegungen des Verbandes in den beiden Berichtsjahren eine Ausdehnung genommen wie nie zuvor. Die Zahl der einzelnen Lohnbewegungen stieg von 616 in den Jahren 1902-03 auf 1769 in den Jahren 1904-05. Das Wirken der Gauleiter hat sich bei den Lohnbewegungen außerordentlich gut bewährt. Mit Genugtuung ist festzustellen, daß alle Bestrebungen dazwischen, die von dem Ausbau der Unterführungsvereinigungen, insbesondere von der Arbeitslosenunterstützung, eine Beeinträchtigung des Kampfscharakters des Verbandes erwarteten, nicht im mindesten eingetroffen sind. Es hat sich als sehr vorteilhaft erwiesen, gemäß den auf dem vorigen Verbandstage gegebenen Fingerzeigen, die Beratung der Vorbereitung von Lohnbewegungen nicht in öffentlicher Versammlung, sondern in internen Sitzungen der Vertrauensleute mit den Vertrauensmitgliedern vorzunehmen. Durch die Anstellung eines zweiten Sekretärs war es dem Hauptvorstande möglich, in fast alle bedeutenderen Bewegungen persönlich einzugreifen. Zu wünschen wäre es, daß die Mitglieder auch bei jeder Verfallstifferenz den Gauleiter stets zu Rate ziehen, ehe sie zur Kündigung oder gar Arbeitsentlassung schreiten. Manche erfolglose Streik ist auf übereifriges oder eigenmächtiges Vorgehen der Kollegen zurückzuführen. Der Vorstand hat sich bei seinen Entscheidungen stets davon leiten lassen, daß die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die erste und vornehmste Aufgabe des Verbandes ist. Die Sitzungsprotokolle des Hauptvorstandes verzeichnen seit dem vorigen Verbandstage 1025 Beschlüsse über Streikgesuche, von denen 806 genehmigt, 42 betagt und nur 87 abgelehnt wurden. Manche Ablehnung erfolgte, weil die beschiedenen Forderungen gar zu unbedeutend waren. Erhebliche Schwereigkeiten bereitete dem Vorstand der Streik der Berliner Modellfabrik. Gerade in der Modellbranche ist stets mit der Gefahr zu rechnen, daß eine selbst nur kleine Bewegung in ihrem Verlaufe große Kreise ziehen und deshalb nur mit Unterstützung des gesamten Verbandes wirksam durchgeführt werden kann, weil hier nicht so sehr mit der Heranziehung von Streikbrechern als vielmehr mit der Anfertigung von Streikarbeit in allen möglichen anderen Städten zu rechnen ist. Aus diesem Grunde kann einer Zahlstelle unmöglich das Recht zustehen, eine solche Bewegung entgegen der Entscheidung des Vorstandes einzuleiten. Der „Christliche“ und der Hirsch-Dunderscher Verband haben den Berliner Modellfabrikstreik zu einer lebhaften Agitation gegen den Deutschen Holzarbeiterverband zu benutzen versucht, unter der Beihilfe, die Vorstand habe die Modellfabrik außerhalb Berlins zur Verrichtung von Streikarbeit genehmigt. Die Feststellung der Streikenden, daß die bezüglichen Angaben einzelner Kollegen erfunden waren, hat die „Christlichen“ und die Hirsch-Dunderschen nicht abgehalten, das Märchen von den „Streikbrechern“ im Holzarbeiterverbande in ihrer Agitation weiter zu gebrauchen. Es wird aber weder den Christlichen-Gelingen, ihre Geldentaten von Köln im Jahre 1905, noch den Hirsch-Dunderschen, die übrigen von Frankfurt a. O. — um nur diese zwei von vielen zu nennen — aus der Erinnerung der deutschen Holzarbeiter auszulöschen. Von den 1769 Einzellohnbewegungen verließen 955 (gegen 285 in der vorigen Berichtsperiode) ohne Arbeitsentlassung, 519 (127) waren Angriffstreiks, 249 (204) Abwehrstreiks und 46 waren Aussperrungen. An den 955 ohne Arbeitsentlassung erledigten Lohnbewegungen waren 4296 Betriebe mit 60 232 Personen beteiligt; jedoch waren in 1052 Betrieben mit 16 608 Beschäftigten die Forderungen bereits vorher in Geltung. Von den 619 Angriffstreiks erstreckten sich 348 nur auf je einen Betrieb. Bei den Angriffstreiks kamen insgesamt 4831 Betriebe mit 42 667 Beschäftigten in Betracht. Die Abwehrstreiks erstreckten sich auf 289 Betriebe mit 6221 Beteiligten. Die Ursache der Abwehrstreiks war in 100 Fällen Lohnreduktion, in 40 Fällen Maßregelung, in 47 Fällen Nichtinhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, in 16 Fällen Verlängerung der Arbeitszeit, in 11 Fällen Einführung einer ungünstigen Fabrikordnung, in 4 Fällen schlechte Behandlung, in 3 Fällen Forderung des Austritts aus der Organisation; in 28 Fällen handelte es sich um andere Ursachen. Die Zahl der Aussperrungen stieg von 9 im Jahre 1903 auf 15 im Jahre 1904 und 31 im Jahre 1905. Insgesamt kamen 1125 Betriebe mit 17 897 Beschäftigten in Frage. Ursache der Aussperrungen waren in 8 Fällen unsere Angriffstreiks, Streiks anderer Verufe in 13 Fällen, Lohnminderungen in 8, die Raiffeiser in 2, Zugehörigkeit zur Organisation in 4, Streikarbeit in 2 Fällen usw. — An den Lohnbewegungen der beiden letzten Jahre waren beteiligt: 71 351 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, 2065 Hirsch-Dundersche, 2919 Christliche, 5434 Andersorganisierte und 9704 Nichtorganisierte. Erfolgreich waren 528 Bewegungen mit 25 636 Personen, teilweise erfolgreich 101 mit 7703 Personen, verloren gingen 158 Lohnbewegungen mit 8171 Beschäftigten. Es wurde für 41 638 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 2,7 Stunden pro Woche erungen gegen nur 4 018 Personen in der vorigen Berichtsperiode. Die ertungenen Lohn-erhöhungen beliefen sich auf durchschnittlich 1,79 M. pro Kopf und Woche bei 81 073 Personen gegen nur 12 260 in der Berichtsperiode 1902/03. Das Bestreben, die Vereinbarungen vertraglich festzulegen, machte sich bei den Unternehmern in steigendem Maße geltend. Es wurden allein im Jahre 1905 204 sogenannte Tarifverträge abgeschlossen, die jedoch mit den Karttarifen nicht zu verwechseln sind. Nicht allein, daß in den letzten Jahren regelmäßig mehr als die Hälfte (52-56 Proz.) aller Bewegungen ohne Streiks durchgeführt werden konnten, auch die tatsächlichen Erfolge dieser friedlichen Bewegungen stehen hinter denen der Streiks kaum zurück. Rechnet man die Personenzahl, die bei den Angriffstreiks durch vorherige Bewilligung der Forderungen zu verzeichnen ist, den überhaupt ohne Streik verlaufenen Bewegungen hinzu, so errichten auf friedlichem Wege Arbeitszeit-

verkürzung 25 583 Beteiligte, Lohnerhöhung 41 170, durch Arbeitsentlassung 16 075 Arbeitszeitverkürzung, 19 894 Lohnerhöhung. Diese Zahlen zeigen in ihrer Gegenüberstellung in vollster Deutlichkeit, was die immer wiederkehrende Behauptung der Unternehmer wert ist, daß die Forderungen der Arbeiter „unerfüllbar“ seien, den „Ruin des Gewerbes“ zur Folge haben würden usw. Der Nachweis, daß die übergroße Mehrzahl der Unternehmer sich bereit fand, den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden, ohne es zum Streik kommen zu lassen, ist die beste Widerlegung dieser Behauptungen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß einzelne Mitglieder immer noch vergessen, daß der Streik nur als letztes Mittel angewendet werden soll, wie auch, daß der Streik eine zweischneidige Waffe ist.

Die Kosten der Lohnkämpfe betragen für Angriffstreiks in den beiden Berichtsjahren 1 205 636 M., für Abwehrstreiks 148 734 M., für Aussperrungen 906 588 M., insgesamt also 2 260 949 M., gegen nur 489 721 M. in den Jahren 1902/03. Diese Zahlen zeigen, in welchem großen Maße die finanzielle Belastung der Verbandskasse gestiegen ist. Eine infolge dessen im ersten Vierteljahr 1906 veranstaltete Erhebung eines Ertragsbeitrages von 10 Pf. pro Woche für die männlichen Mitglieder hatte als Ergebnis eine Einnahme von 126 356 M. für die Verbandskasse. Der Vorstand schlägt nunmehr, um die Leistungsmöglichkeit der Verbandskasse mit den gesteigerten Anforderungen ins Gleichgewicht zu bringen, eine Erhöhung des regelmäßigen Wochenbeitrages vor.

In bezug auf die Stellung der Unternehmerorganisation, insbesondere des Arbeitgeberverbandes der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen, ist zu konstatieren, daß die Anerkennung des Verbandes gute Fortschritte aufzuweisen hat. Es hat eine rege Korrespondenz zwischen den beiderseitigen Vorständen stattgefunden, und in zahlreichen Fällen sind auch die Verhandlungen an den einzelnen Streikorten in Anwesenheit je eines Vertreters beider Vorstände gepflogen und abgeschlossen worden. Im September 1904 hat der Vorsitzende des genannten Unternehmerverbandes, Herr Rabardt, nach einer gelegentlich eines Streiks mit dem Kollegen Kloß gepflogenen Unterredung in einem Schreiben an den Vorstand des Holzarbeiterverbandes angefragt, ob es nicht zweckmäßig sei, vor Ausbruch eines Streiks in Zukunft den Versuch zu machen, durch je ein Vorstandsmitglied beider Verbände die Verhältnisse prüfen zu lassen, um wenn möglich, die kritischen Punkte zu beseitigen, wodurch beiden Parteien erhebliche Opfer zu ersparen seien. Die Tendenz dieses Vorschlages entspricht der seit je geübten Praxis des Holzarbeiterverbandes; jedoch glaubt der Hauptvorstand, daß in vielen Fällen die örtlichen Vorstände diese Prüfung vornehmen können. Wenige Monate vorher hatte der Vorstand des nämlichen Unternehmerverbandes einen ganz anderen Beweis seiner „Friedensliebe“ gegeben, indem er seine Dresdener Mitglieder aufforderte, binnen drei Tagen ihre Bewilligungen zurückzuziehen oder ihren Ausschluß aus dem Unternehmerverbände zu gewärtigen.

Die gezahlte Gewerkschaftenunterstützung stieg von 40 000 M. auf 52 000 M. Entlassungen und Aussperrungen infolge der Arbeitsruhe am 1. Mai sind in den beiden Jahren seit dem letzten Verbandstage wieder in großer Zahl vorgekommen. Namentlich trifft dies auf die letzte Raiffeiser 1906 zu. Trotz der den Mitgliedern bekannten Entscheidungen aller früheren Verbandstage wurde in den meisten dieser Fälle Unterstützung aus der Verbandskasse in Form von Gewerkschaftenunterstützung beansprucht, ohne daß der Vorstand diese Gesuche berückichtigen konnte.

Die Diskussion über den bis hierhin geführt wiedergegebenen Teil des Berichtes nahm den ganzen Montag in Anspruch und wird am Dienstag fortgesetzt. Die Beschwerden über die Verbandsleitung beschränken sich im wesentlichen auf Bemerkungen der Delegierten der in Betracht kommenden Orte, daß der Vorstand bei der Genehmigung von Streiks zu viel Zurückhaltung beobachtet habe. Dem wird vom Vorstand entschieden widersprochen. Weiter kennzeichneten mehrere Redner die Maßnahmen der „Christlichen“ und Hirsch-Dunderschen.

Ferner nahm der Verbandstag bei sämtlichen 310 Anträgen die Untergruppenprobe vor und verwies die nicht gefallenen Anträge zur Kommissionsberatung.

Die Schopenstehlerrawalle in Hamburg vor dem Landgericht.

(Schluß der Montagverhandlung.)

Der Angeklagte Thomas, ein sechzehnjähriger Mensch, soll sich dadurch schuldig gemacht haben, daß er in einer Menschenmenge mit einem dicken Knüttel den Schuhmannern gedroht, mit kleinen Steinen geworfen und geschloß haben soll. Der Angeklagte bestreitet dies und will sich gar nicht unter der Menge befunden haben.

Der Angeklagte Saggau soll auf dem Fischmarkt zwischen einem Knäuel von Menschen schreiend und johlend umhergelaufen sein und zu seinem Begleiter gesagt haben: „Ach was, Mensch, sei doch nicht so ein feiger Kerl!“ Dann soll er hinter den Volkstanz hergelaufen sein. S. bestreitet diese Angaben und bezeichnet seinen Begleiter, der ihn in der Voruntersuchung belastet haben soll, als einen fanatischen Menschen, der oft hin und her rede.

Die Vernehmung des Angeklagten Spangenberg gestaltete sich interessanter. Die Frage: „Sind Sie organisiert?“ bejahte der Angeklagte. Vorsitzender: „Welchem Verbände gehören Sie denn an?“ Angeklagter: „Dem Deutsch-nationalen Handlungsgewerkschafts-Verbande.“ Dieser „Deutsch-nationale“ hat an seiner Versammlung teilgenommen, doch ist er, wie er angibt, über das Vorgehen der Volkstanz so entrüstet gewesen, daß er laut „Psui!“ rief. Dieses „Psui!“ gerichte ihm zum Verhängnis. Der Angeklagte erklärt, daß aus der Menschenmenge, in der er gestanden, nicht geworfen worden sei. In der Voruntersuchung soll der Angeklagte Ramero ausgesagt haben, Spangenberg habe die Worte „Schlagt die blauen Hunde tot!“ gerufen. Ramero bestreitet dies, dagegen will er am Weisberg zwei Seelente getroffen haben, die ihm erzählten, sie seien in der Niederrstraße von Polizeibeamten überfallen und mit Säbeln traktiert worden. Vorsitzender: „Sol Was die Seelente aber getan haben, das haben sie Ihnen wohl nicht erzählt?“ Auch Ramero stellt entschieden in Abrede, sich schuldig gemacht zu haben.

Der Angeklagte Dabelstein ist zwar noch nicht bestraft, doch soll er der Polizei als zu Erzsien neigend bekannt sein, weshalb man ihn kurzerhand angeklagt hat, als man in Erfahrung brachte, daß er sich zwischen einer Menschenmenge aufgehalten haben soll. Auch dieser junge Bursche wird gefragt, ob er in einer Versammlung war oder ob er einem Verbände angehört, was in beiden Fällen verneint wird. Auch verneint der Angeklagte, vor dem 17. Januar gehört zu haben, daß bei den „Demonstrationen“ und Versammlungen etwas los sein würde.

Der Angeklagte Hoppe hat nach den Erzsien renommier, mit dabei gewesen zu sein und Säbelhiebe erhalten zu haben, weshalb man ihn angeklagt hat. Er hat auch eine Verletzung an der Hand gehabt, die er aber auf einen Fall zurückführt. Auch der Angeklagte Wilson scheint das Opfer der Renommisterei geworden zu sein; ihm kann weiter nichts zur Last gelegt werden, als daß er sich in einer Menschenmenge befunden und Säbelhiebe erhalten hat, was auch vielen anderen, nicht angeklagten Personen passiert ist. Beide Angeklagten bestreiten, sich an den Erzsien beteiligt zu haben. Es werden nun die zur Gruppe der Landfriedensbrecher und Plünderer gehörenden Angeklagten vernommen.

Der sechzehnjährige Arbeiterbursche Fabnde soll sich zwischen den Tumultuanten bewegt und an den Gewalttätigkeiten teilgenommen haben. Der Angeklagte ist geständig, mit Steinen Laternen und Fensterscheiben eingeworfen zu haben. Dem Lateninhaber Schmidt hat er eine Scherbe eingeworfen, weil er früher von diesem

entlassen worden war. Nach seiner Behauptung soll auch der Angeklagte Wegmann, ein ebenfalls sechzehnjähriger Bursche, an den Erzsien teilgenommen haben, was dieser in Abrede stellt. Nach Vernehmung dieser aus nur jungen Burschen bestehenden Angeklagtengruppe, deren Strafsachen darin bestehen, daß sie sich an den Erzsien beteiligt bzw. sich einige Sachen angeeignet haben sollen, wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

Hamburg, 22. Mai. (Fig. Ver.)

Wie aus der gestrigen Vernehmung der Angeklagten hervorgeht, befinden sich die eigentlichen „Schopenstehler“ immer noch auf freiem Fuße und haben hinreichend Gelegenheit gehabt, den hamburgischen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln. Am Abend des 17. Januar ist überhaupt nur ein einziger Insultgefallt verhaftet worden. Erst in den folgenden Tagen bis Ende Februar erfolgten Verhaftungen in großer Masse, indem man nun, da die Haupttäter mit wenigen Ausnahmen samt dem Raube verhaftet waren, diejenigen in Haft nahm, von denen man in Erfahrung gebracht hatte, daß sie mit den Polizeibehörden in schmerzliche Berührung gekommen waren und sich ihre Verletzungen in Apotheken bzw. auf Polizei- und Feuerwehrtrojanen hatten verbinden lassen. Gewichtig durch die auch anderwärts beliebte Praxis, alle verletzten Personen als der Teilnahme dringend verdächtig in Untersuchung zu ziehen, haben viele Verletzte ihre Jungen im Jaum gehalten und nichts über die ihnen zuteil gewordene Behandlung verlauten lassen, weil sie sich mit Recht sagten, daß man nach dem alten Sprichwort verfahren würde: „Mitgegangen — mitgehangen!“

Wie im großen Schopenstehlerprozeß zieren auch in diesem viele Personen die Anklagebank, die renommier haben, mit dabei gewesen zu sein. Dort wie hier hat man es fast durchweg nur mit solchen Leuten zu tun, die entweder Stofflos gebildet und in der Menge gesehen worden sind oder bei denen man Sachen gefunden hat, die sie auf der Straße gefunden haben, wozu nun bei jenen das Delikt des Auftrages, bei diesen das des Landfriedensbruchs und der Plünderung erblüht wird.

Kein einziger sozialdemokratisch organisierter Arbeiter befindet sich unter den Angeklagten, die von bürgerlichen Organen vom Schloße der „Hamb. Nachrichten“ als „jüchbewußte Genossen in revolutionärer Vorkriegsdenkmalung“ bezeichnet wurden. — Nach dem schändlichen Risto der Anklagebehörde im Schourgerichtsprozeß nach der „politischen Richtung“ hin, hat man es in diesem Prozeß wohlweislich unterlassen, die mit der Heberzeugung der Protestversammlungen betrauten Polizeibeamten wieder laden zu lassen, die beamtlich befunden haben, daß die Versammlungen geradezu musterhaft verlaufen seien. — Die Verhandlung des ersten Tages durchzog wie ein roter Faden die Fragen nach der Organisationszugehörigkeit und der Beteiligung an den Versammlungen. In diesen ist aber kein einziger der Angeklagten gewesen, mithin kann also auch niemand in die „revolutionäre Vorkriegsdenkmalung“, um in Scharfmacherjargon zu reden, verseht worden sein. Der Vorsitzende dehnte aber diese Fragen noch weiter aus, indem er zu wissen wünschte, ob nicht die Arbeiter vorher sich darüber unterhalten hätten, daß während der Demonstration etwas Besonderes „los sein“ würde. Aber auch diese Fragen wurden verneint. Bleibt mithin nur noch übrig, die gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit herauszuziehen. Der Angeklagte Dörrenhaus, der entgegen dem Antrage der Staatsanwaltschaft in Anklagezustand verseht worden ist, gehört dem Buchbinderverbände an, ist aber nur zahlendes Mitglied. Eine Versammlung hat er noch nie besucht, wie er denn auch erklärt, die Ziele des Verbandes, um die er sich nicht weiter kümmere, nicht genau zu kennen. Der Angeklagte Saggau ist Mitglied des Gemeindefacharbeiterverbandes; er bestreitet, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Als dritter im Bunde kommt der Angeklagte Spangenberg in Betracht, der Mitglied des — antisemitischen Handlungsgewerkschaftsverbandes ist. Er ist auf die Anklagebank geraten, weil er seine „Empörung über das Vorgehen der Schulheute gegen das Publikum“, wie er sagt, in das drastische Wort „Psui!“ gekleidet hat. Den Dörrenhaus läßt selbst die Anklagebehörde fallen, Spangenberg ist ein sich entzündender Deutschnationaler, bleibt also als „Moderner“ nur Saggau übrig.

Den zweiten Tag füllte die Zeugenvernehmung aus. Dörrenhaus wird als ein ordentlicher Mensch geschildert, gegen den kein Belastungszeuge vorhanden ist. Er ist zufällig in die Menschenmenge geraten, was nach Annahme der Eröffnungsammer für die Täterschaft am Auftrage sprechen soll.

Nach Vernehmung eines Schuhmannes soll der Angeklagte Grumme, ein Klagenmessenbesucher, mit erhobenem Arm gerufen haben: „Schlagt die Schulheute nieder!“ Der Angeklagte stellt dies in Abrede und behauptet, nur gesagt zu haben: „Es sei eine Schande, wie wehrlose Menschen von den Schulheuten behandelt wurden.“ Der Angeklagte ist am Abend des 18. Januar in einer Kasse verhaftet worden, weil er einen verbundenen Arm hatte.

Der Angeklagte Stegemann soll nach dem Ergebnis der Voruntersuchung gesagt haben: „Haut die Hunde nieder!“ Ein Polizeibeamter vermag dies nicht aufrecht zu erhalten; die Rufe seien aus der Menge gefallen.

Von dem Angeklagten Lembke kann nur bekundet werden, daß er sich in einer Menschenmenge befand. Daß er geworfen hat, wird nicht behauptet. Er hat einen Säbelhieb über den Kopf erhalten, was zu seiner Verhaftung führte.

Ein Zeuge will gesehen haben, wie der erst sechzehnjährige Angeklagte Thomas sich mit einem Knüttel in der Menschenmenge bewegte und mit Steinen auf die Beamten warf. Der Angeklagte behauptet aber, in einem anderen Stadtteil gewesen zu sein.

Hinsichtlich der Vernehmung der Angeklagten Ramero und Spangenberg spielt der unternehmigen vertrauenswürdigen „Vertrauensmann“ der Polizei eine Rolle. Danach soll der auf dem Güterbahnhof S. beschäftigte Ramero ein Adamaacher sein und ebenso wie Spangenberg an dem Rawall beteiligt gewesen sein. Durch den Bericht des polizeilichen „Vertrauensmannes“, der von dem Kriminalschuttmann Schwann als glaubwürdig bezeichnet, dessen Name aber diskret verschwiegen wird, sind die Angeklagten in Untersuchung gezogen worden. Ramero soll in der Voruntersuchung von Spangenberg behauptet haben, dieser habe in der Menschenmenge gerufen: „Schlagt die blauen Hunde tot!“ Weiden Angeklagten wird von verschiedenen Zeugen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Ein Gütervorsteher des genannten Bahnhofs schildert den Angeklagten als tüchtig im Dienst.

Der sechzehnjährige Angeklagte Dabelstein „soll“ in einer Menschenmenge gewesen sein, doch vermag ein polizeilicher Zeuge nicht zu bekunden, daß D. an dem Bombardement auf die Beamten beteiligt war. In der Voruntersuchung ist gegen den Angeklagten bedeutend mehr vorgebracht worden. Der Verteidiger macht auf diese Widersprüche aufmerksam, die aber nicht „gefärrt“ werden können.

Es werden nun noch Zeugen vernommen, die verletzte Personen gesehen haben, von denen sich mehrere wegen „Auftrages“ auf der Anklagebank befinden. Daß diese Angeklagten sich irgendwie an den Rawallen beteiligt haben, wird nicht behauptet. Schließlich werden noch die bezüglich der aus acht Angeklagten bestehende Gruppe der „Landfriedensbrecher“ und „Plünderer“ beladenen Zeugen vernommen, die teils belastend, teils entlastend für die Angeklagten ausfallen. Von diesen stehen fünf im Alter von 17, je einer im Alter von 18, 16 und — 13 Jahren. Mehrere hat, wie er zugibt, sich von außen eine in der Nähe des Fensters liegende Lupe angeeignet, während die anderen auf der Straße liegende Gegenstände an sich genommen haben sollen.

Damit ist die Beweisaufnahme erschöpft.

Der Charlet'sche Doppelmord vor dem Schwurgericht.

Die Fortsetzung der Beweisaufnahme begann gestern um 1/2 Uhr vormittags. **Maurerpolier A.** wurde mit der Charlet'schen Familie in einem Lokal bekannt. Es entwickelte sich zwischen ihm und Charlet ein näheres freundschaftliches Verhältnis. Der Angeklagte habe ihm, wie der Zeuge vor Gericht bekundet, eines Tages erzählt, daß er von einer gewissen A., einer unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehenden Frauensperson wiederholt Geld erhalte. Ferner habe Charlet erzählt, daß er mit einer fünfzehnjährigen Bauerntochter aus Stolpe ein Verhältnis unterhalte; er habe sich bei deren Eltern als unterheirateter Mann eingeführt und könnte nun, wenn er seine Frau los wäre, eine ganz gute Partie machen. Frau Charlet habe wiederholt ihm mitgeteilt, ihr Mann verlange, sie solle sich gegen Bezahlung anderen Männern hingeben, um eine Weiskülpe zum täglichen Brot zu haben. Er (Zeuge) sei schließlich selbst gegen Bezahlung mit der Frau Ch. in intimen Verkehr getreten, nachdem diese ihm ein Paar neue Stiefel gezeigt habe, die sie von ihrem Mann erhalten habe, „um mehr zu verdienen“.

Eine andere Zeugin **Frau L.** bekundet, daß Frau Charlet sich wiederholt geäußert habe, sie werde sich und ihr Kind erschicken, da ihr Mann sich mit anderen Weibern abgeben habe. Ein Arbeitskollege des Angeklagten bekundet, daß Frau Charlet einmal zu ihm gesagt habe: Wurst wider Wurst, nachdem sie ihm barmherzig von dem Verkehr ihres Mannes mit anderen Frauenzimmer erzählt hätte.

Die Zeugin **M.** gibt zu, daß der Angeklagte sich nicht ohne Erfolg alle Mühe gegeben habe, mit ihr zu verkehren. Sie ist auch einmal etwas angetrunken in der Wohnung des Angeklagten gewesen und soll sich dort mit ihm geliebt haben. Die verstorbene Frau des Angeklagten soll dies gesehen haben und darüber sehr in Erregung geraten sein. Die Zeugin will, als sie erfahren hatte, daß die Frau unter dem Verhältnis, das der Angeklagte mit der Zeugin unterhalte, leide, ihm erklärt haben, daß der Verkehr aufhören müsse. Der Angeklagte erwiderte ihr aber:

„Ach, ich kann meine Frau doch nicht leiden!“

Eines Abends ist, wie die Zeugin weiter bekundet, Charlet mit seiner Frau bei Dumbis gewesen; er soll sich dort nicht als ihr Ehemann geriert und sie soll ihn als ihren „Liebhaber“ vorgestellt haben. Man habe nichts davon gemerkt, daß es sich um Mann und Frau handle. Frau Charlet habe ihr u. a. auch einmal gesagt, daß es ihr am liebsten wäre, wenn sie von ihrem Manne loskommen könnte, dann wäre sie freier und könnte besser leben. Sie hat erzählt, daß sie den Maurerpolier A. liebe. Weiter hat die Frau der Zeugin mitgeteilt, daß ihr Mann auch schon einmal den Revolver auf sie gerichtet habe. Die Zeugin hat den Angeklagten nach der Selbstmordaffäre in der Charitè besucht, er hat ihr aber näheres über die Vorgänge in der kritischen Nacht nicht erzählt. Als der Angeklagte aus der Charitè entlassen worden war, hat er der Zeugin gleich geschrieben, daß er sie sprechen wolle.

Präsi.: Das ist nun der Nummer um den Tod Ihrer Frau!

Der Angeklagte will die Postkarte an die Zeugin nur geschrieben haben, um von ihr etwas über das Treiben seiner Frau zu erfahren.

Mehrere als Zeuginnen vernommene Mädchen bekunden noch allerlei über die Eheirungen des Angeklagten und das Verhalten der Frau Charlet im Verkehr mit dem Maurerpolier und auf Tanzergängen, Witwenbällen usw. Bei einer ihn belästigenden Zeuginausfrage läßt der Angeklagte höhnisch, **Präsi.:** Waschen Sie hier nicht! Das ist ganz unpassend! Die Sache ist hier sehr ernst und gar nicht lächerlich! **Angekl.:** Herr Präsident,

ich kann nicht anders als lachen, wenn ich solche Ausfälle höre.

Die Mutter des Angeklagten, jetzt die Frau eines Bureauvorstehers, bekundet als Zeugin: Die verstorbene Schwiegertochter habe für den Angeklagten nicht gepakt und die Zeugin will das ihrem Sohne von Anfang an gesagt haben. Die Verstorbene sei sehr vergnügungssüchtig und mit ihrem Eoos nicht zufrieden gewesen. Sie habe der Schwiegertochter, als sie ihr einmal klage, geantwortet: „Bete und arbeite, dann wird sich schon alles machen! Oder kannst Du nicht beten?“

Die Schwiegertochter habe mit einem rohen Ausdruck die Ueberflüssigkeit des Beters bezeichnet. Einmal habe sie ihr gesagt: sie wisse jetzt einen Weg, um zu Geld zu kommen; sie werde jetzt als „junge Witwe“ ein Geisud um Darlehen in der Zeitung annoncieren

und da würden sich schon Leute finden, die ihr Geld leihen. Ihr sei es niemals genehm gewesen, daß der Sohn bloß Handwerker und nicht Kaufmann war. Ihr kleines Mädchen habe öfter darüber geklagt, daß sie von der Mutter Prügel bekommen habe.

Präsi.: Dies Charakterbild stimmt aber gar nicht mit den Befundungen, die andere Zeugen über die Verstorbene gemacht haben.

Zeugin: Was ich hier sage, ist die reine Wahrheit. Der Stiefvater des Angeklagten bestätigt, daß der Angeklagte in seine spätere Frau sehr verhasst gewesen sei und sie sehr geliebt habe. Trotz aller Abmahnungen habe er das Mädchen dann doch geheiratet. Von Rot sei bei ihnen nichts zu bemerken gewesen. Beide seien vergnügungssüchtig gewesen. Die Verstorbene habe sich vor ihrer Verheiratung stets so auffällig gekleidet, daß er sich geniert habe, mit ihr zu gehen. Dem Zeugen ist nichts davon bekannt, daß der Angeklagte damit einverstanden gewesen wäre, daß seine Frau sich mit anderen Männern abgebe. Im Gegenteil habe er sich eines Tages weinend darüber beklagt, daß die Frau mit Männern Madpartien mache. — Die Schwester der Verstorbenen, eine Witwe L., bekundet, daß das eheliche Verhältnis zwischen dem Angeklagten und seiner Frau äußerlich ganz glücklich zu sein schien. Die Schwester sei, nachdem sie Kenntnis von der Untreue ihres Mannes erhalten,

überaus unglücklich

gewesen und habe ihr einmal erzählt, daß sie schon einmal beschlossen habe, sich und ihrem Kinde das Leben zu nehmen; sie habe schon zweimal dem Revolver dem Kinde an die Schläfe gesetzt, aber sie bekomme es nicht fertig, das arme Wesen zu töten. Als die Zeugin das erstmal einen Abschiedsbrief von dem Angeklagten und seiner Frau erhalten hatte und in voller Aufregung dorthin eilte, fand sie die beiden in Tränen vor, es gelang ihr aber, sie wieder zu beruhigen. Bei dieser Gelegenheit hat die Schwester der Zeugin gesagt: ihr Mann wolle Chauffeur werden und sie solle nach seinem Willen durch den Verkehr mit Männern das dazu nötige Geld verdienen. Sie habe aber nur mit einem einzigen Mann solchen Verkehr angefangen und nun sei es ihm wieder nicht recht. Deshalb wollten sie sich beide das Leben nehmen.

Der 60jährige Vater der verstorbenen Frau Charlet macht seine Aussage mit träuernder Stimme: Er habe nach dem im November 1904 eingetretenen Tode seiner Frau vier Monate bei Charlet's geteilt, aber von Unfrieden nichts gemerkt. Der Schwiegervater sei allerdings ein bißchen brutal gewesen. Die Tochter habe ihm gegenüber nie geklagt und nie etwas von ihren unglücklichen häuslichen Verhältnissen erzählt; sie habe sich wohl vor ihm geschämt.

Ueber den

Geisteszustand des Angeklagten

äußert sich der Medizinalrat Dr. Hoffmann. Der Angeklagte sei seit August im Untersuchungsgefängnis und sei erst im April mit dem Wunsch nach Untersuchung seines Geisteszustandes hervorgetreten, da er glaube, geistig zu sehr heruntergekommen zu sein, um sich richtig verteidigen zu können. Seine Ansicht, daß er geistig nicht normal sei, gründet sich darauf, daß er nach der Angabe seiner Mutter immer ein eigenartliches Wesen gezeigt habe; er habe in früherer Zeit gestottert, oft stundenlang vor sich hingestarrt, gesagt, der Kopf sei ihm wie Wachs usw. Der Vater des Angeklagten, der ein Trinker war, ist an der Schwindsucht gestorben, der Angeklagte selbst hat die englische Krankheit gehabt, an streptokokken Ausschlägen gelitten und zwei Kopfverletzungen erlitten. Nun hat der Angeklagte mehrere Selbstmordversuche gemacht. Im Alter von 17 Jahren hat er eine ganze Anzahl Streichholzköpfe verschluckt, als 21jähriger hat er sich in die Brust geschossen, als Verheirateter hat er einmal Schweinfurter Grün genommen und dazu kommen die hier in Frage stehenden Selbstmordversuche. Der Angeklagte ist ein Mensch, der sein Leben nicht hoch einschätzt und damit spielt. Er ist ein eigentümlicher Mensch, wie auch seine schwülstigen, bombastischen und phrasenhaften Briefe erweisen. Die Untersuchung habe nicht ergeben, daß irgend eine Geisteskrankheit bei ihm vorhanden ist. Er hat die Tat so detailliert geschildert, seine Erinnerung war bis in die kleinsten Momente hinein gut und wenn der Geist eine solche Spannkraft zeigt, kann man nicht sagen, daß bei ihm bei der Tat die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war.

Nach geschlossener Beweisaufnahme verliest der Vorsitzende die auf Mord und Tötung auf ausdrücklichen Willen der Getöteten lautenden Schuldfragen. Auf Antrag des Staatsanwalts wird noch eine Unterfrage betreffend „Beibringung von Gift“, auf Antrag der Verteidigung werden noch mehrere Unterfragen betreffend Totschlag und versuchten Mord bzw. versuchten Totschlag sowie betreffend den freiwilligen Rücktritt von letzterem Verbrechen zu rechter Zeit — hinzugefügt.

Der Staatsanwalt beantragt nach längeren Ausführungen, den Angeklagten im Sinne des Öffnungsbeschlusses schuldig zu

sprechen, gibt aber den Geschworenen anheim, das Moment der Ueberlegung bei der Tötung des Mädchens genau zu prüfen und eventuell zu verneinen. — Nach längeren Darlegungen der Verteidiger, die zugunsten des Angeklagten im Sinne der von ihnen gestellten Unterfragen plädieren, ziehen sich die Geschworenen in später Nachmittagsstunde zur Beratung zurück.

Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf Verurteilung der Schuldfrage wegen Totschlages, verübt an dem Kinde. Der Angeklagte war demnach nach § 212 Str.-G.-B. zu bestrafen, der lautet: „Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung nicht mit Ueberlegung angefaßt hat, wegen Totschlages mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren bestraft.“ Das Gericht erkannte unter Einbeziehung der bereits gegen den Angeklagten erkannten Zuchthausstrafe von 2 Jahren wegen Sittlichkeitsverbrechens auf 7 Jahre Zuchthausstrafe und Ehrverlust auf die Dauer von 5 Jahren. Auf die Untersuchungshaft wurden 4 Monate angerechnet.

Der Angeklagte erklärte, auf Rechtsmittel verzichten und die Strafe sofort antreten zu wollen.

Verfammlungen.

Die **Formen** und **Berufsgenossen (Metallarbeiterverband)**, hielten am Montag im Gewerkschaftshaus für alle in den Eisen- und Metallgewerben beschäftigten Stollen eine Versammlung ab. Der **Gauleiter Bernide** sprach daselbst über den gegenwärtigen Kampf der Formen und Gewerksarbeiter um geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen. Redner erinnerte daran, daß die Formen schon seit geraumer Zeit dahin streben, einen bestimmten einseitigen Grundlohn für den ganzen Beruf zu erzielen und die leidige Fehlgeldfrage zu regeln. Nach den Feststellungen der letzten von ganz Deutschland aufgenommenen Verbandsstatistik sind die Löhne der Formen je nach den Gegenden äußerst verschiedenartig. Schon ein Vergleich zwischen dem Gau Brandenburg und Ostpreußen ergibt eine auffallende Differenz in den Löhnen. In Brandenburg, einschließlich von Berlin, beträgt der Durchschnittslohn 29,55 M., in Ostpreußen dagegen nur 19,25 M. Ebenso verschiedenartig wird mit den Abzügen für Fehlgeld verfahren. Vering ist die Zahl der Betriebe, in denen keine Abzüge gemacht werden. In einer weit größeren Zahl erfolgen Abzüge, wo den Formen ganz oder teilweise ein Verschulden am Fehlgeld trifft, aber 671 Betriebe gibt es noch, wo auch ohne Verschulden des Formers am Fehlgeld der Unternehmer sich an dem großen Verdienst desselben schadlos hält. Natürlich müssen die Formen in solchen Betrieben alle Kräfte anspannen, um die Abzüge im Laufe der Zeit wieder zurückzubekommen. Diesem skandalösen Zustande ein Ende zu machen, war schon längst das Bestreben der Formen. Es konnte dies nur durch ein einheitliches Vorgehen geschehen, weil sich eine Fabrikantengruppe immer auf die andere berief. Bei den Vereinbarungen mit den Berliner Gewerkschaften im Jahre 1904 waren es gerade diese, die darauf hinwiesen, daß eine Besserung der Verhältnisse nun auch erst in den Provinzen erstrebt werden müsse, weil die Berliner Betriebe sonst nicht konkurrenzfähig blieben und die Arbeit infolge dessen aus Berlin herausginge. Nun hat der Verbandsvorstand den Versuch gemacht, die gesamten Gewerkschaften Deutschlands zu einer einheitlichen Besserung der Verhältnisse zu bewegen. Die Metallindustriellen lehnten jedoch ein Entgegenkommen ab. Die Folge sind die gegenwärtigen Kämpfe und — der Aussperungsbeschluss der Metallindustriellen. Redner schilderte hierauf ausführlich den bisherigen Verlauf der Bewegung in den verschiedenen Gegenden Deutschlands und bemerkte zum Schluß: Wenn man bedenkt, daß von zirka 35 000 Formern rund 10 000, also ungefähr der dritte Teil, ihrer früheren Arbeit noch nicht einmal einen Tagesverdienst von 3,50 M. erzielen, so müsse doch jeder objektiv Denkende sagen, daß die Ursachen dieses gewaltigen Kampfes die brutalen Aussperungsmassnahmen des Unternehmertums keineswegs rechtfertigen. Wie es aber auch kommen mag: Die Organisation ist in der Lage, den kommenden Dingen im Vertrauen auf sich selbst ruhig und kühl entgegenzusehen. Es ist der christliche Versuch gemacht worden, eine friedliche Einigung herbeizuführen. Wenn die Unternehmer trotzdem einen Gewaltstreik in großem Maße wagen wollen, nun so ist daran eben nichts zu ändern. Die Formen werden sich auch diesmal als Kerngruppe des Metallarbeiterverbandes beweisen, da sie in festen Kampfen mit dem Unternehmertum abgehärtet sind. (Lebhafter Beifall.) Eine Diskussion erfolgte nicht. Vorstern legte darauf die Abrechnung von dem Branchenfonds vor.

Theater.
Mittwoch, den 23. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyberhaus. Der schwarze Domino.
Schauspielhaus. Die Hölle, der Hof von Venedig.
Neues Opernhaus. Kartha.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Neues. Orpheus in der Unterwelt.
Westen. Letzte Opernaufführungen des Sternschen Konservatoriums.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Das Lumpengesindel.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Der Traum ein Leben.
Leipzig. Das Lebensfest.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Romische Oper. Don Pasquale.
Reidens. Liebeslust.
Zentral. Der Zigeunerbaron. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Tranon. Loulou.
Thalia. Hochparterre links.
Metropol. Aus ins Metropol.
Deutscher Amerikanischer. Arme Mädchen.
Rosino. Madame Bombard.
Apollo. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Aus allem Geschlecht.
Gania. Das Wunderkind. Familie Bernstein.
Wintergarten. Torsjada. Spezialitäten.
Vossage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängers.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Sternwarte, Invalidenstr. 57/52.

Ferdinand Bonn's Berliner Theater.
Gastsp. des Neuen Operetten-Theaters aus Hamburg.
(Direktor Max Monti).
Mittwoch und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Das Lumpengesindel.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Der Traum ein Leben.
Leipzig. Das Lebensfest.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Romische Oper. Don Pasquale.
Reidens. Liebeslust.
Zentral. Der Zigeunerbaron. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Tranon. Loulou.
Thalia. Hochparterre links.
Metropol. Aus ins Metropol.
Deutscher Amerikanischer. Arme Mädchen.
Rosino. Madame Bombard.
Apollo. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Aus allem Geschlecht.
Gania. Das Wunderkind. Familie Bernstein.
Wintergarten. Torsjada. Spezialitäten.
Vossage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängers.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Sternwarte, Invalidenstr. 57/52.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Lumpengesindel.
Tragödie in 3 Akten von Ernst v. Holzogen.
Donnerstag nachm. 3 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
Estradenbahn:
Nr. 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63, 74.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Dramatisches Märchen in 4 Akten von Franz Grillparzer.
Donnerstag nachm. 3 Uhr:
Zapfenstecher.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Lumpengesindel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Lumpengesindel.
Im Garten tägl. gr. Militärkonzert.
Am Königsstor.
Am Friedrichsbain.

Schweizer Garten.
Jeden Sonntag } **Extra-Vorstellung**
Ball und Volksbelustigungen.
Pfingsten: Beginn der Haupt Saison.
Am 1. und 2. Feiertag: **Früh-Konzert** und **Vorstellung.**
Neue Spezialitäten und Theater-Vorstellung.
Von Pfingsten ab tägliche Vorstellungen. 13012*

Apollo-Theater.
Novität! Heute: Novität!
Das blaue Bild.
Chantale in 1 Akt v. Sollen-Bäckers.
Ruffel von **Paul Lincke.**
Im großen Spezialitätenstück:
Stürmisch, ununterbrochenes Lachen
Ein Abend in einem amerikanischen Cingel-Cangel.

Lustspielhaus.
Abendlich 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 143.
Jeden Sonntag 4 Uhr:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Im Saale: **Tanz.**
Donnerstag, 21. Mai (Himmelfahrt):
Große Extra-Vorstellung.
Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saale statt.

Komische Oper.
Abends 8 Uhr:
Don Pasquale.
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Die Bohème.
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Arme Mädchen.
Von Adolf Philipp.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Aus altem Geschlecht.
Schauspiel in 5 Akten v. A. Genta.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend zum erstmalig: **Der Weg des Mürrers.**
Bei günstiger Witterung im Garten
Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Neu eröffnet!
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit **abwechselnd. Abnormitäten-Programm.**
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow,
Münzstraße 16.

Urania Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Im Lande der Sternwarte Invalidenstr. 57/52.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 1/2 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Einstell 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Gute und folgende Tage 8 Uhr:
Liebeslust.
Komödie in 3 Akten v. Leon Kautz und Michel Carré.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16.
Heute: **Geschlossen.**
Donnerstag, den 24. und Sonnabend, den 25. Mai 1906:
Letzte Vorstellungen vor Pfingsten!
Sonntag, den 3. Juni 1906:
Eröffnung der Sommer-Saison.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Wohin machen wir unseren Ausflug?
Nach der von Wald u. Wasser umgebenen Wachtelburg b. Hennickendorf, Bahnhof **Strandberg.** Neu eröffnet. Höchst u. romantisch gelegenes Lokal. Sommerwohnungen. Für Vereine Massenquartiere. **G. Goldgräbe,**
Waldhaus, Nieder-Schöneweide,
(fr. „Barbarossa“). Berlinerstr. 14b, empfiehlt sich Vereinen und Bekannten.
Tanzsaal. Garten. Sonntag Freikonzert.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg, Bernspracher Nr. 8. **Frankfurter Chaussee 5.**
Restaurant und Festsäle. 12382*
Jeden Mittwoch: 12382*
Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen. × Bonus haben Gültigkeit.
Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saale: Großer Ball. Gebr. Arnhold.

Brauerei Germania A.-G.
Frankfurter Allee 53/55. Oekonom Richard Franke.
Donnerstag, den 24. Mai 1906
Himmelfahrtstag:
Von nachmittags 4 Uhr ab: **Großes Garten-Konzert**
Spezialitäten I. Ranges.
Anfang 5 1/2 Uhr. × Die Kaffeeküche ist geöffnet. × Entree 20 Pf.
Jeden Sonntag, Montag und Mittwoch: Vorstellung. Jeden Freitag: Gr. Militär-Konzert.

Alfred Krug, Hutfabrik
Brunnenstraße Nr. 54, Schönhauser Allee 115.
Herrenhüte mit 1.000, 2.40, 3.—, 4.50.
Zylinder mit 6, 8, 10, 12 und Kesselfalten.
Strohüte a 40, 90 Pf., 1.20, 1.50, 2.—, 2.50 u. 4.—.
Größte Spezialgeschäfte im Norden!
Leser dieser Zeitung 5 Proz. Rabatt! 13112*

Westend-Charlottenburg.
Zur Roßtrappe, Spandauer Berg.
Südttes Restaurant von der Kaffee-Kasse. Haltestelle der Straßenbahn.
— Angenehme Familien-Unterhaltung und Tanz. —
Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.
Es ladet ergebenst ein **Müller.**

Grand-Restaurant Müggelgarten
Rahnsdorfer Mühle.
Großer Saal. Schattiger Garten. Kegelbahn.
Schultheiß-Ausschank. Kaffee, Kuchen. Spez.: Schokolade
Vorzügliche Küche. 1975b
Inhaber Willy Graf.

Kios-Zigaretten. Kleine Kios 2.
Spezialmarke: pro Stück 2 Pf. 1151L*
Hauptniederlage der Zigarettenfabrik „Kios“, Dresden.
Tabakgroßhandlung u. Tabakfabrik, Engel-Ufer No. 5.
Amt 4, 3014.

Verlangen Sie Tellus-Zigaretten
garantiert Handarbeit
Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!
M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

Restaurant zum Schwan, Tegelort
Rob. Jurock || Empfehle mein Lokal für Vereine und Gesellschaften.
früh. Klotzki || Grof. (halt. Garten, Saal, 2 Regelm., Ueberdachte).
Die besten Fahrräder
und Fahrradzubehöre zu enorm billigen Preisen
finden Sie wieder bei **Ernst Machnow, Berlin N.,**
Arkonplatz 1, Filiale: Kaiser Wilhelmstr. 18B.
Abteilung für Motorfahrzeuge: Wollnerstr. 11-12.
Neue hochlegante **Fahrräder 45.-, 50.-, 52.-, 55.- M.uw.**
Für meine weltberühmten Arkonräder übernehme bis 6 Jahre
Garantie. Luftschlange 1.50, 2.-, 2.50, 3.50 M. Kaufmännl. 2.50,
3.20, 4.50 M. — Nähmaschinen 28.—, 36.—, 42.— M. — Neue
Bright Motorräder 100 M. u. — Katalog gratis und franko.

Gewinn-Lose der Königlich Preussischen
Lotterie **zähle sofort aus.** 122/13*
Heinrich Kron, Bank- u. Lotterieg-
Geschäft, Alexanderstraße 54.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort
(fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen
für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinenhand Große Frankfurter-
straße 9, partiere. 14
Herrenhüte, Kinderhüte, Stiefel
50 Pfennig. Engros-Geschäft Neuer
Markt 1-2. Laden. 1536R*
Fahrräder, Teilzahlungen. Berg-
straße 28, Stahlbergstraße 40. 1509R*
Hochverehrte Herrenanzüge,
Sommerpaletots, die aus feinsten
Wollstoffen gefertigt wurden, 18 bis
28,00, Herrenhosen 7-12,00 verkauft
täglich, Sonntags. Deutsches Wer-
landhaus, Bagerstraße 63, 1. Treppe.
Leppische (Lehrerhüte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Leppische Schuh, Gabelsberger
Markt 4, Bahndorf Straße. 263/3
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
wie neu, 45,00. Holz Blumen-
straße 96 b. 1542R*
Möbel, Gelegenheitskäufe, neue
und gebrauchte billig. Dinstert. 247 L.
Gardinen-Verlängerung. Jers-
falemerstraße 11/12. Saison-Annahme-
preise für Gardinen, Stores, Bett-
decken, Vorhänge, Tischdecken. Sehr
enorm billig. 1511R*
Steppdecken billig. Hebril Große
Frankfurterstraße 9, partiere. 41
Wasserverhandlung: Juelochgasse-
keller 3,00. Gefüllene Spargel-
kasser 1,50. Waschtischapparat: Gas-
platten! 2/2. Dreikammige Bronze-
gastromen 1. 6,00. Gaszylinder 1
2,00. Gaslösen 1/4. Wobler,
Waldenstraße 22. 1515R*
Kostime nach Maß, auch bei Stoff-
zugabe. Günstigste Schneiderarbeit.
Blumenstraße 9-11. 124/20*
Kostüme von 2 Mark an.
Spezialfabrik, Blumenstraße 9. 125/1*
Gedehlfabrik, passend für Partei-
genossen, verkauft besonders G. Kling,
Dammstraße 31. Dorsgarten 50,
Ede Lenbachstraße. 1575R*
Monatsanzüge, Sommerüber-
zieher von 5 Mark an, große Aus-
wahl für jede Figur, auch neue e-
legante Garderobe aus erster Bezugs-
quelle. Schneidermeister Paul Förster-
zell. Nur Rollenbakerstraße 10. Kein
Laden. Habe keine Füllerei. 265/12*
Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
züge, Hosen, Koffer, Revalier,
Leinwand, Hüte, Goldschmuck, Koffer,
Sportbillig, Leder, Dramenstraße 131.

Kleiderbind, Dreibrieh 1906,
kauft Bernauer, Falkenbergstraße 95. *
Wandliche Karlsruferstraße 27. *
Hier Vereinszimmer, 20-130,
Montag, Sonnabend frei, 1/2
10 Pfennig. Angel, Engelstraße 30.
Nixdorf, Bilds Gesellschaftsbau,
Dammstraße 170, empfiehlt Säge,
Garten, Kegelbahnen, Sonnabends,
Sonntags: Familienball. 4122
Wasserpumpe Bauwinde verleiht
R. Leonhardt, Triftstraße Nr. 22
Damm III. 487*
Klempner mit 3-400 Mark kann
sich selbständig machen. Offerten „R.A.“
Postamt 22. 1981b
Kleiderbind, gebraucht, zu kaufen
gelucht. Offerten mit Preisangabe,
Dinstert, Frankfurter Allee 31. 4149
Wäsche wird sauber, glatt, ge-
waschen, gefärbt, Leinwand 3, Hand-
tücher 4, Taschentücher 10. Abholung,
Lieferung Freitag, Hermann Ruhling,
Köpenick, Gartenstraße 14. 1577R*

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands (Zweigverein Berlin.)
Sektion der Gips- u. Zementbranche.
Begen fortgesetzten
Tarifbruches ist die Firma:
Otto Stüwe
geiperrt.
Die Bauten sind:
Seestraße, Stroh-Stranfenhaus,
Mariendorf, Marienstraße. Bau:
Gartenweg,
Mariendorf, Chaussee 23.
Nixdorf, Bagerstr. 47.
Palenke, Humboldtstr. 49.
Dahlem, Botanisches Museum.
An die Bauhandwerker
appellieren wir uns zu
unterstützen. 143/18*
Der Sektionsvorstand.

Wohnungen.
Bernauerstraße 43, Spinnmünder-
Ede, sofort Einde und Küche zu ver-
mieten. 4148*

Vermietungen.
Wohnungen.
Bernauerstraße 43, Spinnmünder-
Ede, sofort Einde und Küche zu ver-
mieten. 4148*

Deutscher Holzarbeiter-
Verband.
Begen Streik und Lohnbifferenzen
sind geiperrt:
Für Tischler, Polierer und Ma-
schinenarbeiter
Franz Schulz, Frankfurter
Allee 28.
Gebr. Neukirch, Langestr. 10.
Für Korbmacher:
Stralauer Glashütte.
Für
Drehler, Tischler, Stellmacher,
Polierer, Waldarbeiter und
Bilbbauer
Treppengeländerfabrik Joseph
Drechsler, Gubenstr. 33.
Rahmmaschinenfabrik Frister &
Rossmann, Stahlstr. 85/1
Für Stellmacher
Motormaschinenfabrik Gottschalk in
Reinickendorf.
Für Tischlermeister Gräbert,
Ritterstraße 107, und der
Jungmannstraße, Brunnen-
straße 151.
Für Parkettbodenleger
Van der Firma Badmeyer in
Schöneberg, Gustav Müller-
straße 17.
Für Einsetzer sind geiperrt
die Bauten der Volksgarten Holz-
industrie:
Tarnopferstraße, Bau Witrow,
Nixdorf, Reinickendorf.
Birkow-Kranenhaus,
Dorndorfstraße, Bau Eißner,
Die Bauten der Firma Kirchner in
Großbalden (Jüdischenmeister-
Zimmermann): Warflusstraße 21;
Soybagen-Köpenickstr. 5 u 6;
Soybagen-Köpenickstr. 178; Char-
lottenburg, Kaiser Friedrich-
straßen-Gate 12 k; Tempelhof,
Dorfstraße, Ede Reinickendorf.
Zugung ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung
des Holzarbeiterverbandes.

Zimmer. Möbliertes Zimmer billig
zu vermieten. Kroll, Nixdorf, Kaiser
Friedrichstraße 13 IV. 4129

Schlafstellen.
Schlafstelle, heumöblierte, 1. Juni,
findet Herr (Kleinmiete), Dragoner-
straße 49a, Jüdischstr. 1085b
Schlafstelle vermietet. Stüwe
Kawengel, Bismarckstraße 7, nahe
Bahnhof Beusselstraße. 1975b

Annahme-Stellen
für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
Wengels, Nixdorfstr. 3.
Gustav Vogel, Köpenickstr. 83.
Nordosten:
Z. Jucht, Köpenickstr. 42.
S. Neul, Barnimstr. 42.
Norden:
G. Rasche, Adlerstr. 38.
F. Trapp, Köpenickstr. 24.
Karl Mars, Köpenickstr. 123.
Karl Weiche, Bismarckstr. 41/42.
S. Tschann, Nixdorfstr. 24.
S. Vogel, Köpenickstr. 37.
H. Tschann, Nixdorfstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweidenerstr. 8.
Südwesten:
G. Werner, Wittenmalerstr. 80.
S. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
St. Feil, Köpenickstr. 31.
F. Gutschmidt, Köpenickstr. 8.
Südosten:
Paul Böhm, Köpenickstr. 14/15.
P. Gerich, Engelstr. 15.
Charlottenburg:
G. Schauerberg, Seidenmeyerstr. 1.
Friedrichsberg:
O. Zeisel, Kronprinzenstr. 50.
Nixdorf:
M. Geinrich, Weinhandwerkerstr. 7.
Courat, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
Wilh. Bannier, Martin Lutherstr. 51.
Weißensee:
B. Reske, Seidenstr. 105.
Auf. Schiller, Köpenick-Chaussee 30a.
Reinickendorf:
P. Gurich, Probenstr. 108.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
wie neu, 45,00. Holz Blumen-
straße 96 b. 1542R*
Möbel, Gelegenheitskäufe, neue
und gebrauchte billig. Dinstert. 247 L.
Gardinen-Verlängerung. Jers-
falemerstraße 11/12. Saison-Annahme-
preise für Gardinen, Stores, Bett-
decken, Vorhänge, Tischdecken. Sehr
enorm billig. 1511R*
Steppdecken billig. Hebril Große
Frankfurterstraße 9, partiere. 41
Wasserverhandlung: Juelochgasse-
keller 3,00. Gefüllene Spargel-
kasser 1,50. Waschtischapparat: Gas-
platten! 2/2. Dreikammige Bronze-
gastromen 1. 6,00. Gaszylinder 1
2,00. Gaslösen 1/4. Wobler,
Waldenstraße 22. 1515R*
Kostime nach Maß, auch bei Stoff-
zugabe. Günstigste Schneiderarbeit.
Blumenstraße 9-11. 124/20*
Kostüme von 2 Mark an.
Spezialfabrik, Blumenstraße 9. 125/1*
Gedehlfabrik, passend für Partei-
genossen, verkauft besonders G. Kling,
Dammstraße 31. Dorsgarten 50,
Ede Lenbachstraße. 1575R*
Monatsanzüge, Sommerüber-
zieher von 5 Mark an, große Aus-
wahl für jede Figur, auch neue e-
legante Garderobe aus erster Bezugs-
quelle. Schneidermeister Paul Förster-
zell. Nur Rollenbakerstraße 10. Kein
Laden. Habe keine Füllerei. 265/12*
Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
züge, Hosen, Koffer, Revalier,
Leinwand, Hüte, Goldschmuck, Koffer,
Sportbillig, Leder, Dramenstraße 131.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Minder Stahlfabrik bietet um
Arbeit. Stühle werden abgeholt und
zurückgeliefert. H. Gläter, Rind-
straße 27. 1456b

Lebensstellung!
Für eines im nahen Auslande zu errichtende
Spielkarten-Fabrik
für welche Konzession und genügende Mittel vorhanden sind,
wird ein versierter, tüchtiger Fachmann, der in
dieser Branche tätig war, gesucht, der die Fabrikation ein-
richten und den Betrieb beaufsichtigen kann. Hohes Gehalt
und angenehme Lebensstellung. Persönliche Meldungen bis
25. d. Mts. Zimmer No. 5 „Harzburger Hof“, Berlin,
Dorotheenstr. 10. Schriftliche Meldungen unter G. J. 297
an Rudolf Mosse, Leipzigerstr. 103. 129/11

Verschiedenes.
Patentanwalt Bessel, Gitschiner-
straße 54. 973b*
Wandliche, Pringstraße 87,
Halle 8-8. Sonntags bis 2. 1420R*
Kaufschreiber von/rau Kofolski,
Charlottenburg, Weststraße 84, L.*
Inzeratenteil veranlo: Lh. Gläter, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanst. Paul Siper & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Himmelfahrtstage ein Familienausflug nach dem Grunewald, Station Eichkamp, stattfindet. Treffpunkt vor dem 10 Uhr in der Kantine. Nachzügler werden ebendort erwartet. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

W4tung! Fünfter Wahlkreis.

Die Herrenpartie des Kreises findet am 24. Mai (Himmelfahrtstag) statt.

1., 2. und 3. Abteilung: Versammlung 7 Uhr morgens bei Kaufh., Wilsstr. 12.

4., 5. und 6. Abteilung: Versammlung 7 Uhr morgens bei Wohlhabr., Rosenthalerstr. 57.

7. Abteilung: Versammlung 7 1/2 Uhr bei Kürbis, Luisenstr. 26.

Alle Abteilungen fahren nach Station Jungfernbeide. Auf Nachzügler wird bis 10 Uhr im „Waldlater“, Tegeler Weg 40, gewartet, dann Fußpartie nach Haselhorst, Saatwinkel, Tegelort, Endstation Tegel. Zahlreiche Beteiligung erbeten.

Der Vorstand.

6. Wahlkreis. Wie machen die Mitglieder auf die zweite Halbjahres-Generalversammlung aufmerksam. Eventuelle Anträge sind zu richten an W. Freyhafer, Gartenplatz 1. Der Vorstand.

Aus Nixdorf schreibt uns der Tanzlehrer Meißel zu der Kotzig der Lokalkommission in der Sonntagnummer:

Den Kampf gegen die Sanbverweigerer halte ich von meinem persönlichen Standpunkt betrachtet, im Interesse der Arbeiterklasse für vollkommen gerechtfertigt. Jedoch habe ich dem Wunsch der größeren Anzahl der Teilnehmer der Dampferpartie nachkommen zu müssen gelangt.

Die Teilnehmer sind ja auch nicht verpflichtet, an diesem Ball, welcher im genannten Lokal stattfindet, teilnehmen zu müssen. Außerdem verweise ich in späteren Fällen möglichst die Lokalkommissionen zu wachen.

Schöneberg. Wir machen die Parteigenossen auf die Herrenpartie am Himmelfahrtstage nochmals aufmerksam. Treffpunkt: Bahnhof Ebersstraße früh 7 1/2 Uhr. Fahrt Eichkamp. Verschickung der Erholungsstätte; hierzu Erklärungen des Leiters Herrn Dr. Rabenow. Wirsch nach Kitzlauersee; Einkehr dortselbst. Rückfahrt vom Bahnhof Zehlendorf. Fahrtkosten insgesamt 20 Pf. Der Vorstand.

Charlottenburg (S. Bezirk). Die Genossen, welche sich an der Herrenpartie nach Busow (Märkische Schweiz) beteiligen wollen, müssen sich Himmelfahrtstag früh 6 1/4 Uhr am Bahnhof Zoologischer Garten einfinden.

Am 6. Mai ist im Wollshause eine Damentasche mit Inhalt gefunden worden. Abzuholen bei Weisheit, Ketteldamm 11.

Röpenitz. Heute Abend 1/8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen der Dammvorstadt treffen sich beim Genossen Golze, Kaiserin Auguste Viktoriastr. 15. Der Bezirksleiter.

Berliner Nachrichten.

Das Schwedebahnprojekt Gesundbrunnen-Nixdorf ist wieder einen Schritt weiter gekommen. Ueber den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit wird folgendes berichtet: Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat sich, wie wir seinerzeit meldeten, im Prinzip mit dem Schwedebahnprojekt einverstanden erklärt und für das Unternehmen als eisenbahntechnische Aufsichtsbehörde (in Gemäßheit des § 3 des Kleinbahngesetzes) die königliche Eisenbahndirektion Berlin bezeichnen. Des Weiteren hat der Minister in einem Erlasse, welcher der Gesellschaft im April dieses Jahres mitgeteilt worden ist, die Forderung aufgestellt, daß — aus ästhetischen Rücksichten — Portalstützen nur dort aufgestellt werden, wo dies absolut notwendig erscheint und ausreichend begründet werde. Infolge dieses Erlasses hat nun die Gesellschaft für diejenigen Strahlenzüge, in denen die Portalstützen umgangen werden können, neue Entwürfe aufstellen lassen, in denen das Mittelstützen-system zugleich eine anderweite, vereinfachte Ausführung erfahren hat. Danach würden also Portalstützen nur noch da in Frage kommen, wo sie, wie z. B. an Strahlenkreuzungen, in starken Krümmungen usw. unumgänglich sind. Es wird sich bei den verlangten Probebefahren also in der Hauptsache nur um die Befahrung von Mittel- (und Gabel-)Stützen handeln. In den mit Strahlenbahnen belegten Strahlen wäre danach die Auseinanderziehung der Gleise unvermeidlich, da die in Abständen von je 15 Meter angeordneten Mittelstützen in dem Raum zwischen den Fahrgleisen fundiert werden müssen. Da nun die Brannenstraße, die für eine der Probebefahren in Aussicht genommen ist, zu diesen Strahlen gehört und man wegen des Schwedebahnmodells nicht die Strahlenbahngleise wird verlegen wollen, so hat die Gesellschaft den Magistrat ersucht, von der Befahrung der Verhältnisse für die Probebefahren einwilligen noch Abstand zu nehmen. Zugleich hat die Gesellschaft in einem Anfang dieses Monats im Rathaus eingegangenen Schreiben, dem eine Abschrift des erwähnten Ministerialerlasses beigelegt war, mitgeteilt, daß die neuen Entwürfe ihrer Vollendung entgegengehen und daß auch kleinere Modelle in Arbeit seien, in welchen den städtischen Behörden die neue Lösung für das Mittelstützen-system demnachst vorgeführt werden solle. Der Aufforderung des Ministers entsprechend, hat sich die Gesellschaft inzwischen auch wegen der Ueberführung der Stadtbahn an der Jannowbrücke mit der kgl. Eisenbahndirektion ins Einvernehmen gesetzt und, um diesen mannigfaltigen Aufgaben schnellstens gerecht werden zu können, sich entschlossen, ihr mit der Bearbeitung der Schwedebahn betrautes technisches Bureau von Rüdberg nach Berlin zu verlegen, ein Beweis, daß sie gar nicht daran denkt, vor den hier auftretenden Schwierigkeiten resigniert Halt zu machen.

Ein Abenteuer auf dem Zollamt lag einer Anklage wegen Vergehens gegen das Reichszollgesetz zugrunde, die gestern den Hausdiener Josef Baczolo vor das Schöffengericht I führte. Der Angeklagte ist erst seit kurzer Zeit aus seinem Heimatort in Ungarn nach Deutschland gekommen und ist der deutschen Sprache nur sehr wenig mächtig. Kurz vor Weihnachten erhielt er die übliche Mitteilung vom Zollamt, daß für ihn ein zollpflichtiges Auslandspaket angekommen sei. Erwartungsvoll erschien der biedere Ungar auf dem Zollamt, wo ihm mitgeteilt wurde, daß aus seiner Heimatstadt eine Wurst für ihn angekommen sei, die verzollt werden müßte. Baczolo erklärte sich hierzu bereit, fiel jedoch vor Schreck bald um, als ihm die Summe genannt wurde. „Gob sich Wurst gar nicht soviel Wert, wie ich soll zahlen Steuer!“ teilte er endlich dem Zollbeamten mit. Nach langem Hin und Her einigte man sich schließlich dahin, daß die Wurst, um allen Unannehmlichkeiten zu entgehen, verbrannt werden sollte. Mit gemüthlichen Gefühlen sah er der schönen Wurst nach, die bis zur Vornahme der Exekution beiseite gelegt wurde. Wie er behauptet, hätten ihm mehrere Personen aus dem Publikum zugestimmt, er solle doch mit der Wurst verschwinden. Tatsächlich war auf einmal der Angeklagte und auch die Wurst, die ihren Verfall verfehlt hatte, verschwunden. Dies war jedoch von dem Zollbeamten bemerkt worden. Die Folge war die jetzige Anklage. Der Gerichtshof kam jedoch zu einer Freisprechung des Angeklagten, weil die von diesem vorgebrachte Behauptung, er habe infolge seiner Unkenntnis der deutschen

Sprache eine Anordnung des Zollbeamten falsch verstanden, nicht widerlegt werden konnte.

Konflikt im deutschen Gastwirtsverband. Die Stellung der Schutzkommission des deutschen Gastwirtsverbandes zur Eisfrage hat zu einem Konflikt in der Vereinigung geführt, welcher einen Personenaustausch in der Verbandleitung oder den Austritt vieler Vereine zur Folge haben wird. Die einzelnen Gastwirtsvereine nehmen ganz entschieden gegen ihre bisherige Schutzkommission, insbesondere gegen den Verbandspräsidenten Ringel-Panow Stellung. Selbst der Verein der Gast- und Schankwirte von Panow und Umgebung, zu dessen Mitgliedern Ringel zählt, hat in seiner letzten Versammlung auf das Entschiedenste gegen die Maßnahmen der Kommission in der Eisfrage protestiert. Diese Schutzkommission, so wurde ausgeführt, habe gehandelt, als sei sie nicht von den Gastwirten, sondern von den Branerereien gewählt. Es sei unerhört, daß einem Vertrage zugestimmt wurde, nach welchem die Branerereien keine Verpflichtung zur Eislieferung haben, indem sie nur zu liefern brauchen, so lange Bestände vorhanden sind und Gastwirte, welche das bisher kostenlos zu jedem Hof Bier gelieferte Eis nach wie vor verlangen, auf 14 Tagen von keiner Branererei Bier erhalten. Die Schutzkommission habe auch bei der Festsetzung des Eispreises ganz unüberlegt gehandelt. Der Preis von 1 W. pro Zentner sei für Schmelzeis viel zu hoch. Durch die ganzen Maßnahmen der Schutzkommission sei das Großkapital, welches die Branerereien repräsentieren, zum Schaden der Gastwirte gestärkt worden. Die oben geschilderte Debatte hat sich auch in einer ganzen Reihe anderer Vereine abgespielt. Der Vorstand des Verbandes soll zur Rechenschaft gefordert und eventuell eine große Protestversammlung nach Berlin einberufen werden.

Der Betrieb der Hoch- und Untergrundbahn gibt zu fortgesetzten und berechtigten Beschwerden Anlaß. Mit der Aufnahme des Sommerfahrplans und Verlängerung der Bahnstrecke bis zum Wilhelmplatz in Charlottenburg ist eine abermalige Verschlechterung des Betriebes eingetreten. Die Zahl der direkten Züge ist wesentlich vermindert und fallen diese zu verschiedenen Tagesstunden völlig aus. In den Zeiten von 8-12 Uhr vormittags, von 2-5 Uhr nachmittags und nach 8 Uhr abends fahren sämtliche Züge über den Potsdamerplatz, wodurch natürlich eine wesentliche Erhöhung der Fahrzeit für den direkten Verkehr hervorgerufen wird. Aber auch in den übrigen Tagesstunden, in welchen direkte Tageszüge abgefahren werden, ist für dieselben eine nicht unerhebliche Verkehrsverschlechterung eingetreten. Die Züge kurieren nur noch zwischen Warschauerbrücke und Zoologischer Garten und die Fahrgäste, welche über die letztgenannte Station hinaus wollen, sind genötigt, am Zoologischen Garten auf den nächsten vom Potsdamerplatz kommenden Zug zu warten. Die Gründe zu diesen eigenartigen Maßnahmen der Betriebsverwaltung sind unsso unverständlich, als mindestens die Hälfte des Gesamtverkehrs auf den direkten Betrieb angewiesen ist.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich in der verflochtenen Nacht in der Müllerstraße. Die 53 Jahre alte in der Elsfasserstr. 77 wohnende Witwe Preis hatte am gestrigen Tage in der Müllerstraße wohnende Verwandte besucht und wollte gegen 1 Uhr nachts nach Hause fahren. Sie versuchte einen Straßenbahnwagen der Linie 31 zu besteigen und befand sich bereits am Trittbrett des Waggons, als plötzlich eine Automobilmaschine herangefahren kam und so dicht an den haltenden Straßenbahnwagen vorbeifuhr, daß Frau P. von dem Automobil erfasst und zu Boden gerissen wurde. Der schwere Kraftwagen ging der Unglücklichen über den Unterleib hinweg. Der Chauffeur brachte die Verunglückte mit seinem Wagen nach dem Paul Gerhard-Stift, woselbst Frau P. kurz nach ihrer Einlieferung den schweren Verletzungen erlag.

Die nächste Omnibuslinie, welche die Allgemeine Omnibus-Gesellschaft zur Eröffnung bringt, wird die neue Linie 45 sein, welche, wie wir schon berichteten, die Gesellschaft auf den Wunsch des Magistrats zur Verbindung mit dem neuen städtischen Gichto-Krankenhaus einrichtet. Die Linie soll noch im Laufe dieses Monats oder Anfang Juni eröffnet werden. Die Linie verbindet das Rosenthaler Tor mit dem Augustenburger Platz. Die Wagen durchfahren vom Rosenthaler Tor kommend die Elsfasserstraße, das Oranienburger Tor, die Chausseestraße, Müllerstraße, Triftstraße bis zum Augustenburger Platz. Zeitreden zu 5 Pf. sind: Rosenthaler Tor—Chausseestraße (Ecke Piesenstr.), Oranienburger Tor—Müllerstraße (Bahnhof Wedding), Chausseestraße (Ecke Invalidenstr.)—Müllerstraße (Ecke Berditstraße), Chausseestraße (Ecke Piesenstr.)—Augustenburger Platz. Der ganze Weg kostet 10 Pf. Der erste Wagen geht werktags vom Rosenthaler Tor 6.15, vom Augustenburger Platz 6.55, der letzte vom Rosenthaler Tor 9.21, vom Augustenburger Platz 9.10. Sonntags verkehren die Wagen ab Rosenthaler Tor von 7.00 früh bis 10.00 abends, ab Augustenburger Platz von 7.35 früh bis 10.44 abends. Die Wagen verkehren in Abständen von 5-6 Minuten. Der Betrieb erfolgt vorläufig mit Pferden.

Das automatische Fernsprechtamt in der Oranienburgerstraße in Berlin wird demnachst wesentlich an Bedeutung gewinnen. Schon jetzt kann dieses Selbstanschlusamt, bei dem die Teilnehmer die Anschlüsse ohne Zutunnahme eines Beamten selbst herstellen können, nicht nur zum Fernsprecherbezug benutzt werden, sondern man kann von dort auch beliebige Sprechstellen im allgemeinen Fernsprechnet erreichen. Das Selbstanschlusamt soll aber noch wesentlich mehr an Bedeutung gewinnen. Wie wir hören, beabsichtigt die Reichstelegraphenverwaltung, das automatische Amt zum freien Verkehr mit dem allgemeinen Fernsprechnet in Berlin zuzulassen. Man wird also von jeder beliebigen Sprechstelle aus Teilnehmer des Selbstanschlusamtes anrufen können, ebenso wie dies jetzt schon umgekehrt der Fall ist. Das automatische Amt hat in letzter Zeit wesentlich an Umfang gewonnen. Es sind ungefähr 40 neue Anschlüsse hinzugekommen, so daß das Amt jetzt über 100 Anschlüsse hat.

Opfer des Straßenverkehrs. Zwei Kinder sind vorgestern Abend im Straßenverkehr schwer verunglückt. Beim Reiten spielen geriet die achtjährige Emmi Sommer vor dem Elternhause in der Hamburgerstraße 2 gegen einen Geschäftswagen, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß sie in bedenklichem Zustande in die Charité eingeliefert werden mußte. — Gleichfalls vor dem Elternhause wurde der 4 Jahre alte Willi Beckmeier Vorkogelstraße 24 überfahren. Der Kleine war vor einer Droßke gestürzt und blindlings gegen einen Lastwagen gelaufen. Er wurde zu Boden gerissen, überfahren und schwerverletzt ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Im Straßenverkehr überfahren und schwer verletzt wurde gestern nachmittag der 15jährige Laufbursche Otto Polmer aus der Münchbergerstraße 28. Er fuhr auf einem Zweirad die Münchbergerstraße entlang und tarantolierte an der Ecke der Kopenstraße mit dem Geschäftswagen der Firma Jidel, Steglitzerstr. 92. Der junge Mensch wurde unter den Wagen geschleudert, und die Räder gingen dem Bedauernswerten über die Brust und den Kopf hinweg. Er erlitt einen komplizierten Schädelbruch sowie schwere innere Verletzungen und wurde von Passanten nach der Unfallstation VIII am Grünen Weg gebracht, wo er die erste Hilfe erhielt. In hoffnungslosem Zustande wurde der Schwerverletzte in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert.

Durch leichtfertiges Umgehen mit Schusswaffen sind wieder zwei schwere Unfälle herbeigeführt worden. Der 21jährige Mechaniker Josef Stesla, Kominienerstraße 20 wohnhaft, wurde von einem Freunde, der unvorsichtigerweise mit einem Leasing hantiert hatte, in den Unterleib getroffen. Die erste Hilfe erhielt der junge Mann auf der Unfallstation in der Warschauerstraße. — Sich selbst angefaßt hat der 14jährige Tischlerlehrling Otto Glabahn aus der Samariterstraße 5. Er hatte mit einem Revolver gespielt, wobei sich die Waffe entlad und das Geschloß in den linken Handteller eindrang. Der mittlere Fingerknöchel wurde völlig gesplittert.

Der Botanische Garten in Dahlem wird wie an allen Sonntag auch am Himmelfahrtstage dem Publikum nachmittags von 2 bis 7 Uhr zugänglich sein. Kinder unter zehn Jahren dürfen auch in Begleitung Erwachsener nicht mit eingeführt werden.

Kunsausstellung der Berliner Sezession. Die den Arbeiterorganisationen zu ermäßigten Preisen zur Verfügung gestellten Eintrittskarten für die Sezessionsausstellung am Kurfürstendamm tragen den Aufdruck „Wochentags“. Da nun Arbeiter und Arbeiterinnen gewöhnlich wochentags keine Zeit haben, Kunsausstellungen zu besuchen, so sei darauf aufmerksam gemacht, daß diese Karten auch des Sonntags Gültigkeit haben. Die billigen (50 Pf.) Sonntagskarten gelten an Wochentagen nicht, aber die zu ermäßigten Preisen (25 Pf.) ausgegebenen Karten dürfen an Wochen- und Sonntagen gebraucht werden.

Arbeitererkr. Zwei schwere Baunfälle haben sich gestern mittag zugetragen. Auf dem Neubau Rogstr. 47 brach der Arbeiter August Gräfe, Pestalozzistr. 73 wohnhaft, in der zweiten Etage durch die Decke hindurch und zog sich bei dem Sturze mehrere Rippenbrüche, Brustquetschungen und andere schwere Verletzungen zu. Er wurde in das Krankenhaus Westend gebracht und er wird wohl kaum mit dem Leben davonkommen. — Beim Regen von Balken stürzte der Zimmermann Karl Kuhle aus der Wipperfstr. 6 von der dritten Etage des Neubaus an der Ecke der Böhmischenstraße ab. Der Bedauernswerte wurde gleichfalls schwer verletzt dem Krankenhaus zugeführt.

Auf dem Wasser tobsüchtig geworden ist der Schiffergehülfe Kühne, welcher mit einer Oberziele nach Berlin gefahren war. Das Fahrzeug lag an der Stralauer Allee verankert, woselbst K. beim Entladen des Schiffes mit tätig war. Plötzlich ließ der Gehülfe seine Arbeit in Stich, stürzte sich ohne jede Veranlassung auf einen anderen Schifferknecht und suchte ihn ins Wasser zu schleudern. Dies wäre K. auch gelungen, wenn nicht glücklicherweise sofort Hilfe zur Stelle gewesen wäre. Aber erst nach hartnäckigem Kampfe gelang es, den Tobenden zu überwinden. Der Kranke wurde zur Polizeiwache gebracht und von dort auf Veranlassung eines Arztes nach der Landesirrenanstalt übergeführt.

Vermißt. Seit dem 23. April 1906 wird der Buchbinder Karl Lorenz am 6. Mai 1871 zu Breslau geboren, aus seiner Wohnung beim Beschneidung: 1,57 Meter groß, Statur untergeht, Haare schwarz, Augen dunkelbraun, Zähne defekt, Bart Schwarzbart, Kennzeichen: Auf dem Rücken große Narbe, Bekleidung: Schwarzer Filz-hut, blaues Jackett und Weste, dunkelblaue Hose, Jagstiefel, graue Strümpfe, Normalhemd und Gilettragen. Personen, welche zur Sache Angaben machen können, werden gebeten, dies der Kriminalpolizei zwei Treppen, Zimmer 326 oder einem Polizeibeamten zu den Adressen 3043 IV. 25. 06 mitzuteilen.

Den gestohlenen Rollwagen samt der Ladung wiedergefunden. Wie wir in der vorigen Nummer mitteilten, wurde am Montag vor dem Hause Hausboigsteiplatz 12 ein mit Tuchballen voll beladener Rollwagen, der dort unbeaufsichtigt stand, gestohlen. Inzwischen war nun die Spur der Diebe aufgefunden. Man hatte nämlich beobachtet, daß vor einem Geschäft in der Schmidstraße eine große Menge Ballen abgeladen wurden, die in keinem Wege mit dem Umfange des Geschäftes in Einklang zu bringen waren. Man benachrichtigte daher die Kriminalpolizei, die sofort die Sendung beschlagnahmte, da sie als die gestohlene erkannt wurde. Der Fehler selbst wurde verhaftet. Das herrenlose Gefahre wurde ebenfalls wiedergefunden. Es stand in einer Querstraße des Gölzler Bahnhofes. Die Spur des eigentlichen Diebes wird noch verfolgt. Von den Waren fehlte noch nichts; sie wurden dem Eigentümer wieder zugeführt.

Im Sportpark Steglitz kommt nunmehr am Donnerstag (Himmelfahrtstag), den 24. Mai, abends 5 1/2 Uhr, das klassische Dauerrennen um das „Große Goldene Rad“ über 100 Kilometer zur Entscheidung.

Carl Weiß-Theater. Sonnabend, den 26. d. M., findet die Premiere des fünfaktigen Schauspiel „Der Weg des Märtyrers“ statt. Das Schauspiel ist nach dem gleichnamigen Roman von Konrad Nerning für die Bühne von Horst Rolf bearbeitet.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 23. Mai, 7 1/2 Uhr, veranstaltet der kgl. Musikdirektor Fernh. Jürgang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fel. Wie Betler (Alt), Herrn A. R. Hansen-Müller (Bariton), Herrn Alex. Altman (Violine) und Herrn Einar Relling (Orgel). Es kommen zwei Himmelfahrtscarien, ferner Passacaglia und Finales über Bach von G. Schumann (B. Jürgang) und Orgelsonate op. 182 von Rheinberger (E. Relling) zur Aufführung. Der Eintritt ist frei.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 8 Uhr wurde die 1. Kompanie wegen eines gefährlichen Brandes nach der Hirtenstr. 12a gerufen. Dort stand nahe der Kaiser Wilhelmstraße ein Keller in großer Ausdehnung in Flammen. Das Haus war schon vollständig verqualmt, so daß zunächst für den Abzug des Qualmes gesorgt werden mußte. Da die Treppen nicht mehr bezogen werden konnten, stiegen Mannschaften über Leitern in die Etagen ein und öffneten Türen und Fenster. Durch kräftiges Wassergeben gelang es dann die Flammen auf den Keller zu beschränken, doch konnte es nicht verhindert werden, daß der Keller zum Teil unter Wasser gesetzt wurde. Die Entstehung des Brandes konnte bis jetzt nicht ermittelt werden. Fast gleichzeitig wurde die 4. Kompanie von drei verschiedenen Seiten nach der Schulgenossestr. 13 gerufen. Dort brannten Fußboden und das Zwischengebüll unter großer Qualmentwicklung, und in der Drahtstr. 16 gleichzeitig Pfeffrohnen. Wegen eines Autoombilbrandes wurde der 19. Zug nach dem Leipziger Platz 13 (Reichsmarineamt) gerufen. Das Auto war nicht mehr zu retten. Ein Pfeffrohnenbrand rief die Wehr nach der Lützowstr. 24. Feurer mußten noch Wohnungsbrände am Rottbuser-Ufer 58a, am Ostbahnhof 17, in der Fehrbellinerstr. 4, Mantuffelstraße 70, Freienwalderstr. 5, Charlottenstr. 87 und anderen Straßen gelöscht werden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtvorordnetenversammlung. Zur Beratung stand zunächst der sozialdemokratische Antrag betreffend Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems bei den Kommunalwahlen. Begründet wurde derselbe vom Stadtverordneten Hüter (Soz.). Er wies darauf hin, daß seit 50 Jahren sich bedeutende Änderungen im wirtschaftlichen Leben vollzogen haben, aber eine Umgestaltung des Kommunalwahlrechts habe man nicht für nötig gehalten. Der größte Teil der Einwohnerzahl sei in seinen Rechten bis auf das äußerste beschränkt. Die vorjährige Aufstellung der Wählerlisten habe ergeben, daß von 17 171 Kommunalwählern 14 208 der dritten, 2484 der zweiten und nur 484 der ersten Abteilung angehören. Es haben also die 83,7 Prozent Wähler der dritten Abteilung nur dieselben Rechte, wie 14,5 Prozent der zweiten und wie 2,8 Prozent der ersten Abteilung. Das ganze Wahlrecht sei auf die Größe des Geldfades zugeschnitten, denn in kultureller Beziehung leisten die Wähler der dritten Abteilung eine ganz bedeutende Wehr als die Wähler der ersten Abteilung. Redner wandte sich dann in längeren Ausführungen gegen das Hausbesitzerprivileg, das er für eine veraltete, rückständige Einrichtung hält. Die Hausbesitzer seien heute zum größten Teile weiter nichts als Kapitalisten und Hypothekenspekulanten. Eine Statistik habe ergeben, daß der Wechsel der Grundstückbesitzer in den Großstädten mehr als 11 Prozent beträgt. Auch namhafte bürgerliche Kommunalpolitiker haben die Notwendigkeit der Abschaffung des Hausbesitzerprivilegs

anerkannt, weil dasselbe weiter nichts bedeute, als die Unterwerfung der städtischen Organe unter die Sonderinteressen eines bestimmten Standes. Die Sonderinteressen werden den Wohlhabendheitsbestrebungen und Gemeininteressen vorangestellt. Redner erkennt zwar an, daß die Gesetzgebung in preussischen Landtage diejenigen sind, die in den Kommunen als Hausbesitzer sitzen, dort also wenig zu erwarten sein wird. Die Städte müßten sich aber zusammenschließen und zeigen, daß sie die Abschaffung dieses unwürdigen Zustandes für eine dringende Notwendigkeit halten. Im Interesse der Einwohnerschaft empfiehlt Redner die Annahme des sozialdemokratischen Antrages, mindestens aber denselben zur Vorberatung einem Ausschuss zu überweisen.

Stadt. Dr. Karwitz, der sich zu den Rationalisten rechnet, empfahl die Ablehnung des Antrages, weil derselbe etwas will, was nach der heutigen Zeit undurchführbar ist. Er bedauert die Zeit, die mit der Beratung des Antrages verschwendet wird. Die Landtagsreform habe gezeigt, daß von der preussischen Regierung nichts zu erwarten ist. Auch sonst habe er den vorliegenden Antrag für unannehmbar. Es sei doch ein großer Unterschied zwischen den Wahlen zum deutschen Reichstage und den Kommunalwahlen. Während es sich dort um die verschiedenartigen Interessen eines ganzen Reiches handle, habe man es in der Gemeinde mit einer Vermögensverwaltung zu tun. Durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in der Gemeinde würde man eine Parität einer Kommunalvertretung zustande bringen, die unmöglich die Interessen der Einwohnerschaft vertreten kann. Er würde es geradezu bedauern, wenn die Hausbesitzer in der Gemeindeverwaltung nicht vertreten wären. Der sozialdemokratische Antrag sei völlig verfehlt, eine Reform des Kommunalwahlrechts werde von selbst kommen.

Stadt. Gottschall (Ld.) tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen. Er begründet diesen Antrag mit Freuden, hinter dem ein einheitlicher politischer Wille steht. Der Antrag habe nichts Sozialdemokratisches an sich, er sei eine uralte demokratische Forderung. Reunionszahl Hundertstel der Einwohnerschaft sind für diesen Antrag. Das Hausbesitzerprivilegium müsse vor allen Dingen aufgehoben werden, die Frage sei vollständig spruchreif. Redner appelliert an die patriotische Einsicht seiner Hausbesitzerkollegen, die sich nicht von Sonderinteressen mögen leiten lassen. Er beantragt, die Angelegenheit einem Ausschuss zu überweisen, da seiner Meinung nach noch einige Veränderungen an dem Antrage vorgenommen werden müßten. Er wäre für Einführung des Proportionalwahlrechts und ferner für Aufhebung des Beamtenprivilegiums.

Hierauf trat der Schluß der Debatte ein. Die Hausbesitzerfraktion hatte für ihre Mitglieder ein Schweregebot erlassen. Die Herren fanden nur den Rat, einige Zwischenrufe hervorzubringen. Die Verweisung an einen Ausschuss wurde mit 22 gegen 18 Stimmen und darauf der Antrag gegen 14 Stimmen abgelehnt. Außer den sozialdemokratischen Vertretern stimmten nur fünf bürgerliche Stadtverordnete für den Antrag.

Eine längere Debatte schloß sich dann an die Vorlage, betreffend den Neubau des Rathauses. Die Mehrzahl der Redner halten den Neubau für notwendig, der Streit drehte sich nur um die Platzfrage und die Abstandsfrage von einem Freischausreiben. Während man einerseits sich für den Bau auf dem städtischen Grundstück am Platz R aussprach, traten andere für den Anlauf eines Grundstückes in der Hauptstraße ein, indem auf die historische Bedeutung der Hauptstraße hingewiesen wurde. Von sozialdemokratischer Seite wurde ausgeführt, daß die Einwohnerschaft gar nicht einen so großen Wert auf den Platz des neuen Rathauses lege, sondern nur darauf, was für Käse darin sitzen. — Die Sache wurde schließlich einem Ausschuss überwiesen.

Die Verammlung ging dann zur Beratung des Stadttheater-Projektes über. Nachdem der Ausschuss die Angelegenheit schon als geklärt angesehen hatte, hat sich in letzter Stunde eine Aenderung in der Gesellschaft vollzogen, so daß der Ausschuss nun der Stadtverordnetenversammlung empfiehlt, dem Abschluß eines Vertrages mit dieser Gesellschaft zuzustimmen. Der betreffenden Gesellschaft soll der Bau des Theaters zum Preise von 1200 000 Mark übertragen und der Betrieb desselben auf 20 Jahre verpachtet werden. Stadt. Frißsch beantragt namens der sozialdemokratischen Fraktion, den Bau des Stadttheaters nicht einer Gesellschaft zu übertragen, sondern in eigener Regie auszuführen. Er gebe zwar zu, daß die Bedingungen in dem Vertrage nicht ungünstig wären, aber die Stadt habe die Verpflichtung, den Gewinn, den die Gesellschaft aus dem Vertrage ziehe, sich selbst zu verschaffen. — Von bürgerlicher Seite sowohl wie vom Magistratsvertreter wird zugegeben, daß es im Prinzip richtiger wäre, wenn die Stadt das Theater in eigener Regie bestelle, aber die augenblicklichen Verhältnisse sprächen dafür, daß man es einer Gesellschaft übertrage. Die Abstimmung ergab die Annahme des Ausschussantrages und die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages; für letzteren stimmten nur die Vertreter der Sozialdemokratie.

Zu Beginn der Sitzung erfolgte die Einführung des Stadtrats Walger, damit sind die Stellen der besoldeten Magistratsmitglieder nach langer Zeit wieder voll besetzt.

Groß-Lichterfelde.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde ein kleiner Teil des Flasterprogramms effektiviert, indem die Reupflasterung der Ritterstraße im Osten und der Karstraße zwischen Vahnhof und Ringstraße beschlossen wurde. Gemeindevertreter Dehnbach sprach und stimmte gegen diese Vorlage aus etatistischen Gründen, da im Gemeindeetat die Mittel dafür nicht beizutreiben seien.

Zu einer umfangreichen Debatte führte die für den Ausbau der Ober-Realschule geforderte Summe von 90 000 M. Die Frequenz der Schule, an deren Schülerzahl die Auswärtigen speziell aus Berlin, Charlottenburg, Schöneberg prozentual in außerordentlichem Maße beteiligt sind, zeigt eine rapide Steigerung. Vom Vorstandssitze aus wurde dieser Zuwachs von auswärts mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen und darauf hingewiesen, daß einmal dadurch die Klassen fortwährend geteilt werden müßten, wodurch ständig der Gemeinde bedeutende Mehrkosten erwachsen, andererseits einzelne Schüler unter Umständen keine Aufnahme finden könnten. Jemand ein Modus, diesem Uebelstande abzuhelfen, müsse gefunden werden.

Graf Hoensohn wendet sich zunächst dagegen, daß man die Auswärtigen vom Besuch der Schule ausschließen wolle. Diese müsse eben entsprechend erweitert werden. Das sei bei dem glänzenden finanziellen Resultat und den Ueberflüssen (!) der Ober-Realschule nach dem Etat durchaus möglich. Heftiger Widerspruch auf der einen und große Heiterkeit auf der anderen Seite sähen den Herrn Grafen abzu lassen, daß etwas in seiner Rede nicht ganz in Ordnung sein müsse. Daß Schulen, insbesondere die höheren Schulen, keine Ueberschüsse abwerfen, sondern ganz gewaltige Zuschüsse seitens der Gemeinde erfordern, das weiß — außerhalb des Stadthauses natürlich — jeder Mensch. In uns aber besetzte sich auf neue die Ueberzeugung, wie wenig eigentlich dazu gehört, bürgerlicher Gemeindevertreter zu werden. Die Vorlage wurde angenommen. — Am Schluß der öffentlichen Sitzung erklärte der Gemeindevertreter Dr. Souchon, daß er in der nächsten Sitzung den Gemeindevorstand darüber interpellieren werde: Wo werden wir in diesen Sommer schwimmen und Baden? — Wir werden dem Gemeindevorstand die Interpellation wie folgt zu beantworten: für diejenigen unserer „Mitbürger“, die Geld haben, ist diese Frage gelöst; für diejenigen, die nichts haben, ist Baden und Schwimmen ein Luxus, den man ihnen nicht erst angewöhnen sollte. Außerdem würde durch Errichtung von Bade- und Schwimmhallen durch die Gemeinde, in der nur einmal kein Baden für arbeiterfreundliche Experimente vorhanden ist, der Zugang unbequemer Elemente gefördert werden. — Im übrigen ist es aber mindestens ebenso sehr die Schuld der Gemeindevertretung wie des Vorstandes, daß dieser ständlichen Mißständen auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens in Groß-Lichterfelde nicht wenigstens einigermaßen abgeholfen worden ist. Gerade die Gemeindevertretung hat erklärt: für diese Zwecke haben wir kein Geld!

Stralau.

Beim Spielen ertrunken. Die Oberspreewälder hat ein neues Menschenopfer gefordert. Beim Spielen auf einem Kahn fiel der siebenjährige Sohn des Bootdieners Karl Schulte aus Stralau ins Wasser und mußte ertrinken. Während der Abwesenheit der Eltern hatte sich der Knabe auf ein vor dem Bootshaus am Stralauer Ufer vor Kaiser liegendes Fahrzeug gewagt und hatte darin gespielt. Der Unvorsichtige deutete sich plötzlich zu weit über den Bootstrand hinweg und stürzte in die Spree. Mitglieder des Märkischen Ruderklub fanden später die Leiche des ertrunkenen Knaben.

Lichtenberg.

Auf dem Wege zur Unfallstation gestorben ist am Montag der 66 jährige Puder Klafre, welcher auf einem Neubau in Lichtenberg beschäftigt war. Am Vormittag wurde ihm plötzlich während der Arbeit unwohl, weshalb er sich nach der Unfallstation in der Bauhauerstraße begeben wollte. Er ging nach der Straßenbahn-Haltestelle Ecke der Magdalenenstraße und Frankfurter Allee, um von dort bis zur Bauhauerstraße zu fahren, brach jedoch, bevor der Straßenbahnwagen heran kam, bestunmungslos zusammen. Arbeitskollegen brachten K. zu einem in der Nähe wohnenden Arzt, welcher jedoch nur noch den infolge Herzschlag erfolgten Tod konstatieren konnte.

Grünau.

Kombies besahen vor einigen Tagen um die Mittagsstunde die sehr belebte Dahme und hielten sich auf ihrem Boot absichtlich in der Nähe der Dampfer und der vollbesetzten Kreisfähre. Dabei benahmten sie sich nicht nur höchst ungeniert, sondern erlaubten sich noch freche Jurufe. Es gelang die sonderbaren Sportsleute festzustellen. Sie werden sich wegen Erregung öffentlichen Vergernisses zu verantworten haben.

Bernau.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde der Kaufvertrag, das Pöhlische Mählengrundstück an der Bassdorferstraße betreffend, genehmigt. Der Kaufpreis beträgt 10 000 M. Somit ist einem Uebel abgeholfen, welches für Fußwörter und Vandalen einmal hätte großen Schaden anrichten können, da die Windmühle zu dicht an der Straße steht. Der Plan der Durchführung der Kaiserstraße nach der Brünnerstraße scheiterte an den zu hohen Forderungen der beteiligten Besitzerinnen. Eine derselben, Frau Bachstein, verlangte für abzutretendes Straßenland pro Quadratmeter 15 Mark und Einzählung ihres Grundstückes an der freigelegten Straße. Die andere Besitzerin, die katholische Pfarrgemeinde, beanpruchte gleichfalls 15 M. pro Quadratmeter abzutretendes Straßenland sowie Einzählung ihres Grundstückes an der freigelegten Straße und zwar zick die Hälfte mit Eisengitter auf gemauertem Fundament und den anderen Teil mit hoher Mauer auf Kosten der Stadt, welches dann Eigentum der Pfarrgemeinde bleiben sollte. Die Pflasterung der Straße wollten beide Besitzerinnen der Stadt aufhauen, obwohl sie durch die Freilegung derselben nennenswerte Vorteile haben würden. Die Verammlung erklärte sich dann mit der Regulierung, Pflasterung und Bepflanzung der Brünnerstraße einverstanden, da die Abjuzugenten genügende Sicherheitskauttionen gestellt haben. Die Straße soll den Namen Kurfürstenstraße erhalten.

Trebbin (Kreis Teltow).

Ueber politischen Waffensprei sprach Genosse Störmer in der letzten Wahlvereinsversammlung. Der Referent, der am Schluß seines Vortrages zu lebhafter Agitation für Organisation und Presse aufforderte, erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Alsdann wurde gegen den Vorstand der Vorwurf erhoben, daß er es veräumt habe, eine Verammlung gegen den Schulgesetzentwurf einzuberufen. Die Angelegenheit wurde nach lebhafter Debatte geschlichtet. Als Delegierte zur Vorstandsitzung wurden die Genossen Bergemann und Stamm gewählt.

Vermischtes.

Den Vergungsdampfern des Norddeutschen Vergungsvereins ist es gelungen, das Hinterstück des Torpedobootes 126 nach der Höhe von Bokbrool zu schleppen. Hier werden Vorbereitungen getroffen, um die Hebetrosse länger zu fassen, worauf die Einschleppung in die kaiserliche Werft erfolgen soll.

Die Flucht des wegen Raubmordes zum Tode verurteilten Russetiers Kofinski aus dem Militärarresthaus in Posen war Veranlassung, daß gegen den Sergeanten Schulz, der den Raubmörder zu bewachen hatte, Anklage wegen Ungehorsams in Dienstsachen erhoben wurde. Kofinski wurde nach seinem Entweichen wieder ergriffen und wurde gestern als Zeuge über seine Flucht vernommen. Diese schilderte er wie folgt: Nach der Beurteilung vom Divisionsgericht bin ich mit meinem Komplizen Seppert in schriftlichen Verlehe getreten. Dieser wurde erwidert und mit einer größeren Anzahl von Kasseibern abgenommen. Dafür wurde ich disziplinarergreiflich zu 14 Tagen strengen Arrestes verurteilt. Da ich mich fortwährend mit Fluchtgedanken beschäftigte, so suchte ich, da ich ungeschützt war, alle Gegenstände, die nur irgendwie zur Bewerflichung der Flucht dienlich sein konnten, an mich zu bringen. In der Arrestzelle, in der ich den mir zubillierten strengen Arrest zu verbüßen hatte, gewachte ich ein an der Wand befestigtes Konsol. Ein großer schmiedeeiserner Nagel, der mit zur Befestigung diente, sah nur lose in der Wand, es gelang mir, diesen herauszuziehen und an mich zu nehmen. Damit er bei mir nicht erwidert würde, steckte ich ihn in das Stomichrot. Als ich nach Verbüßung der Arreststrafe wieder in eine Zelle für Untersuchungsgefangene gebracht wurde, gelang es mir, den Nagel mit in diese unbedenkt hineinzubringen, ich versteckte ihn auch jetzt im Prote, das auf etwaige darin verborgen gehaltene Ausbruchswerkzeuge nicht untersucht wurde. An einer Stelle in der Zelle befand sich zwischen der alten Diele und dem eingeschlagenen Stück ein etwa fünf Zentimeter betragender Riß. Durch diesen gelang es mir nach und nach das Brettschiff zu lockern, drei von den Nägeln konnte ich mit Leichtigkeit herausziehen, die übrigen fünf drehte ich ab. Als es mir gelungen war, die beiden Brettschiffe aus der Deckung zu entfernen, machte ich mich daran, den darunter befindlichen, etwa handhohen Lehm herauszutragen. Sobald ich eine Menge davon voll hatte, schüttete ich deren Inhalt in meinen Strohsack. Die Brettschiffe hatte ich immer zur Hand, um sie, wenn ich das Kommen des Arrestaufsehers oder des Wachthabenden, das man vorher genau hören konnte, bemerkte, sofort an die Deckung zu decken. Die in den Brettschiffen durch das Herausziehen der Nägel entstandenen Löcher habe ich mit gelaugtem Brot verstopft. In der Deckung, durch die ich in die untere Zelle und von da ins Freie zu gelangen hoffte, arbeitete ich etwa vier Wochen. Als ich meine Vorbereitungen zur Flucht beinahe vollendet hatte, wurde die Zelle aus dem Gerichtsherrn Erzengel v. Bissendorf revidiert. Trotzdem er diese eingehend besichtigte, merkte er doch nichts. Als ich aus der Deckung den Lehm herausgetragen und in meinem Strohsack untergebracht hatte, ging ich daran, die Schabreiter zu entfernen. Diese widerstanden meinen mehrfachen Anstrengungen, sie durchzubrechen. Ich mußte daher vorsichtig Löcher in sie bohren, damit der an ihnen hängende Dedepub der unteren Zelle sich nicht löste. Ich bohrte mit meinem Nagel mit vielen Anstrengungen Loch an Loch. Am 7., also zwei Tage vor dem Ausbruch, passierte mir ein Unglück, ein Stück Dedepub hatte sich losgelöst und fiel in die untere leere Zelle. Ich lief Gefahr, daß dieser bemerkt und mein Vorhaben entdeckt werden mußte. Ich arbeitete daher mit doppelten Anstrengungen am Dienstag fast die ganze Nacht hindurch. Ich fing schon gleich nach der Ausgabe des Abendessens damit an und brach von den Schabreitern einzelne Stücke ab; um das entscheidende Geräusch zu vermeiden, moderierte ich dabei wie eine Ziege. Es wurde von dem Posten auch nach dem Geräusch geforscht, doch konnte

nicht festgestellt werden, von wo es herkam, da um die Zeit auch die Maschinen in der neben dem Arrestgebäude liegenden Brauerei stark surrten. Gegen 1/3 Uhr war ich mit der Arbeit fertig; ich überzeuete mich, daß die Deckung groß genug war, nahm mein Handtuch, band es mit einem Ende an ein Tischbein fest und ließ mich herunter. Während meiner Arbeit hatte ich mein Dedbeil so zusammengerollt, daß man durch Hineinschieben durch das Guckloch annehmen konnte, ich liege in dem Bett. Revidiert wurde ich in der Ausbruchsnacht das letzte Mal um 12 Uhr; jedesmal gelang es mir, die Spuren meiner Tätigkeit zu verdecken und mich ins Bett zu bringen. In der unteren leeren Zelle angelangt, habe ich mit Leichtigkeit das Schnapperloch mit dem mitgenommenen Nagel geöffnet, dann in dem Korridor die beiden Oberlichten eingeschlagen und bin durch diese ins Freie gelangt. Das Gericht verurteilte den Sergeanten Schulz wegen Nachbergens zu drei Wochen Mittelarrest.

In der französischen Deputiertenkammer bemerkte der Minister Warhou, daß die Hälfte der Leichen der bei der Bergwerkskatastrophe von Courrières Ungekommenen wieder aufgefunden sei, es würden aber noch 2/3 Monate vergehen, bis sämtliche Leichen zu Tage gefördert wären.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Cotrates“.
Sitzung: Mittwoch, den 23. Mai, bei Fleck, Bauhauerstr. 61. Vortrag des Genossen Tarnom.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Geinrich Heine“.
Sitzung: Mittwoch, abends 9 Uhr, bei Volze, Robenbergl. 8.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Eintracht“.
Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 Uhr, bei King, Döbwall, Stralauer-Allee 17a: Verammlung. Vortrag des Genossen Kofel über materialistische Gesellschaftsauffassung.

Eingegangene Druckschriften.

Nr. 11 des „Züddeutschen Postillon“, Verlag von R. Ernst, München, ist soeben erschienen. Die Reichstagsblätter werden im ersten Hefen der Jar selbst in zwei Bänden glosiert. In dem einen unterrichtet der Jar selbst sein Todesurteil, im anderen fährt er uns in seine „Kammerhölle“, in der seine „Gretchen“ Trepon und Blüte zur Schau gestellt sind. Die Bebel-Verammlung in Capua (Mantua) beschäftigt den Münchener Humor in folgendem Jodelgespräch: B.: Weist du, warum alle Jüge aus dem Saale entfernt wurden? K.: Ja, denn Bebel die vielen Weibkinder nicht liebt. Einige weitere Illustrationen, teils politischen, teils gesellschaftlichen Inhalts, beleben diese Nummer. Das Zeitgedicht von Ernst Maar behandelt die Eröffnung der russischen Duma; diesem schließen sich an: Was in der Welt vorgeht, Moderne Arena, Neue Steuerquelle, Der Bützel, Bruder Strambinger über Metallarbeiter-Auspeuerung, Udenburgische Volksmittellieferer, Gesellschaft von L. R. und eine Menge kleiner, guter Beiträge. Der „Züddeutsche Postillon“ ist zum Preise von 10 Pf. in jeder Parteibuchhandlung und bei Kolporturen erhältlich.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Offizier: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Sachde und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Der Genosse B. Lehmann aus Tobelhof bei Berlinchen wird gebeten, seine Adresse an die Buchhandlung Vorwärts bezugs Entgegennahme einer wichtigen Mitteilung einzufügen. — York. Es gibt Kirchengemeinden, die behaupten, ein Recht darauf zu haben, daß ihnen für die Kirchenerhebung gezahlt wird. Uneres Trachten steht solches Recht der Kirchengemeinde nicht zu. — G. 2. 26. Wenn in der Tat ein Zahlungsbefehl nicht zu gestellt sein sollte, haben Sie auch die Kosten nicht zu zahlen. Sonst: Ja, es sei denn, Sie sind minderjährig (noch nicht 21 Jahre alt). — H. 22. Jede Stellung, in die das Vertrauen der Genossen ihn beruft. — Kamel. 1. Kaiser Wilhelm-Gedächtnisfeier 1895. 2. Uns nicht belannt. M. 1875. Ihnen steht ein Erbecht hinter der von Ihnen geliebten Frau nicht zu. Ihr Kind ist Erbe. Sie sind außerdem dem Kinde gegenüber in vollem Umfang unterhaltspflichtig. — H. 2. Sie sind durchaus im Recht. Ein gesetzlicher Vertreter (Vater, Mutter, Vormund) hat in einem Prozeß seines Schutzbefohlenen nicht selbst die dem Verletzten auferlegten Kosten zu zahlen. — G. 5. 55. 1. Ja, falls nicht politische Bedenken wegen Feuersgefährlichkeit bestehen. 2. und 3. Wenn in Ihrem Vertrag gegen diese Mitglieder nichts vereinbart ist, können Sie leider nichts ansprechen. — K. 100. Die Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg. Zu rändig — nur nach vorausgegangenem Sühnevertrag — ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Betreffende wohnt. — G. 26. Wenden Sie sich an die Staatsanwaltschaft oder an einzelne Richter. — H. 99. Der Arbeitgeber und seine Vertreter (dies können verschiedene Personen sein) haben das Recht, vom Dampf zu verweilen. Angemessene Zeit zum Verlassen muß gegeben werden. — G. Remie. Jamohl. — H. 99. Die Unfallversicherungsgesellschaft hat von der 13. Woche ab zu zahlen. — G. 23. 15. Wegen Ihres Gebrauchs kann Ihre Frau innerhalb sechs Monaten, nachdem sie Kenntnis vom Gebrauch erzielte, Gescheidung beantragen, nicht aber können Sie Gescheidung verlangen. — Werte. Die Kostenhöhe ist möglich. Auf Antrag legt das Gericht den Kostenschätzern fest. — Christen C. 21. Leider ja. Die Witwe kann aber Beschwerde an den Kreisaußschuß richten. — Werte 300. Einmalige Auforderung genügt. — G. 2. 333. Der volle Schaden ist zu ersetzen. — Paul 23. Ein Ar stellt eine Fläche dar, an der jede Seite 10 Meter lang ist, die also 100 Quadratmeter groß ist. Hundert Ar nennt man Hektar. Das Verhältnis zu den altpreußischen Maßen ergibt sich daraus, daß ein Hektar 2,97 (rund 4) Morgen und ein preussischer Morgen 25,52 Ar groß ist. — Heimat. Wenden Sie sich an die Eisenbahndirektion.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Sach usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen und wegen der Uebermittlung von Zeitungsnummern sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingelebt werden.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktkauf-Direktion. Nordfleisch Ia 62-65 pr. 100 Pfund, Ha 51-62, IIIa 49-52, IVa 40-48, engl. Bullen 0,00, dan. Bullen 0,00, holl. Bullen 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 105-120, Ia 82-92, IIa 68-80, IIIa 54-65. Hammelfleisch Ia 60-70, IIa 54-60. Schweinefleisch 56-62. Rindfleisch 0,25. Hühner, alte, Stück 1,60-3,50, junge, per Stück 0,75-0,80. Tauben, junge 0,25-0,64, alte 0,00. Enten, prima, per Stück 1,75-2,40, Hamburger per Stück 2,25 bis 3,40. Gänse, junge, per Vid. 0,80-0,90, per Stück 3,00-5,40. Quack 73-90. Schelle 79-89. Niere 0,00, matt 0,00. Halse, groß 97-106, mittel 100-109, klein 50, uml. 71-80. Blößen 00,00. Rindern, pomm. I., p. Schod 3,00-7,00. Steller, Etage Ia 4-6, do. mittel, per Riste 2-4, do. klein, per Riste 0,00. Schlänge, holl. per Ball 0,00. Riefler 1-2,50. Strauß 3,00-3,50. Halse, groß, p. Wb. 1,10-1,30, mittel 0,80-0,90, l. 0,50 bis 0,60. Sprossen, Riefler, 2 Ball 0,00, Gib- per Riste 0,00. Sardellen, 190er, per Anfer 76,00, 190er 74,00, 190er 70,00. Schottische Vollerlinge 1905 0,00, large 40-44, fall. 35-38, med. 33-35, deutliche 37-44. Heringe, neue Raffes, per 1/2, No. 60-120. Nummern, Ha, 100 Vid. 0,00. Krebse, per Schod, große 19,50, mittelgroß 11,00-19,50, kleine 5,50, unsortiert 00-00. Eier, Land-, per Schod 3,00-3,20, frische 0,00-0,00. Enten per 100 Pfund, Ia 114-118, IIa 110-113, IIIa 106-108, abfallende 103-105. Saure Gurken, Schod 3,50-4 R., Pfeffergurken 3,50-4 R., Kartoffeln per 100 Vid. magen. bon. 2,10-2,35, rote Dabersche 2,00-2,20, runde weisse 1,80-2,00. Wähngelb, holl., per Schod 0,00. Weisgoh, dan., per Schod 0,00-0,00. Kollisch, holl., per Schod 0,00. Weisgoh, per 100 Vid. 0,00. Räden, weisse 0,00, Teltower 0,00. Kofsträden, per Schod 0,00.

Witterungsübersicht vom 22. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hamb. mm)	Windrichtung	Windstärke	Wasser	Temp. u. C. (p. g. - p. n.)	Stationen	Barometer (hamb. mm)	Windrichtung	Windstärke	Wasser	Temp. u. C. (p. g. - p. n.)
Stolpennde	738 330	4 bedekt	9	Dabaranda	761 53	4 bedekt	14				
Damburg	760 330	3 bedekt	9	Beterburg	758 30	1 bedekt	10				
Berlin	757 330	5 bedekt	7	Seiff	757 30	4 bedekt	9				
Frankf. a. M.	758 330	2 Regen	10	Überdeen	763 330	2 bedekt	4				
München	759 330	5 bedekt	9	Paris	760 330	1 bedekt	10				
Wien	754 330	3 halb bb.	12								

Wetter-Prognose für Mittwoch den 23. Mai 1906.
Zeitweise heiter, am Tage etwas wärmer bei mäßigen östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.